

Deutsche
Gesellschaft für
Zeitpolitik

DGfZP

Zeitpolitisches Magazin

JULI 2018, JAHRGANG 15, AUSGABE 32

Migration und Zeit

Aus dem Inhalt:

Biografische Zeit
Zivilgesellschaftliches
Engagement
Lange Kasernierung
Zeithürden beim
Berufseinstieg
Freistellung
für religiöse Zeiten
Interkulturelle Zeitpolitik

In dieser Ausgabe

Migration und Zeit

Einführung in den Themenschwerpunkt	1
Exil und Heimat	5
Re-Konzeptualisierung biographischer Zeit...	9
Zivilgesellschaftliches Engagement...	12
Ankerzentren: Lange Kasernierung...	15
Zeithürden beim Berufseinstieg	17
Freistellung für religiöse Zeiten...	22
Interkulturelle Zeitpolitik	24
Migrationsethik und Fluchtursachen	27

Aus der DGfZP

Die Jahrestagung 2018	30
Nachruf	32
Who is who?	33

Veranstaltungen und Projekte

Neue Literatur	40
Impressum	46

Liebe Leserin, lieber Leser,

im Juni/Juli dieses Jahres haben die parteipolitischen Kontroversen in der BRD über das Regulieren und Organisieren der Zuwanderung geflüchteter Menschen äußerste Schärfe und übernationale politische Brisanz erlangt. Was hat Zeitpolitik mit Flüchtlingspolitik zu tun? Die Beiträge zum Themenschwerpunkt dieses ZpM weisen auf drei zeitpolitische Dimensionen: auf die Bedeutung der Biografie der Ankommenden für deren Erfahrung von Flucht, Asylverfahren und Zukunftsperspektiven; auf die Wartezeiten bis zur Asylentscheidung, auf einen Sprachkurs, auf einen Berufseinstieg; sowie auf die Einfügung religiöser Zeiten in bestehende Zeitstrukturen. Welche zeitbezogenen Regelungen fördern, erschweren oder verhindern die Integration der Zuwandernden oder sollen diese sogar verhindern?

Wie in jedem Sommer-ZpM finden Sie hier das Programm der Ende Oktober stattfindenden Jahrestagung. Sie sind herzlich nach München eingeladen zum Nachdenken und Diskutieren über Fremdbestimmtheit und Selbständigkeit in der Jugendzeit.

Trotz der politischen Turbulenzen wünschen wir Ihnen erholsame Tage in diesem Sommer!

Helga Zeiher

Thema: Migration und Zeit

HELGA ZEIHNER

Einführung in den Themenschwerpunkt

Zeitpolitik für oder gegen die Integration zuwandernder Menschen?

Wenn Politiker aushandeln, welche und wie viele geflüchtete Menschen nach Deutschland hereingelassen werden sollen, und wenn sie über Kriterien und Verfahren für die Gewährung von Bleiberecht oder von Abschiebung streiten, geschieht das aus der Sicht hier Ansässiger auf Anzahlen aus der Fremde Kommender. Das ist ein zweifach eingeschränkter Fokus: aus der nationalen Binnenperspektive und auf Zahlen, der ignoriert, dass es um das Leben einzelner Menschen geht. Das verleitet zur Entgegensetzung von politischer Rationalität und Humanität, von nationalem Egoismus und Solidarität. Wer Mitgefühl und Solidarität einfordert, wird rasch als naiver Gutmensch diffamiert. Darüber, was solche Einseitigkeiten

politischen Handelns rechtfertigt und was dagegen spricht, wird gegenwärtig vielerorts mit unterschiedlichen Interessen aus vielen Perspektiven gestritten. Politische Machtkämpfe werden auf dem Rücken Schutz suchender Menschen ausgefochten.

Das Leben ist gerettet und geht an den neuen Orten weiter, doch auf ganz andere Weise. Auch in zeitlicher Hinsicht. Viele der Migranten kommen in Deutschland in eine Gesellschaft, in der mit Zeit anders umgegangen wird, als sie es gewohnt sind. Hier gibt es zeitliche Regeln, Routinen und Gewohnheiten, die ihnen unbekannt sind, gleichwohl aber auch für sie gelten. Zudem und vor allem ist es das sehr komplexe Aufnahmeverfahren, das eine Vielzahl zeitlicher Vorgaben und Beschränkungen enthält, die den Ankommenden monatelang wenig räumlichen und zeitlichen Handlungsspielraum lassen, oft sogar jahrelang. Indem Flüchtlingspolitik rigide Zeitbeschränkungen für die Lebensführung dieser Menschen setzt, vermindert sie unter anderem deren aktuelle zeitliche Lebensqualität. Alle Beiträge zu diesem Themenschwerpunkt fokussieren auf Zeiterfahrungen, die Geflüchtete unter den staatlichen Aufnahmebedingungen machen. Drei sehr unterschiedliche Zeitaspekte, die das Leben der Geflüchteten betreffen, werden hervorgehoben: der lebenszeitliche Aspekt, die Wartezeiten auf Asyl sowie unterschiedliche religiöse Zeitmuster.

Zwischen vergangenem und künftigem Leben

Menschen, die erschöpft und traumatisiert von schrecklichen Erfahrungen mit Krieg, Gewalt, Vertreibung und Flucht ankommen, und die um Menschen trauern, die zurückblieben oder umkamen, finden sich plötzlich in einer fremden Gesellschaft, in der sie Schutz suchen und in die sie sich integrieren wollen und sollen. Sie sind mit politischen, kulturellen und sozialen Werten und Praktiken einer fremden Gesellschaft konfrontiert. Gleich bei der Ankunft sind sie mit den Aufnahmeregeln, mit den alltagspraktischen Einschränkungen ihrer Lebensführung und mit der Notwendigkeit, die deutsche Sprache zu lernen, konfrontiert. Sie sind durch den Abbruch ihres bisherigen räumlichen und sozialen Lebens, durch die Abhängigkeit ihrer Situation als Zuwandernde sowie durch die Ungewissheit ihrer Zukunft herausgefordert, sich der eigenen Identität bewusst zu werden, oft auch diese neu zu bestimmen. In der Phase des Ankommens in der Fremde wird der Verlust von Orten, sozialen Umständen und Menschen als lebenszeitlicher Bruch bewusst: Wie Geflüchtete

„Ich bin eine Frau, die in einer Zeit lebt, in der man sich nicht an Namen erinnert. Aus Namen werden Zahlen. Die Zahl der Toten... die Zahl der Überlebenden... die Zahl der Zurückgebliebenen... die Zahl der Geflüchteten. Die Welt sieht in mir nur eine Zahl. Aber ich habe einen Namen. Und ich erinnere mich an die Namen der anderen. Denn hinter jedem Namen verbirgt sich eine Geschichte. (Lama Ahmad. In: Steinweg 2018, S.102)

ihre gegenwärtige Situation erleben und darin handeln, ist sowohl in ihre erinnerte individuelle Vergangenheit als auch in ihre Zukunftshoffnungen und -ängste eingebunden.

Auch die einheimische Bevölkerung ist herausgefordert. Die Zuwandernden bei deren Bewältigung des Fluchttraumas und des Lebensumbruchs zu unterstützen, alltagspraktisch zu helfen und ihnen somit die von beiden Seiten gewünschte soziale Integration zu erleichtern, verlangt Offenheit und empathisches Verständnis für die vergangenen Lebenserfahrungen, Denkweisen und Einstellungen der Ankommenden wie auch für deren Zukunftssorgen und -hoffnungen. Interesse und Empathie entstehen, wo einzelne Menschen sich persönlich begegnen und kennenlernen. Medien und zivilgesellschaftliche Initiativen können dazu beitragen, indem sie auf die besonderen Lebenserfahrungen, Lebenssituationen und Zukunftshoffnungen geflüchteter Menschen aufmerksam machen und so diese Informationen in die politischen Auseinandersetzungen einbringen. Auch Texte, Filme und Fotos können Einsichten vermitteln. Aus einem Forschungsprojekt und zwei Fotoprojekten, in deren Fokus individuelle Lebensgeschichten und Weisen der Bewältigung von Flucht und Ankommen im Asylverfahren sind, sind die in diesem Themenfeld eingestreuten Zitate geflüchteter Menschen entnommen.

Das ist die Studie „Angekommen und doch ewige Gäste?“ (Deitert u. a. 2018), für die Jonas Deitert, Lina Ewert, Rabea Hoffmann und Alexander Repenning Interviews mit etwa fünfzig Geflüchteten zu ihren Erfahrungen und Perspektiven ausgewertet haben. Aus dem Fazit der Autorengruppe (S.49):

*„Einerseits tragen gegenseitige Hilfsbereitschaft, Offenheit und Freundlichkeit zu einem Gefühl des Willkommenseins bei und unterstützen das Ankommen maßgeblich. Andererseits prägen auch Diskriminierung und Rassismus, Zurückweisungen und als ‚Kälte‘ empfundene soziale Distanz die sozialen Interaktionen mit der ansässigen Bevölkerung. Dies zeige sich auch in lebensfernen bürokratischen Bestimmungen und dem fehlenden Verständnis von Behörden für die Lebenslagen der Migrant*innen.“*

Für ihr Projekt hat die Fotografin Heike Steinweg (2018) in Berlin lebende geflüchtete Frauen portraitiert. Bis Juli 2018 waren im Berliner Museum für Europäische Kulturen lebensgroße Fotos von fünfzehn Frauen zu sehen und Texte zu lesen, in denen eine jede ihre aktuelle Situation vor dem Hintergrund ihrer Lebensgeschichte und ihrer Hoffnungen beschreibt und reflektiert. Dazu die Fotografin:

„...die Frauen waren überrascht und glücklich, dass sie von mir in ihrer Stärke und ihrem Mut wahrgenommen wurden. Denn entgegen der allgemeinen Vorstellung, dass Menschen, die ihre Heimat verlassen müssen oder wollen, Opfer sind, habe ich mich gefragt, wer sind diese mutigen Personen, die ihr Leben selbst in die Hand nehmen, um sich eine neue Existenz aufzubauen? Woher nehmen sie die Kraft? Und wodurch schaffen sie es, an ihrem Schicksal nicht zu zerbrechen, sondern zu wachsen?“ (Steinweg 2018, S. 13)

„Obwohl ich zutiefst verletzt bin, trage ich mein Leben weiter und lächle der Zukunft entgegen.“ (Malakeh Jazmati. In: Steinweg 2018, S. 52)

„Ich habe so viel überstanden, dass ich das Gefühl habe, alles schaffen zu können.“ (Hiba Obaid. In: Steinweg 2018, S. 22)

In einem Medienprojekt des *Gallus Zentrums* in Frankfurt a.M. haben sechzehn geflüchtete Jugendliche und Jugendliche ohne Fluchterfahrungen gemeinsam kurze Filme und Fotos gemacht. Über das „Ankommen“ drehten sie einen Film, für den zwei junge Syrer und ein Eritreer den neuen deutschen Freunden ihre Fluchtgeschichten und ihre ersten Erfahrungen erzählt haben. Thema waren ihre Ängste und ihr Wille, das Ankommen zu schaffen (<http://ankommen.galluszentrum.de>). Im Film „Die Suche nach dem Glück im fremden Haus“ reflektierten die Jugendlichen Aspekte ihrer aktuellen Situation in den Unterkünften. Diese und weitere Ergebnisse dieses Begegnungsprojekts wurden Ende April 2018 öffentlich präsentiert. Die Projektbetreuer*innen dazu:

„Die Suche nach dem Glück im fremden Haus kann vieles bedeuten: Selbstgewissheit, Identitätsunsicherheit, Demut, Trotz, Freude, Trauer, Erleichterung, Frust... So unterschiedlich die Gründe dafür sind, so unterschiedlich gehen sie damit um und so unterschiedlich ist ihre Haltung (...) Und natürlich brauchen sie Zeit, um in einer für sie fremden Gesellschaft anzukommen. Doch in erster Linie sind sie Teener wie ihre neuen Freunde und Freundinnen, die schon immer in Deutschland gelebt haben – sie einen mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede.“ (www.galluszentrum.de)

„Die Engel sind für mich himmlische Wesen, die uns beschützen. Jeden von uns. Deren Aufgabe es ist, uns durch unser Leben zu führen.“ (Syrerin, die sich mit Engelflügel fotografieren ließ. (Gallus Zentrum 2018)

Der Themenschwerpunkt dieser Ausgabe beginnt mit zwei Beiträgen, die von der Einbettung der Migrationserfahrungen in die Lebensgeschichte einzelner Menschen handeln. Die chilenische Soziologin *Leonor Quinteros Ochoa* be-

schreibt in ihrem Beitrag die unterschiedliche biografische Bedeutung, die Erfahrungen mit Flucht, Einleben im Exil-land und Rückkehr im Leben erwachsener Exilanten und im Leben von deren im Exilland aufgewachsenen Kindern hat. Die Autorin, einst selbst chilenisches „Exilkind“ in Deutschland, hat die Lebenswege von Menschen untersucht, die wie sie als Kinder von ihren politisch verfolgten Eltern ins deutsche Exil mitgebracht wurden, hier aufwuchsen und dann wieder zurückkehrten.

Die Wiener Soziologin *Andrea Fritsche* hat geflüchtete Menschen während der Wartezeit auf die Asyl-Erlaubnis interviewt. Sie analysiert die Selbstdarstellungen Einzelner im Hinblick auf die biografischen Zusammenhänge, in denen die aktuelle Gegenwart als Asylbewerber*in erfahren wird. Indem sie die Gegenwart als Lebenszeit zwischen Vergangenheit und ungewisser Zukunft beschreibt, macht sie die je individuelle psychische Situation dieser Menschen begreiflich.

„Im Exil lebe ich meine Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zur selben Zeit. Meine Vergangenheit zieht mich mit aller Macht zurück und will, dass ich ihre Gefangene bleibe – das macht mir nichts aus, denn es gibt ein warmes Gefühl, auch wenn es nicht echt ist. Jeden Moment meiner seltsamen Gegenwart lebe ich in großer Angst, möglicherweise mein ganzes Leben fern der Heimat verbringen zu müssen. Ich lebe meine unsichere Zukunft, in der manchmal die Hoffnung gewinnt und Verzweiflung manchmal ihren Sieg verkündet.“ (Hend AlRawi. In: Steinweg 2018, S. 90)

Wartezeiten

Die folgenden Beiträge setzen nicht bei einzelnen geflüchteten Menschen an, sondern bei den Bedingungen des Wartens auf Asyl und der Integration, auf die Geflüchtete in Deutschland treffen. *Jost Hermann* und *Julia Powereit* berichten anhand eigener Erfahrungen über die fünfjährige Geschichte ehrenamtlicher oberbayerische Helferkreise. Wie in anderen Regionen waren diese als Teil der Willkommenskultur entstanden, bewegt durch den Unterstützungsbedarf der vielen neu ankommenden Menschen. Es ist ein zivilgesellschaftliches Engagement, das anfangs von einer mehrheitlich positiven Stimmung in der Gesellschaft gegenüber Geflüchteten getragen war. Doch bald entwickelten sich sukzessive die am Wohl der Menschen orientierte zivilgesellschaftliche Arbeit und die an der Begrenzung der Zuwandererzahlen orientierte staatliche Flüchtlingspolitik auseinander, kämpften schließlich gegeneinander – ein Konflikt, der in jüngster Zeit in den Auseinandersetzungen um Aufnahmelager und Ankerzentren kulminiert (s. dazu: Kastner 2018). Zu den Bedingungen in Ankerzentren hat PRO ASYL eine kritische Stellungnahme veröffentlicht, deren Text wir für diesen Themenschwerpunkt übernehmen konnten.

Vom Betreten Deutschlands an haben Geflüchtete es mit Zeitregeln des Asylreglements zu tun, die einschneidende Auswirkungen auf ihre aktuelle Lebenssituation, ihre Zukunftsperspektiven und ihre Integration haben: Fristen und oft auch überlange Wartezeiten auf den Asylbescheid, auf einen Sprachkurs, auf eine Arbeitserlaubnis, auf eine Wohnung, auf zurückgebliebene Familienangehörige. Wie hoch komplex manche Regelungen im Einzelnen sind, zeigen *Frank Braun* und *Tilly Lex* am Beispiel der Zeithürden für geduldete junge Geflüchtete beim Berufseinstieg.

Integration unterschiedlicher kultureller Zeiten

Auch wo Offenheit für das jeweils andere gewollt und handlungsbestimmend ist, bleibt eine Differenz zwischen der traditional verankerten Kultur und der einwandernden Kultur. Angehörige der Mehrheitsgesellschaft begegnen den anderen Lebens- und Denkgewohnheiten der Neuen bestenfalls im Selbstverständnis aufgeklärter Humanität: offen, interessiert und wohlwollend, zumindest aber mit zurückhaltender Toleranz. Schlimmstenfalls reagieren sie angesichts des Fremden verunsichert, angstvoll und abweisend, wenn nicht feindselig. Den hinzukommenden Menschen ist zunächst alles fremd in diesem Land, in dem sie für einige Zeit oder auch dauerhaft leben wollen. Es ist naheliegend, dass sie sich zunächst unsicher fühlen in einer Lebenswelt, in die sie sich integrieren wollen und auch sollen, aber noch nicht auskennen, wo sie sich teils als willkommen und teils als unerwünscht erfahren.

„Haben sie Angst vor mir, weil ich ein Flüchtling bin? Weil ich diesen Bart trage? Ich fühle mich elend. [...] Keiner muss Angst vor mir haben, dass ich eine muslimische Gesellschaft aufbauen möchte.“ (ein Syrer, 21 Jahre alt. Gallus Zentrum 2018)

Diese Differenz zu überwinden, also gelingende Integration, braucht persönliches und politisches Entgegenkommen auf beiden Seiten. Ob das gelingt, zeigt sich auch am Umgang mit unterschiedlichen religiösen Zeiten. Die zeitliche Lebensqualität derer, die bereits in Bildungseinrichtungen oder ins Arbeitsleben integriert sind und die eine andere als die christliche Religion ausüben, hängt unter anderem davon ab, ob sie in ihrem Alltagsleben das im Grundgesetz verankerte Recht auf Religionsausübung tatsächlich wahrnehmen können. Die Freistellung nicht-christlicher Beschäftigter an religionsbedingt freien Tagen und Tagesstunden wird in Unternehmen innerbetrieblich geregelt, ein für alle Arbeitnehmer

geltendes Recht, zu solchen Zeiten Urlaub zu nehmen, gibt es nicht. Im staatlichen Bildungswesen sind religionsbedingte Freistellungen von Schülern in den Länderverfassungen dem Grundgesetz entsprechend zugesichert. Alle Schulen erhalten von den Kultusministerien jährlich Listen mit den Terminen der Festtage aller Religionsgruppen, an denen im Kalenderjahr Schüler/innen auf Antrag ihrer Eltern vom Unterricht freigestellt werden können. *Bernhard Kerscher* beschreibt in seinem Beitrag die rechtlichen Regelungen am Beispiel des Freistaats Bayern und die dortige Alltagspraxis am Beispiel einer Kleinstadt. Seit langem an Arbeitnehmer mit Migrationshintergrund gewohnt, herrscht in dieser Stadt relativ große Offenheit für die kulturellen Eigenheiten Zugewanderter. Hier konnte eine (in München ungewollte) Moschee entstehen, deren Imam sich in besonderem Maß um wechselseitiges Kennenlernen und Verstehen bemüht. Der Autor, Leiter des dortigen Gymnasiums, hat mit diesem Imam ein Interview zum Umgang mit muslimischen Fest- und Gebetszeiten geführt. Darin wird dessen Bemühen deutlich, Zeitkonflikte dadurch zu vermeiden, dass Gebetszeiten entsprechend im Tagesablauf verschoben werden.

Mit dem Plädoyer für eine interkulturelle Zeitpolitik stellt *Jürgen Rinderspacher* die aktuelle Praxis der Integration unterschiedlicher kultureller und religiöser Zeiten in einen übergreifenden zeitpolitischen Zusammenhang. Er diskutiert mögliche Ansätze und stellt eigene Ideen vor, wie angesichts zunehmender globaler Verflechtungen die Vielfalt kultureller Zeitmuster im kulturellen Bewusstsein und im politischen Handeln mehr Gewicht gegeben werden könnte.

Im Schlussbeitrag dieses Themenschwerpunkts stellt *Fritz Reheis* anhand von aktueller Literatur Ausschnitte aus den Debatten zur Migrationsethik und zu Fluchtursachen vor.

Quellen:

Deitert, Jonas / Ewert, Lina / Hoffmann, Rabea / Repenning, Alexander (2018): *Angekommen und doch ewige Gäste?* Projektbericht. Hilfe beim Ankommen-Starter-Kit für Geflüchtete. Unveröffentlicht, erhältlich bei: <https://dialogmachtschule.de/projekte/hilfe-beim-ankommen/>

Gallus Zentrum für Jugendkultur und Neue Medien (2018): www.galluszentrum.de

Kastner, Bernd (2018): *Drei Jahre danach*. In: *Süddeutsche Zeitung*, 14./15.7.2018, Die Seite Drei 6: Flüchtlingshelfer und der Staat.

Steinweg, Heike (2018): *Ich habe mich nicht verabschiedet. Frauen im Exil*. Ausstellungskatalog des Museums Europäischer Kulturen. Berlin: Staatliche Museen zu Berlin Preussischer Kulturbesitz.

LEONOR QUINTEROS OCHOA

Exil und Heimat

Die biografische Bedeutung von Flucht, Integration und Rückkehr für Exilkinder ¹

Die Lebensführung der Mehrzahl der Menschen ist in der Regel durch alltägliche Routinen geprägt, welche dem Leben eine Stabilität verleihen. Wenn Menschen durch natürliche Katastrophen oder ökonomischen und gesellschaftlichen Druck gezwungen sind, ihr vertrautes Umfeld zu verlassen und sich in eine neue, unvertraute, fremde Umgebung zu begeben, brechen Routinen auf und müssen die Muster der Lebensführung angepasst werden. Exemplarisch hierfür ist das Schicksal von aus politischen Gründen Exilierten, die häufig abrupt aus dem vertrauten Alltag gerissen werden. Deren Schwierigkeiten, ein Leben in der Fremde zu führen, wurde in autobiographischen Aufzeichnungen wie auch in wissenschaftlichen Untersuchungen vielfach diskutiert, wobei zumeist nur die individuellen Erfahrungen männlicher Exilierter im Blickfeld waren. Das Schicksal der häufig mit-exilierten weiteren Familienmitglieder wurde ausgeblendet. Im Folgenden berichte ich Ergebnisse einer Studie über nach Deutschland emigrierte chilenische Familien, in der die komplexere Situation der Exilkinder im Fokus war. ²

Familiäre Lebensführung in der Zeit des deutschen Exils

Am 11. September 1973 begann mit dem Putsch von General Pinochet gegen die demokratisch gewählte Regierung von Salvador Allende für viele Chilenen eine schmerzvolle Geschichte des Exils. Es wird geschätzt, dass von 1973 bis 1989 ungefähr 1.600.000 Menschen flohen bzw. das Land verlassen mussten. Mehr als die Hälfte der Exilanten war zwischen 25 und 35 Jahre alt und verheiratet (Norambuena 2000). Häufig verließen die jungen Familien gemeinsam das Land, es war ein „familiales Exil“ (Gaillard 1992).

Auch für die befragten Exilkinder waren der Putsch und seine Folgen ein traumatischer Einschnitt. Sie mussten die Erfahrung machen, dass Bekannte und sogar Verwandte zum Verrat an ihren Eltern fähig waren. Und es war der Beginn der Tren-

nung von den Großeltern und anderen Mitgliedern der in Chile bedeutsamen Großfamilie sowie von Freunden und Nachbarn.

Es begann eine lange Reise für die jungen Familien in eine ungewisse Zukunft. Sie nahmen zumeist nur mit, was sie tragen konnten, und waren in hohem Maße auf die Hilfe solidarischer Gruppen in den Gastländern angewiesen. Für die Eltern gestaltete sich der Beginn eines neuen Lebens in Deutschland schwierig. Gewohnte Muster der Lebensführung brachen radikal um, nach der abrupten Herauslösung aus der vertrauten Heimat schafften diese Exileltern es nur bedingt, eine gelingende eigene familiäre Lebensführung zu entwickeln. Viele von ihnen litten schwer unter den psychischen Folgen der Entwurzelung. Ihr Erwartungshorizont war auf eine baldige Rückkehr ausgerichtet, was auch eine geringe Bereitschaft zum Erlernen der deutschen Sprache zur Folge hatte. Aus dieser „Sprachlosigkeit“ (Schimpf-Herken 1992) resultierte häufig auch eine Orientierungslosigkeit in der Fremde.

Zwar integrierten sich die Exileltern allmählich in den deutschen Alltag: Sie studierten oder nahmen eine Erwerbsarbeit auf und/oder kümmerten sich um den Haushalt. Vor allem die Frauen standen dabei unter Doppelbelastung. Teilweise berufstätig, blieben sie aufgrund traditioneller Rollenverständnisse für den Haushalt zuständig, was zu Stress und Depressionen führte (Rebolledo 2003; Maurin 2005: S. 350-353). Aufgrund der starken Heimatorientierung gab es für sie ein weiteres zentrales Arbeitsfeld: das Fortsetzen der politischen Aktivitäten, derentwegen sie Chile verlassen mussten, im Exil. Aktivitäten wie das Organisieren von Veranstaltungen, das Reisen innerhalb und außerhalb Deutschlands, um weiter gegen die Diktatur kämpfen, wurde insbesondere für die Väter zu einem der wichtigsten Ziele im Exil. Die meisten befragten damaligen Exilkinder deuten an, dass sie ihren Vater während der Exilzeit kaum sahen.

Die Exilkinder wuchsen aufgrund der vielen politischen Aktivitäten der Eltern in relativ großer Freiheit auf, die sie nutzten für Angebote in Schulen und in Horten sowie bei Freunden und Bekannten. So meint z. B. Martin, der in der DDR aufwuchs: *„Ich habe meine Eltern wegen ihrer politischen Aktivitäten kaum gesehen, praktisch nur an Wochenenden, meine Eltern haben sich auf dem Staat ausruhen können“*. Ihre Kompetenzen wurden wichtig für die Lebensführung der gesamten Familie. Sie wurden zu Beschützern und Lobbyisten für ihre Eltern und die kleineren Geschwister. Sie erklärten

1 Ausführlich dargestellt in: Leonor Quinteros Ochoa (2018): *Zweimal Exil. Briefe und Erinnerungen aus dem Chilenischen Exil*. Berlin: Hans Schiler-Verlag (im Druck).

2 Die Studie habe ich im Rahmen eines sechsmonatigen Aufenthalts als Stipendiatin am Deutschen Jugendinstitut in München unter Betreuung von Karin Jurczyk erarbeitet. Grundlage waren 19 retrospektive qualitative Interviews mit vormaligen chilenischen Exilkindern, die entweder in der BRD oder der DDR geboren oder als unter Zehnjährige hier angekommen waren. Heute leben sie in Deutschland bzw. in Chile. Die Interviews wurden in Chile und in Deutschland durchgeführt und unter Verwendung des „Doing Family“-Ansatzes (Jurczyk/Lange/Thiessen 2014) vergleichend ausgewertet.

ihren Eltern die Codes der deutschen Kultur, und begleiten diese als „Übersetzer“ bei Behörden und in der Schulen.

So gewannen die Exilkinder zentrale und aktive Bedeutung für die eigene und die familiäre Lebensführung. Sie integrierten sich rasch und gut im neuen Land (Espina/Sanhueza 2014), gewannen bald relative Autonomie im deutschen Alltag – die schnelle Anpassung machte sie zu aktiven Gestaltern ihres Lebens. Angesichts dieser Selbsterfahrung verwundert es nicht, dass die Exilzeit von den befragten Exilkindern als positiv bewertet wird. Später, wieder in Chile, erinnerten sie sich im Gegensatz zu ihren Eltern mit intensiver Liebe und Heimweh an Deutschland.

Die Beziehungen zur zurückgelassenen Großfamilie

Eines der wichtigsten affektiven und sozialen Ziele war, während der Exilzeit die Beziehungen zu der zurückgelassenen Großfamilie in Chile trotz der geographischen Distanz zu erhalten. In Chile vor dem Putsch und ihrer Flucht hatten ihre dortigen Großfamilien eine kulturell und sozial wichtige Rolle bei der Herstellung von Alltagsleben (Rebolledo: 2005). Denn in der traditionellen chilenischen Großfamilie werden viele Abstimmungen und Aushandlungsprozesse gemeinsam gemacht. Um den Geist der Liebe und Geborgenheit der Großfamilie weiter aufrecht zu halten, wurde während des Exils über die räumliche Distanz hinweg der Familienzusammenhalt durch Postverkehr, Telefonate, Päckchen und Tonbänder gepflegt. Bei den Kindern entstand auf diese Weise häufig ein imaginäres, verklärendes Bild von Chile und der eigenen chilenischen Großfamilie.

Doch solche einzelnen symbolischen Akte können den Verlust des direkten Zusammenlebens mit der Großfamilie nicht ersetzen. Weil ihre chilenische Großfamilie im Exil nicht existierte, wurde es vor allem für die Kinder notwendig, eine Ersatz-Familie herzustellen. Die befragten Exilkinder haben von Tanten und Onkeln, besonders aber von Omas und Opas im Exil berichtet, die zwar keine Blutsverwandte waren, aber in der Praxis Familienaufgaben übernahmen und ausübten und so den Aufenthalt der Exilfamilie im Aufnahmeland erleichtern. Ersatzfamilie konnte potenziell jeder sein, mit dem es Bindung, Nähe und Alltag gab: deutsche Nachbarn und Freunde, aber auch andere Chilenen und Lateinamerikaner. Marco meint dazu: *„Ich denke, die, die mit uns in Deutschland zusammenlebten und für uns da waren, das war meine Familie. Alle.“* Die Grenzen zwischen Familie und anderer Gemeinschaft und damit auch zwischen familialer und nichtfamilialer Lebensführung verschwimmen hier letztlich. Das wichtigste Motiv, eine Ersatzfamilie herzustellen, war affektive Bindung. Es wurde aber auch eine wichtige Lebenswelt zum Erwerb von deutschen und lateinamerikanischen Gewohnheiten, kulturellem Wissen – und von Vertrauen.

Auch hier waren es die Kinder, die die Initiative übernahmen. Die Befragten waren überzeugt, dass sie die Protagonisten dieser Herstellung einer neuen, erweiterten Familie waren, so z.B. Tanja:

„Ich bin mir nicht sicher, ob mir meine Großeltern aus Chile gefehlt haben, ich habe nie die Sehnsucht zu meinen Großeltern gespürt, weil im Viertel, wo ich lebte, auch viele alte Menschen lebten (...) Ich nahm die Initiative, ich meine, eine Oma und einen Opa zu adoptieren. Ich habe adoptiert, verstehst du mich? Wir waren eigentlich keine armen, schwachen Exilkinder, siehst du?“

Ähnliche Aussagen machten auch viele andere Interviewte. Der Akt der Adoption, der normalerweise als eine von den Erwachsenen ausgehende Aktivität gilt, wird von den Exilkindern als eigene Herstellungsleistung beschrieben, auf die sie stolz sind.

Zusammenfassend betrachtet wird damit deutlich, dass die Exilkinder eine zentrale Rolle für die familiäre Lebensführung in der Zeit des Exils einnahmen. Die Anpassungsfähigkeit und die aktiven Integrationsleistungen der Kinder waren entscheidend für das Gelingen in der Fremde, notwendige Transformation der Lebensführung gelang. Gleiches sollte allerdings, wie im Folgenden deutlich wird, nach der Rückkehr nach Chile nur mehr bedingt gelingen.

Das Erlebnis der Rückkehr nach Chile

Ab 1983 wurde einigen Exilierten die Rückkehr nach Chile ermöglicht und nach dem Ende der Diktatur 1989 trat ein Großteil der Exilierten den Rückweg nach Chile an. Viele Hoffnungen wurden allerdings enttäuscht und die Reintegration gestaltete sich sowohl in ökonomischer wie auch sozialer Hinsicht als schwierig (Pinto 2013; Maureira 2014). Die Ethik des „Zusammenhaltens im Exil“ verlor in Chile ihre Bedeutung. Viele Ehen zerbrachen nach der Rückkehr, Konflikte zwischen den Familienmitgliedern nahmen zu. Dennoch wurde von der Mehrheit der Eltern die Heimkehr positiv als Beendigung des ungewollten Exils empfunden.

Grundlegend anders stellte sich die Situation für die Exilkinder dar. Sie erlebten das Verlassen Deutschlands in gewisser Weise auch als eine Exilierung. Die Ersatzfamilien und die Freunde wurden zumeist gegen den Willen der Kinder von einem Tag zum anderen abrupt verlassen – der mit der ersten Exilierung aus Chile verbundene radikale Bruch wiederholte sich gleichsam erneut und diese schmerzhaft Erfahrung belastet manche der damaligen Exilkinder bis heute. Sie beschreiben die Rückkehr nach Chile vor allem als Verlust Erfahrung: Das vertraute soziale Umfeld ging verloren, die erlernten Kompetenzen und die Lebensführungsmuster wurden in der neuen Umgebung nutzlos. Die heimgekehrten Exilkinder sprachen die spanische Sprache schlecht oder

kaum, sie kannten die kulturellen Codes des Alltagslebens nicht. Die in Deutschland durch eine relativ hohe Autonomie gekennzeichnete Situation kehrte sich nun um: Die Kinder wurden bei der Ankunft in Chile entmächtigt und sie brauchten nun ihre Eltern, um sich in Chile anpassen zu können.

In Deutschland war den Kindern neben den Schilderungen der grausamen Diktatur zugleich eine idealisierte Vorstellung von der Landschaft und den Menschen Chiles vermittelt worden (Jedlicki 2014). Eine Interviewte, Dominique, sprach von einer romantisierenden Nostalgie und einer „Gebirgsromantik“. In sozialer Hinsicht wurden die Erwartungen enttäuscht, da den Exilierten eher ablehnend begegnet wurde. Vor allem die Großfamilie entsprach nicht dem idealisierten Bild, das die Kinder im Exil von ihr hatten. Es gab Familienangehörige, die sehr konservativ oder sogar rechtsradikal orientiert waren und die in Deutschland erlernte Art und Lebensweise der Exilkinder nicht akzeptierten. Die Kinder wurden aufgefordert, wie ein Chilene zu denken, zu handeln und zu reden. Es gab Fälle, wo den Befragten verboten wurde, deutsch zu reden, was zu starken Konflikten führte.

So konnten die alten familiären Beziehungen nach der Rückkehr nicht einfach reaktiviert werden und der Aufbau einer neuen gemeinsamen familialen Lebensführung gelang nur selten – und dies trotz der Bemühungen auf beiden Seiten, während der Exilzeit so gut wie möglich den Kontakt und die Bindung zur chilenischen Großfamilie aufrechtzuerhalten. Die „Blutsbande“ mit der Großfamilie führten also keineswegs zwangsläufig zu einer einfachen Reintegration. Die Familienteile hatten sich aufgrund der langandauernden räumlichen Trennung im wahrsten Sinne des Wortes auseinandergelebt. Dieses Defizit ließ sich nach der Rückkehr nicht einfach ausgleichen. Die individuellen Lebensführungen und die familialen Lebensführungen der Teilfamilien konnten nicht mehr zu einer gemeinsamen neuen familialen Lebensführung zusammengefügt werden.

Nach der Rückkehr verstärkten sich Identitätsprobleme und Integrationsschwierigkeiten der Exilkinder. Sie fühlten sich im Bezug auf ihre Familie und die chilenische Gesellschaft „anders“ oder „fremd“. Beinahe alle Befragten beschrieben ihr Identitätsbewusstsein in Chile und in der Großfamilie als „seltsam“ (raro) oder „ausserirdisch“. Einige der Befragten kehrten aufgrund dieser Erfahrungen zurück nach Deutschland, einige davon vollzogen einen radikalen Bruch mit Chile und ihrer Familie. Andere blieben in Chile, jedoch gelang ihnen auch langfristig nur bedingt die Entwicklung einer Lebensführung, die eine subjektiv befriedigende Reintegration in die chilenische Gesellschaft ermöglichte.

Bis heute sind diese Wunden nicht verheilt. Beinahe alle Befragten haben jahrelange psychologische Therapie hinter sich. Die Diagnosen sind vielfältig: „starke Depression“,

„Angststörung“, „Stimmungsschwankungen“, „Odysseus-syndrom“, „starke Anpassungsprobleme“ u.a. m. Viele werden mit chemischen Medikamenten behandelt, bei anderen ist ein starker und dauerhafter Marihuanakonsum zu konstatieren. Ein Drittel der befragten ehemaligen Exilkinder leidet unter Autoimmunkrankheiten, die als Widerspiegelung des Misslingens einer Anpassung an die chilenische Umwelt angesehen werden können. Bereits in den späten 1980er Jahren haben Untersuchungen auf Depressionen und psychosomatische Erkrankungen bei re-emigrierten Kindern hingewiesen (Baeza 1989). Dominique, die an Lupus, einer die Organe schädigenden Fehlregulierung des Immunsystems erkrankte, erzählte im Interview unter Tränen:

„Es ist das Gefühl eines Überlebenskampfs. Ich habe alles Mögliche versucht, um mich anzupassen (...) ich habe alles versucht (...). Irgendwann merkte ich, dass ich mich nie anpassen würde, ich erlebe einen emotionalen Bruch, und meine Krankheit bricht aus. Weil du fühlst dich in der Familie alleine, unverstanden... außerirdisch.“

Eine auch im physischen Sinne funktionierende Lebensführung zu entwickeln, gelang ihr nach der Rückkehr nicht. Sie starb im März 2018 in Santiago de Chile an den Spätfolgen des Exils – mit dem vorliegenden Artikel will ich auch ihrer gedenken.³

Ähnliche Erfahrungen, wenn auch nicht mit den gleichen zerstörerischen Konsequenzen, machten viele Befragte. Sie denken häufig darüber nach, wie ihr Leben ohne die Exilerfahrung gewesen wäre, welche anderen Identitäten und Lebensführungen sie entwickelt hätten. Manche sehen allerdings ihre „Seltsamkeit“ auch als positive Eigenschaft, sie bezeichnen sich als kosmopolitische und autonome Persönlichkeiten. Erfahrungen mit ihren erweiterten „adoptierten“ Familien in Deutschland hätten dazu geführt, dass für sie Familie eine große Bedeutung besitze, zugleich aber ihr Familienbegriff von dem Konzept der Blutsverwandtschaft entkoppelt sei. Und sie sind häufig sozial engagiert und fühlen sich zu Solidarität verpflichtet, wie Alejandra deutlich macht:

„Ich glaube das wir alle, egal wo wir uns befinden, von unseren Berufen und Tätigkeiten aus (...), wir sind kritische, denkende Subjekte, und wir erziehen wertvolle multikulturelle Kinder, die ein Beitrag für jede Gesellschaft sein werden (...). Wir haben gelernt, immer solidarisch zu sein, helfen zu wollen, einen Beitrag zu leisten wo auch immer wir heute sind.“

Trotz der schmerzvollen Erfahrungen, die mit dem Exil verbunden waren, wird dieses Schicksal also nicht per se abgelehnt, sondern auch anerkannt, dass der Verlust der Heimat

3 Dominique war vor ihrem Tod an der Gründung der Gruppe *Hijas e hijos del Exilio*, einem Forum der chilenischen Exilkinder, beteiligt. <https://www.facebook.com/groups/1463165160415970/>

auch mit der Gewinnung einer umfassenderen Identität verbunden war, welche die engen Bande des Blutsverwandschaft und der Nation sprengt.

Ausblick

Die bisherige Lebensführungsforschung hat sich auf relativ stabile Grundmuster und Rahmenbedingungen gerichtet. Ausgeblendet wurden die Herausforderungen, vor denen die Lebensführung unter Bedingungen eines extremen Wandels wie der Migration und des erzwungenen Exils steht. Die hier dargestellte Studie chilenischer „Exilkinder“, die 10 bis 15 Jahre lang in Deutschland aufgewachsen waren, hat deutlich gemacht, wie Kinder in der Exilsituation nicht zu unterschätzende Kapazitäten entwickeln können, um das Leben der Eltern zu unterstützen und eine neue familiäre Lebensführung mitzugestalten. Darüber hinaus trugen die Untersuchten als Kinder durch ihre aktive Adoptionsleistung dazu bei, eine erweiterte Familie jenseits der Blutsbeziehungen herzustellen. Zu ergänzen ist, dass die Unterstützung durch die deutschen Solidaritätsbewegungen für das Gelingen dieser Herstellungsleistung sehr wichtig war. Bis heute bestehen viele Kontakte fort. Diese Unterstützung ist eine bleibende positive Erfahrung für die Exilkinder – was auch von politischer Relevanz für den aktuellen Umgang mit Flüchtlingen in Deutschland und ihre Unterstützung durch Initiativen der Flüchtlingshilfe ist. Es macht den langfristigen Wert einer Willkommenskultur deutlich.

Leonor Quinteros Ochoa, Socióloga Mg. en Teoría Social, Universidad Arturo Prat und Universidad de Tarapacá, Iquique, Chile.

Die Autorin lebte von 1976 bis 1985 als Exilkind in Tübingen. Ihr Vater musste aus Chile emigrieren, als er dank des Einsatzes von Ernst Bloch für ihn aus den Kerkern des Diktators Pinochet frei gelassen wurde.

Literatur

- Baeza, Noemi (1989): Exilio y retorno. Itinerario de un desafío. In: Persona, Estado, Poder, estudios sobre salud mental en Chile, 1973-1989. Equipo de denuncia investigación y tratamiento al torturado y su núcleo familiar DITT del comité de Defensa del pueblo (CODEPU).
- Espinosa y Sanhueza (2014): La construcción de identidad en hijos/as de exiliados/as políticos/as chilenos/as. In Revista Psicología UVM Vol. 4, Num. 8. Vina del Mar, Chile.
- Gaillard, Anne Marie (1997): Exils et retours. Itinéraires chiliens. Paris: L. Harmattan CIEML.
- Jedlicki, Fanny (2014): Los hijos del retorno chileno: presos de la memoria familiar del exilio, ausentes de la historia. Coloquio internacional Memoria histórica, demoracia y derechos humanos. Universidad de Concepción, Chile.
- Jurczyk, Karin / Lange, Andreas / Thiessen, Barbara (Hrsg.) (2014): Doing Family. Warum Familienleben heute nicht mehr selbstverständlich ist. Weinheim: Beltz Juventa.
- Maureira, Gloria (2015): Retorno: La memoria en la piel in El arte de narrar en la construcción de memoria, niñas, niños y jóvenes en el exilio. Santiago de Chile: Edit Verdejo, Maureira, Fundación PIDEE.
- Maurin, Jost (2005): Flüchtlinge als politisches Instrument. Chilenische Emigranten in der DDR 1973-1989. In: Totalitarismus und Demokratie. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 345-374.
- Norambuena, Carmen (2008): El exilio chileno: río profundo de la cultura iberoamericana. In Cuadernos del CISH, no. 23-24, p. 163-195 (Universidad Nacional de la Plata).
- Pinto Luna, Candelaria del Carmen (2013): Los hijos de los exiliados vuelven a Chile: Dilemas y desafíos para la integración memoria e identidad. Tesis presentada para obtención de grado de magister, Universidad Nacional de la Plata, Argentina. www.memoria.fahce.unlp.edu.ar.
- Rebolledo, Loreto (2005): El impacto del exilio en la familia chilena in Familia y Vida Privada. Transformaciones, tensiones, resistencias y nuevos sentidos? FLACSO Chile.
- Schimpf-Herken, Ilse (1993): Exil zwischen Solidarität und Bevormundung. In: Lateinamerika Nachrichten, Nr. 233.
- Voß, G. Günter / Wehrich, Margit (Hg.): Tagaus tagein. Neue Beiträge zur Soziologie alltäglicher Lebensführung. München und Mering: Rainer Hampp Verlag.

www.zeitpolitik.de – Die Webseite der DGfZP

Schauen Sie doch mal herein!

Sie finden dort unter anderem:

alle Ausgaben des Zeitpolitischen Magazins,
die Termine der nächsten Veranstaltungen,

Zeitpolitische Impulse,

Informationen über die bisherigen Jahrestagungen,

Texte zur Zeitpolitik zum Download...

ANDREA FRITSCHKE

Re-Konzeptualisierung biographischer Zeit in der Asylwirklichkeit¹

Zeit spielt im Asylkontext eine wichtige Rolle. In der Verfahrenspraxis sind insbesondere die Übersetzung kulturell bestimmter Zeitrechnungen und die Fixierung von Zeit relevant: Daten des afghanischen Kalenders sind in die gregorianische Zeitrechnung zu übersetzen, gleichlautende Angaben zum Tag der Flucht, dem Zeitraum der Inhaftierung und der Dauer der Überfahrt nach Europa beeinflussen die Glaubwürdigkeit des Asylbegehrens. Auf einer alltäglichen Ebene wird Asyl vor allem als Wartezeit thematisiert, das subjektive Zeitbewusstsein ist vermehrt Thema von Forschungsarbeiten (z.B. Schmidinger/Gysi 2008, Rotter 2016, Vitus 2010, Brekke 2010). Besondere Relevanz kommt der Konzeptualisierung von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu, d.h. der biographischen Zeit, die als „zeitliche Dimension (...), durch die sich das Subjekt zur Vergangenheit verhält, die eigene Gegenwart erlebt und einen Bezug zu seiner Zukunft herstellt“ (Leccardi 2009:245) verstanden werden kann. Einerseits ist die Zuerkennung eines Rechtsstatus per se von der erfolgreichen Darstellung biographischer Zeit abhängig – nur wenn Fluchtgründe in der Vergangenheit basieren und glaubhaft mit einer gegenwärtig aufrechten Gefahr einhergehen, die höchstwahrscheinlich in der Zukunft andauern, wird ein Schutzstatus zuerkannt. Andererseits finden solche Bedeutungszuweisungen nicht im leeren Raum statt, sind nicht nur im Subjekt begründet, sondern entstehen in Abhängigkeit struktureller Bedingungen der Asylwirklichkeit, die ambivalente Anforderungen an die Konzeptualisierung von Zeit stellt. Intersubjektive Konzeptionen biographischer Zeit reflektieren strukturelle Charakteristika und bestimmen Handlungsorientierungen, mögliche Identitäten sowie Subjektpositionierungen mit. Welche Bedeutungen Asylbewerber*innen² mit der biographischen Zeitdimension in Verbindung bringen, wird nachfolgend auf Basis qualitativer Interviews mit Asylbewerber*innen in Österreich nachgezeichnet³. So können die Bedingungen der Asylwirklichkeit beschrieben und deren Auswirkungen auf das Subjekt und „deren Zeit“ begreiflich gemacht werden.

Vergangenheit: die Normalität in der Ausweglosigkeit

Konzeptualisierungen der Vergangenheit sind durch zwei widersprüchliche Bezugssetzungen charakterisiert: Einerseits rückt in Erzählungen, die sich auf die Zeit vor dem Asylantrag beziehen, das „normale Leben“ ins Zentrum, das Dasein in einem routinisierten Alltag, ein Leben mit Beruf, Ausbildung oder Familie, das nicht nur Erwartbarkeiten mit sich brachte, sondern v.a. eine wenig problematisierte Identität. Andererseits ist die Vergangenheit als Ausnahmezustand konzeptualisiert, die Rede ist von einem ausweglosen Leben an der Grenze von Leben und Tod. Die erste Konzeptualisierung steht dabei vor allem mit den alltäglichen Bedingungen, die zweite mit den rechtlichen Anforderungen bzw. dem rechtlich bestimmten Idealtypus des Flüchtlings in Verbindung.

Erzählungen über das „normale Leben“ verweisen häufig auf wirtschaftliche Sicherheit, unterstreichen berufliche Identitäten und die Handlungsmacht der Person. Oft werden soziale Rollen, die durch das *Asylbewerber*⁴-Sein herausgefordert werden, betont, gesellschaftliche Bedingungen und Stereotypen konterkariert. *Andrej*⁵ beschreibt sein damaliges Umfeld als „nicht so reich und nicht so arm“, seine Heimat war ein Ort, an dem man, wenn man arbeitete, alles haben konnte. Sich selbst porträtiert er als einen jungen Mann, der sich in seine jetzige Ehefrau verliebte und als Sohn, der seinen Vater bei der Arbeit unterstützte. *Jeneba* erzählt von der Normalität in einem geschäftigen Alltag, sie war eine arbeitende Frau, die aktiv am sozialen Leben teilnahm:

„In Africa (...) [y]ou are outside, with people chatting, (...) I'm working, like from 8 o'clock in the morning till 5 o'clock in the evening. (...) every day I am working in a hotel (...) I have only one day free, (...) in the season, it is too busy, I don't have even off, I used to work from 8 till 6 o'clock or 7 o'clock.“⁶

Da die Normalität der Vergangenheit, die Aktivität und Handlungsmacht im Damals im Gegensatz zu den Einschränkungen der Gegenwart steht, wird deren Re-aktivierung jetzt relevant. In *Jenebas* Vergangenheit findet das Leben „outside“ statt, sie ist aktiv, sogar „too busy“ – in der Gegenwart

1 Für eine Langfassung siehe Fritzsche, A. (2012): Zeit. Macht. Flüchtlinge. Und Flüchtlinge machen Zeit? Konzeptionen biographischer Zeiten im Asylkontext. SWS-Rundschau 52 (4). 362-388.

2 In Österreich ist „Asylwerber“ der rechtliche korrekte Terminus. Der hier aufgrund der Leser*innenschaft verwendete deutsche Begriff „Asylbewerber“ widerspiegelt die Selektions- und Testlogik des Verfahrens nochmals treffender.

3 Neben weitreichenden Beobachtungen und Teilnahmen wurden zwischen 2010 und 2012 qualitative Interviews mit insgesamt 18 Asylbewerberinnen und zwölf Asylbewerbern zwischen 18 und ca. 60 Jahren aus 14 Ländern geführt.

4 Die männliche Form wird in Kursiv dann verwendet, wenn der rechtliche Status im Zentrum steht, das Asylgesetz kennt keine weibliche Form.

5 Alle Namen sind Pseudonyme, persönliche Daten wurden zur Anonymisierung angepasst.

6 Anpassungen der Originalzitate sind durch eckige Klammern gekennzeichnet. Französische Zitate wurden übersetzt.

ist der Alltag ins „inside“ verlagert, Bewegung findet kaum statt, soziale Kontakte fehlen:

„[Here] the other people don't know you (...), I don't go anywhere, I don't know anyplace. I'm inside my room always.“

Während Andrej und Jeneba damals Arbeitnehmerin, Sohn, Mutter oder Ehemann waren, sind sie im Jetzt nur Asylbewerber und erfahren Zuschreibungen als Persona non grata und Stereotypisierungen, z. B. als „Wirtschaftsflüchtling“.

Auf der anderen Ebene nimmt die Vergangenheit, vor allem in Zusammenhang mit den Fluchtgründen, als Ausnahmezustand in die Erzählungen Einzug. Die Rede ist dann von einer Zeit, die für die Person „zu viel“ war, die Flucht wird durch die Ausweglosigkeit des Damals als einzige Möglichkeit begründet. Belisha erzählt vom Massaker in ihrem Heimatdorf, Claire berichtet von Bombardierungen, Tod, von einem Ort, „wo du nicht weißt, was du essen wirst“ und wo „jede Sekunde [Menschen] sterben“. Diese Zeit der Gefahr geht mit einer Selbstkonzeption als passives Opfers einher – gerettet wird nicht mehr der Mensch, sondern nur noch das „nackte Leben“ (Agamben 2002) – Belisha machte sich damals keine Gedanken über die Schule der Kinder oder die Nahrungsversorgung, wichtig war nur „schnell raus vom Krieg, irgendwo[hin], egal!“.

Die Fokussierung auf die Vergangenheit, die die Ausweglosigkeit und den Opferstatus ins Zentrum rückt, zeigt sich in Einklang mit den wahrgenommenen Handlungsanforderungen des Asylverfahrens. Die rechtliche Praxis erfordert eine konstante Erinnerung und Repräsentation vergangener Erlebnisse, die Merkmale des „echten“ Flüchtlings als schutzloses, vulnerables und handlungsohnmächtiges Opfer unterstreichen. Dass eine solche Darstellung vor dem Recht nötig ist, betont Marika, ihr wurde gesagt, dass sie „nicht überzeugend“ war, sie hätte „heulen und in Tränen ausfallen [müssen]“. Und Anaida ist nach ihren Erfahrungen vor der Asylbehörde überzeugt, dass man nicht gut angezogen sein, weder Nagellack noch Parfüm tragen dürfe, denn jemand, der „eh super aus[schaut]“, kann für die Behörden kein Problem haben. Während die Normalität der Vergangenheit der Vergewisserung der Identität dient, ist gerade diese Normalität in der rechtlich geforderten Konzeption der Vergangenheit kontraproduktiv.

Gegenwart: Weiterleben in einer verlorenen Zeit

In Bezug auf die Konzeption der Gegenwart erweist sich die Ambivalenz zwischen Stagnation und Bewegung als wesentlicher Gegensatz: Einerseits impliziert das Warten auf eine Entscheidung Stagnation auf Ebene der Biographie und schränkt Handeln ein. Andererseits ist die Gegenwart von ständiger Bewegung und einem permanenten Kampf um das Weiterleben geprägt.

„[M]anchmal denke ich (...) [ich] habe die Zeit verloren, wie lang [sind] diese Jahre? (...) [I]n meiner Heimat [hätte ich] auch ein neues Leben beginnen und etwas aufbauen [können] (...) vielleicht [bin ich dann] 60 Jahre und dann muss ich noch sterben und ich hab trotzdem nichts für meine Kinder gemacht.“ (Marika).

Strukturelle Zwänge, Einschränkungen und Verbote, die mit dem Asylbewerberstatus einhergehen, transformieren Marikas Gegenwart in einen Schwebezustand (Brekke 2004:25). In Folge des faktischen Arbeitsverbots und in einem Leben im Versorgungssystem der „organisierten Desintegration“ (Täubig 2009) weicht Lebenszeit einer Asylzeit, die mit verlorener Zeit gleichgesetzt wird. Nichts tun zu können, wird als Machtausübung wahrgenommen, man wird Warten gelassen, die Zeit von Asylbewerber*innen hat keinen Preis, der soziale Wert der Person wird untergraben (Bourdieu 2000:226 f.). Nicht nur ist man als Mensch nichts wert, sondern das Menschsein selbst geht verlustig: „Wir sind nicht Mensch, wir haben kein[e] Rechte, wir sind Tiere.“ (Belisha). Die Gegenwart wird fremdbestimmt, das existenzielle Warten (Dwyer 2009) zeichnet sich dadurch aus, dass, anders als beim Warten auf den Bus, dessen Ende und das Danach ungewiss bleiben. Asylbewerber*innen werden zu Grenzgänger*innen, sie „sind weder hier noch da (...) weder das eine noch das andere“ (Turner 1989 [1969]:65). Von Welt und Zeit losgelöst, schränken das Warten und die gegenwärtigen, exkludierenden Bedingungen nicht nur Handlungsmöglichkeiten ein, sondern gefährden das Leben an sich: „[Claiming asylum] is the worst thing a man should think about (...) [because] their lives die (...) they just be giving him food. (...) You are killing him!“ (Amaru).

Selbst wenn bzw. gerade weil ein Einwirken auf die Welt unmöglich ist, wird Handeln „in der Welt“ umso notwendiger (Dwyer 2009, 21f.). Innerhalb der Strukturen wird aktiv auf die Anforderungen der Gegenwart reagiert. Der Umgang mit dem hochausdifferenzierten fremden Rechtssystem erfordert Wissensaneignung, ständig müssen soziale, finanzielle und psychische Ressourcen mobilisiert werden, um Lücken im restriktiven System zu finden, der Alltag wird zu einem voraussetzungsreichen Kampf. Gleichzeitig geht auch unter widrigen Umständen das Leben weiter: Kinder werden geboren, Hochzeiten finden statt, soziale Kontakte entstehen. Insbesondere systemimmanente Forderungen nach „Integration“ erfordern Bewegung und können verlorene in gewonnene Zeit verwandeln. Denn erst die „Anpassung an das Leben hier“, ermöglicht es, „Punkte zu gewinnen“ (Claire): Im Warten-gelassen-werden entstehen Räume, sich als wertvolles Mitglied der Mehrheitsgesellschaft zu beweisen, die empfundene Ohnmacht der Wartezeit kann überwunden werden. Zeit, die vergeht, kann Wege eröffnen, mit der

Ambiguität und den Herausforderungen des Jetzt umzugehen bzw. im Idealfall (vorübergehend) das Selbst zu regenerieren.

Zukunft: Traumlos hoffen

Erzählungen zur Zukunft schließen insofern an die Vergangenheit an, als auch hier das „normale Leben“ thematisiert wird. Abseits eines Wunsches, wieder etwas – nämlich Mensch – zu sein, fehlt hier jedoch die inhaltliche Konzipierung. Pläne und Träume erscheinen als generalisierte Negation, sie sind im Moment nicht existent. Die Entscheidung, ob bzw. wo die Person welche Zukunft hat, entzieht sich dem Einfluss der Person und wird bei den Behörden verortet: „*sie entscheiden deine Zukunft*“ (Marika). Auch wenn die Zukunft dadurch inhaltlich im Moment undenkbar wird, werden in Verarbeitung vergangener Erfahrungen Handlungsstrategien entwickelt, um die Lücke zwischen dem Wunsch nach einer „normalen“ Zukunft und der fehlenden Kontrolle über dieselbe zu kompensieren.

Während die Flucht als Ausweg die Zukunft denkbar machte, ist es der Asylantrag selbst, der die Vorstellungen einer Zukunft häufig enden lässt: „*I see asylum as, as a very wrong step to take in life. (...) because (...) it destroys destiny easily.*“ (Amaru). Durch die gegenwärtige Unsicherheit wird nicht nur die Zukunftsplanung sondern sogar das Träumen verunmöglicht:

„*es ist schwierig (...) weil (...) ich kann [keinen] Traum haben. Zum Beispiel ich habe diesen Traum gehabt, [in die] Schule [zu] gehen (...) und arbeiten (...). Aber das Leben geht nicht, wie ich will. Und ich habe immer Angst, [dass] ich zurückgeschoben werde. Das ist [das] große Problem, ich weiß nicht, wann was passiert.*“ (Nara).

Gleichzeitig ist auch der Moment, an dem die Zukunft und das Leben (wieder) beginnen, über die Ausstellung von Papieren klar definiert. Denn was nicht papieren oder in eine schriftliche Form gebracht ist, existiert in der Asylwirklichkeit nicht, weder Vergangenheit, noch Zukunft, noch der Mensch als solches, wie Sharina meint, als sie über ihre fehlenden Papiere spricht: „*In Österreich existiere ich [daher] noch nicht*“. In dieser Logik wird die Erzeugung schriftlicher Fakten zur Handlungsmöglichkeit, um den Beginn der Zukunft zu beschleunigen: Beweise, als „*Papier (...) Geschrieben[es] mit Stempel [und] Unterschrift*“ (Marika), werden für eine Statuszuerkennung gesammelt. Vor allem wird die Gegenwart in Reaktion auf gesellschaftspolitische und rechtliche Integrationsforderungen verschriftlicht: Internalisierte kulturelle Wert widerspiegeln sich im Vereinsausweis, Sprachkenntnisse erfordern Zertifikate und Freundschaften werden

in Integrationsschreiben transformiert. Durch die Objektivierung der Vergangenheit und Gegenwart in Schriftstücken wird aus vergangenen Erfahrungen Sinn gemacht und die gelernte Systemlogik als (re-konfiguriertes) Schema angewandt (Emirbayer/Mische 1998:984), ein Beitrag zum Beginn der Zukunft wird möglich.

Darüberhinausgehend wird das Denken der Zukunft nur über die Transzendierung der Gegenwart möglich: irrationale Hoffnung, der Glaube an Gott, das Schicksal oder Gerechtigkeit geben Kraft für ein Weiterleben und ermöglichen Selbstvergewisserung, denn „*when people don't accept you in a place, there is nothing you can do, it takes God to truly make you succeed*“ (Amaru). Durch die Auslagerung der Beeinflussbarkeit der Zukunft an eine dritte Instanz wird dieser Agency zugesprochen, da der Glaube an die eigene Handlungsfähigkeit erschüttert ist. Umgekehrt kann durch eine derartige Abgabe der Verantwortung wieder Kraft gewonnen werden, die gegenwärtiges Handeln ermöglicht und Zukunftsorientierung entstehen lässt.

Vom Asylbewerber zum Menschen: Zur notwendigen Integration widersprüchlicher Zeitkonzepte

Einen Asylantrag zu stellen und zum Asylbewerber zu werden, scheint mehr zu sein als eine biografische Zäsur: Lebenszeit wird von Asylzeit abgelöst, die Vergangenheit muss in aller Ambivalenz rekonstruiert werden, um den Anforderungen des rechtlichen Verfahrens zu genügen und um Vorstellungen des Selbst aufrechtzuerhalten. Nach dem Überleben ein Weiterleben zu gestalten, erweist sich als voraussetzungsreicher Kampf. Die autoritative und uneinsichtige Macht der Asylrechtspraxis stellt die Zukunft in Frage. Die Integration konträrer Anforderungen an biographische Zeiten stellt eine Herausforderung für das Selbst dar und führt im Handeln und auf Ebene der Subjektpositionierungen zu einem ständigen Hin und Her. Mit genau diesen widersprüchlichen Konzeptualisierungen von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in ihrer Gesamtheit umzugehen, kann als Herausforderung und Anforderungen des Asylbewerber-Seins verstanden werden. Durch eine kreative Re-Konzeptualisierung individueller biographischer Zeiten, die gleichzeitig in Einklang mit und in Widerspruch zu den Zeitkonzepten der Asylwirklichkeit stehen, kann trotz struktureller Einschränkungen zumindest teilweise Handlungsfähigkeit wiedererlangt werden. Doch erst wenn die Normalität der Vergangenheit und des Selbst aufrechterhalten oder wiedergefunden werden, wenn die Gegenwart in Würde gestaltet und eine Zukunft gedacht wird, ist die Person nicht mehr nur Asylbewerber, sondern auch Mensch.

Andrea Fritsche, Soziologin, Universität Wien

Literatur

Agamben, G. (2002): Die Souveränität der Macht und das nackte Leben. Frankfurt a. M.

Bourdieu, P. (2000): Pascalian Meditations. Stanford.

Brekke, J.-P. (2010): Life on Hold. The Impact of Time on Young Asylum Seekers Waiting for a Decision. In: Diskurs. Kindheits- und Jugendforschung, Nr. 2, 159-167.

Dwyer, P. D. (2009): Worlds of Waiting. In: Hage, Ghassan (ed.) Waiting. Carlton, Vic., 15-26.

Emirbayer, M. / Mische, A. (1998): What Is Agency? In: American Journal of Sociology, Nr. 4, 962-1023.

Leccardi, C. (2009): Widersprüchliche Zeiten: Beschleunigung und Verlangsamung in Biographien junger Frauen und Männer. In: King, V. / Gerich, B. (Hrsg.) Zeitgewinn und Selbstverlust. Folgen und Grenzen der Beschleunigung. Frankfurt a. M., 242-260.

Rotter, R. (2016): Waiting in the asylum determination process: Just an empty interlude? In: Time & Society, Nr. 1, 80-101.

Schmidinger, T. / Gysi, S. (2008) Eine lange Weile Langeweile. Struktur und Lebensbedingungen von AsylwerberInnen im Industrieviertel. In: Schmidinger, T. (Hg.) Vom selben Schlag.: Migration und Integration im niederösterreichischen Industrieviertel. Wiener Neustadt, 133-148.

Täubig, V. (2009): Totale Institution Asyl. Empirische Befunde zu alltäglichen Lebensführungen in der organisierten Desintegration. Weinheim.

Turner, V. (1989 [1969]) Das Ritual. Frankfurt a. M.

Vitus, K. (2010) Waiting Time. The de-subjectification of children in Danish asylum centres. In: Childhood, Nr. 1, 26-42.

JOST HERMANN UND JULIA POWEREIT

Zivilgesellschaftliches Engagement und staatliche Flüchtlingspolitik im Zielkonflikt

Die Welt schaute verblüfft auf Deutschland. Was sich im Sommer 2015 am Münchner Hauptbahnhof ereignete, war so nicht zu erwarten gewesen. Überall fanden sich spontan helfende Menschen ein, anfangs mehr als eigentlich gebraucht wurden, sogar oft mehr als Flüchtlinge einer Gemeinde zugeteilt waren. Sie wollten anpacken und damit Deutschland ein freundliches Gesicht geben. Es war klar, dass staatliche Stellen und Wohlfahrtsverbände diesen enormen Herausforderungen nicht gewachsen waren. So waren diese dankbar, dass die Zivilgesellschaft hier von Anfang an Verantwortung übernahm.

Aus den losen Zusammenschlüssen der Flüchtlingshelfer*innen entwickelten sich in Deutschland ab 2013 die Helfer- bzw. Unterstützernetze. In dieser Sozialform konnten viele motivierte Menschen unbürokratisch, eigenverantwortlich, spontan und flexibel mithelfen. Sehr schnell arbeiteten sich ehrenamtliche Flüchtlingshelfer*innen in komplizierte Sachverhalte ein. Ihr Fachwissen war oft detaillierter als das der Hauptamtlichen in den Landratsämtern oder Wohlfahrtsverbänden, die erstmals in diesem Bereich arbeiteten. Das Internet ermöglichte, dass sie sich schnell informieren und vernetzen konnten – an hauptamtlichen Instanzen vorbei. So verfügten Mitglieder von Unterstützernetzen oft viel schneller über aktuelle Informationen. Unter den Ehrenamtlichen entwickelte sich hohes Selbstbewusstsein als Helfende. Sie erlebten ihr zivilgesellschaftliches Ehrenamt als Ergänzung zur Politik, aber auch schon von Beginn an als deren Gegenüber, als Opposition. Ohne sich dessen anfangs bewusst zu sein, waren die Helferkreise schon immer politisch.

Helferkreise im Oberland¹

Wie vielerorts entstanden auch im bayerischen Oberland (Landkreise Weilheim-Schongau und Garmisch-Partenkirchen) Helferkreise. Überall das gleiche Bild: 20 Stühle wurden gestellt, über 60 Personen kamen. Sie alle wollten mithelfen, Verantwortung übernehmen. Egal ob in der Kreisstadt oder in einem kleinen Dorf ganz am Rande des Landkreises. Die Arbeitsschwerpunkte lagen vor allem auf einer *ersten Hilfe*: Begleitung bei Behördengängen und Arztbesuchen, Organisieren alltäglicher Dinge wie Internet, Kleidung und Fahrräder sowie Unterrichten in der deutschen Sprache. Im Vordergrund stand bei allem die Begegnung, das gegenseitige Kennenlernen. Geprägt wurde diese erste Zeit vom „Wir schaffen das“ der Kanzlerin, von enormer Dankbarkeit der aufgenommenen Asylsuchenden und von Anerkennung der Arbeit auf staatlicher Seite. Das mediale Echo war in dieser Zeit groß und für beide Seiten, die Asylsuchenden und die Helfenden, positiv.

¹ Das Folgende fußt auf Erfahrungen der Ehrenamtskoordinatoren von „Asyl im Oberland“ sowie auf Ergebnissen einer Befragung ehrenamtlicher Helfer*innen zuerst in Weilheim, dann im Landkreis Weilheim-Schongau und schließlich in ganz Oberbayern (Herrmann 2017). Es handelte sich um eine Fragebogen-Untersuchung, deren Fragen auf einer Studie von Jana Herrmann basierten. Deren Ergebnisse wurden untermauert durch qualitative Interviews mit Flüchtlingshelfer*innen aus dem Landkreis. Im Vordergrund standen vor allem die Fragen nach den biographischen Merkmalen der Flüchtlingshelfer*innen, ihrer Motivation für Beginn, Bestehen, Reduktion oder Beendigung dieses Engagements sowie die aktuelle Situation und Herausforderung. Die Berichte sind nachzulesen unter www.asylimoberland.de

Auf die Phase der ersten Hilfe folgte eine Phase der *Institutionalisierung*. Die Unterstützerkreise hatten sich von Beginn an unter dem Namen „Asyl im Oberland“ zusammengeschlossen. Jetzt organisierten und strukturierten sie sich, mieteten Räume an für ihre Arbeit und orga-

nisierten die Fortbildung der Ehrenamtlichen. Sie betrieben eine gemeinsame Homepage, wiesen neue Unterstützerkreise ein und berichteten sich gegenseitig von ihren Erfahrungen. Man kam regelmäßig zusammen, half sich und setzte sich in gemeinsamen Treffen mit Mitarbeitern des Ausländeramts für Verbesserungen ein. Mitte 2016 wurden auf Drängen der Ehrenamtlichen Stellen für zwei hauptamtliche Ehrenamtskoordinator-Stellen geschaffen, finanziert durch die Innere Mission, die Caritas, die Diakonie sowie den Landkreis Weilheim-Schongau. Ein in Bayern einmaliges, beispielhaftes Konstrukt und Symbol der guten Zusammenarbeit – ein Leuchtturmprojekt!

Die meisten Asylbewerber waren verunsichert und traumatisiert und nahmen die Hilfen sehr dankbar an. Nach einigen Monaten wurde deutlich, dass die Arbeit mit geflüchteten Menschen sehr viel von den Helfenden forderte. Aufgewachsen in Friedenszeiten und oft aus finanziell abgesichertem Milieu kommend, wurden viele von ihnen erstmals mit solchen existentiellen Problemen konfrontiert. Mit den Flüchtlingen klopften Krieg und bittere Not an unsere Haustüren. Das Engagement war nicht nur sehr zeitintensiv, sondern auch mit viel Emotion verbunden. Für viele Helfende war es schwer, Grenzen zu setzen. Im Jahr 2016 zog sich ein Teil von ihnen *erschöpft* aus der ehrenamtlichen Arbeit zurück, zumal sich die Willkommensstimmung in der Bevölkerung legte.

Zur Erschöpfung kam schließlich die *Resignation* vieler Ehrenamtlicher, als die Geflüchteten weniger erste Hilfen, aber mehr Beistand in Problemlagen brauchten, die aus der Dauer und Ungewissheit der Asylbewerbersituation in den Aufnahmeheimen entstanden. Während langen Wartens auf den Asylbescheid untätig wegen des Arbeitsverbots und dann für diejenigen ohne Bleiberecht drohende Abschiebung hatten 2017 Frust und Aggressionen, Konflikte und Straftaten in den Heimen zugenommen. Manche der Abgelehnten



Vollversammlung

tauchten unter, viele wurden depressiv, verletzten sich, entwickelten Selbstmordgedanken. In einer Vollversammlung der Geflüchteten in Weilheim äußerten sich diejenigen, die sich im Asylfahren befanden oder abgelehnt worden waren, unzufrieden.

Einzelzimmer für psychisch Kranke und Krebskranke wurden verlangt. Die sanitären Anlagen seien unzureichend, der Wohnraum zu eng. Jahrelang hätten sie keine Privatsphäre mehr gehabt. Die Anwesenheitskontrolle in den Containern wurden als Schikane empfunden. Sie wollten arbeiten, Steuern zahlen und niemandem auf der Tasche liegen. Von der Asylbehörde verlangten sie faire Verfahren, deren Mitarbeiter aufgrund von mehr Detailkenntnissen über die Situation in ihren Herkunftsländern verfügen und Dokumente fehlerfrei ausgestellt werden. Die sehr hohen Gebühren für die Unterkunft sollten reduziert werden.

Paradigmenwechsel in der Politik

Der wichtigste Grund für den Rückgang des Engagements der Ehrenamtlichen war jedoch der Ärger über die bayerische Politik (s. www.asylimoberland.de). Die bayerische Staatsregierung hatte in der ersten Zeit manches Positives auf den Weg gebracht: unbürokratische finanzielle Unterstützung ehrenamtlicher Deutschkurse, die Abschaffung von Essenspaketen, Unterbringung in dezentralen Unterkünften, Schulungen von Ehrenamtlichen, Ehrungen der Ehrenamtlichen etc. Dieses Klima änderte sich schleichend, bis es sich dann schlagartig komplett drehte. Auslöser waren die Ereignisse am Silvesterabend in Köln, die Gründe lagen im Druck von rechts. Eine neue Partei, die AFD, machte sich zum Sprachrohr seit längerem bestehender Unzufriedenheit und schürte Fremdenfeindlichkeit. Die bayerische Regierung reagierte schnell mit Gesetzesänderungen und neuen Regelungen. Die Schlussphase des Bundestagswahlkampfes 2017 wurde auf dem Rücken der Asylsuchenden und damit auch auf dem der vielen ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer*innen ausgetragen. Die Konsequenzen trafen vor allem die Asylsuchenden hart: der ersehnte Familiennachzug wurde ausgesetzt, Arbeitsverbote erlassen, Ankerzentren geplant und vermehrte Abschiebungen wurden angekündigt.

Foto: asylimoberland



Peißenberg: Radlkurs für Asylbewerber

Die Helferkreise, die bereits Anfang 2017 oberbayernweit vernetzt waren, bezogen nun immer mehr öffentlich Stellung. Auf dem III. oberbayerischen Asylgipfel wurde die „Tutzinger Resolution“ (www.asyl.bayern) verfasst, 1000 Flüchtlingshelfer*innen kamen bei einer Sternfahrt nach München unter der Bavaria zusammen, auf dem Marienplatz in München fand die erste Vollversammlung aller Flüchtlingshelfer*innen statt. Weitere öffentlichkeitswirksame Aktionen und Demonstrationen folgten – die Helferkreise wurden sich der politischen Dimension ihrer Tätigkeit bewusst und traten zunehmend in Opposition zur bayerischen Staatsregierung. So brachten die Ehrenamtlichen zum Beispiel auf dem IV. oberbayerischen Asylgipfel im Sommer 2017 eine Normenkontrollklage gegen die völlig überhöhten Unterkunftsgebühren auf den Weg. Auf Bitten der Initiator*innen der Asylgipfel beauftragte der bayerische Flüchtlingsrat einen Anwalt, der Klage gegen die bayerische Staatsregierung einreichte. Am 16. Mai 2018 wurde der Klage stattgegeben, die Regierung muss ihre Bescheide zurückziehen und ihre „haltlose und jeder Rechtsgrundlage entbehrender Gebührenverordnung“ neu berechnen. Der Münchner Merkur nannte den Sieg der Flüchtlingshelfer*innen eine „Ohrfeige für die bayerischen Staatsregierung“. In seinem Vortrag auf dem V. Asylgipfel in Oberbayern betonte Professor Schiffauer, dass die Helferkreise schon immer eher politisch als diakonisch ausgerichtet gewesen waren, nicht parteipolitisch, sondern im Sinne von Hannah Arendt als Einsatz für das Gemeinwesen. Die Flüchtlingshelfer*innen hätten ihren Einsatz aber erst aufgrund der sich verändernden Politik und den dazugehörigen Vorgaben als politisch erlebt, der tatsächlich von Anfang an politisch war.

Vor allem im Hinblick auf die geplanten Abschiebungen stellten sie sich gegen die bayerische Regierungspolitik, die mit der Schaffung größerer Erstaufnahmezentren (Vorläufer der geplanten Ankerzentren) den Einsatz der Ehrenamtlichen für Geflüchtete erschwerte. Zugleich wurde versucht, die Helferbewegung mithilfe einer neuen Organisationsstruktur und Beratungsrichtlinien so zu transformieren, dass die ehrenamtliche Arbeit nicht mehr nur unterstützt, sondern zudem gesteuert werden konnte. Viele der neu geschaffenen

Stellen wurden dem Landratsamt/Ausländeramt unterstellt, aus Ehrenamtskoordinatoren wurden Integrationslotsen und aus ehrenamtlichen Flüchtlingshelfern ehrenamtliche Integrationsbegleiter. Viele Helfer*innen empfanden das als übergriffig. Auch bei manchen Sozialpädagogen sorgte das Selbstbewusstsein der Ehrenamtlichen für Unbehagen. Sie waren der Meinung, die Flüchtlingshelfer*innen seien nicht professionell genug. So fühlten sich die meisten Ehrenamtlichen weder von der Politik noch von Fachleuten als gleichberechtigte Gesprächspartner akzeptiert.

Zivilgesellschaftliche Vernunft versus staatliche Rationalität

Auch im Bereich ehrenamtlicher Hilfen für Geflüchtete war nun die zivilgesellschaftliche Vernunft den staatlichen Rationalitäten gegenübergetreten. Die Zivilgesellschaft hatte nicht partikulare Interessen im Blick, sondern das Gemeinwohl, den sozialen Frieden, die einzelnen Menschen. Der Staat aber handelte nach anderen Prinzipien. Die Politik und die Verwaltung teilte die Menschen in Kategorien ein: in Menschen mit guter/schlechter Bleibeperspektive, aus sicheren/unsicheren Herkunftsländern. Die Flüchtlingshelfer*innen hinterfragten diese Kategorisierung und lehnten sie vehement ab. Nach ihrer Meinung seien sie gegen jegliche Vernunft und Recht.

Der große Einsatz der ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer*innen muss rückblickend aus gesellschaftspolitischer Sicht umfassend bewertet werden. Zur Unterstützung geflüchteter Menschen ist eine neue zivilgesellschaftliche Bewegung entstanden. Um dieses ehrenamtliche Engagement für unsere Gesellschaft auch in Zukunft zu gewährleisten, muss sich vor allem die bayerische Politik ändern. Dabei geht es nicht allein um die Wahrnehmung der Lebenssituation der Geflüchteten, sondern auch um die Lösungsvorschläge, Bedürfnisse und Wünsche der Helfenden; sie müssen von den politischen Instanzen auf Augenhöhe als Expert*innen für das Geschehen an der Basis ernst genommen werden. Im Ehrenamt liegt eine große Chance für unsere Gesellschaft, denn Ehrenamtliche können außerhalb der Strukturen sprechen und sind niemandem Rechenschaft schuldig. Ziel darf deshalb nicht sein, Ehrenamt in professionelle Strukturen überzuführen. Um das Potential des Rebelischen, Friedlichen, Kreativen zu erhalten, müssen Strukturen zugelassen werden, in denen das möglich ist.

Jost Herrmann, evangelischer Pfarrer, war bis Mai 2018 Ehrenamtskoordinator für den Landkreis Weilheim-Schongau. Julia Poweleit, Studentin an der katholischen Stiftungs-hochschule Benediktbeuern, ist ehrenamtliche Koordinatorin des Unterstützerkreises Asyl Böbing.

Quelle:

Herrmann, Jost (2017): 5 Jahre „Asyl im Oberland“. Zur Situation der ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer. Hintergrundbericht www.asylimoberland.de

Die CSU hat im Koalitionsvertrag im März 2018 die Errichtung von mehr Anker (Ankunfts-, Entscheidungs- und Rückführungs-) Zentren durchgesetzt. Hier eine Stellungnahme von PRO ASYL dazu:¹

MAX KLÖCKNER, PRO ASYL

„Ankerzentren“: Lange Kasernierung ohne Perspektive

Die „besonderen Aufnahmezentren“ in Bayern: Abschreckung und staatlich angeordnete Integrations- verhinderung

In den neuen Ankerzentren sollen nach dem Willen des Innenministers zunächst alle ankommenden Schutzsuchenden untergebracht werden. Dieses Vorhaben wird gleich mehrere schwerwiegende Folgen haben: Die Isolation in solchen Zentren behindert die Integration derjenigen, die in Deutschland bleiben werden. Flüchtlingen fehlt der Zugang zu Beratungsstrukturen oder Rechtsbeistand – viele von ihnen werden in der Praxis sowohl im Asylverfahren als auch bei drohender Abschiebung ohne Hilfestellung dastehen. Und Großunterkünfte für Flüchtlinge sind stigmatisierende Zeichen der Ausgrenzung, sie werden häufig zum Kristallisationspunkt von Hasskampagnen.

Als Vorbild für die Ankerzentren-Pläne gelten die bayrischen Einrichtungen in Manching und Bamberg. In den dortigen „Transitzentren“ leben Tausende Flüchtlinge. Dort lassen sich die befürchteten Probleme bereits beobachten, nicht umsonst warnte auch der Bamberger Oberbürgermeister während der Sondierungsgespräche vor der Einrichtung weiterer Massenunterkünfte. Sein Appell verhallte ungehört, ebenso wie die mahnenden Worte des Erzbischofs Heße nach seinem Besuch in Manching.

Die Einstufung nach »Bleibeperspektive«: Zwei-Klassen-Asylrecht?

Eine dauerhafte Isolierung in Massenunterkünften abseits von großen Orten ist für die Betroffenen katastrophal. Wem über lange Zeit hinweg Jahre der Zugang zu Schule, Arbeit, neuen Nachbarn und Ehrenamtlichen versperrt wird, der lernt nur schwer die deutsche Sprache, knüpft keine dringend benötigten Kontakte, um richtig in Deutschland anzukommen.

Bei angenommener „positiver Bleibeperspektive“ sollen Flüchtlinge auch weiterhin auf Kommunen verteilt werden. Das suggeriert, dass in den Ankerzentren nur diejenigen bleiben, die Deutschland wieder verlassen werden. Diese Annahme ist aber in gleich mehreren Punkten falsch.

Zunächst ist unklar, wann die genannte Verteilung genau erfolgen soll. Nicht einmal Innenminister Seehofer selbst

kann das konkretisieren. „Wenn Klarheit über ihren Status besteht“ kann auch heißen: Nach Abschluss des Asylverfahrens. Dann aber sind schon viele Monate für die Integration verloren gegangen.

47 % der afghanischen Flüchtlinge erhalten einen Schutzstatus vom BAMF. Viele weitere bekommen ihn nachträglich von Gerichten zugesprochen. Obwohl also die große Mehrheit der Afghan*innen auf absehbare Zeit in Deutschland bleibt, haben sie angeblich keine „positive Bleibeperspektive“.

Weiterhin berücksichtigt das Konzept der Bleibeperspektive nicht die Fluchtgründe Einzelner. Es nimmt pauschal an, dass alle Menschen aus Ländern mit einer Gesamtschutzquote (unbereinigt!) von unter 50 % keine positive Bleibeperspektive hätten. Das Beispiel Afghanistan zeigt, wie absurd diese Annahme ist: Rund 47 % der Afghan*innen erhalten Schutz in Deutschland (bereinigte Schutzquote). Viele, deren Antrag abgelehnt wurde, klagen vor Gericht dagegen – und erhielten 2017 in über 60 % der Fälle Recht. Abgeschoben werden zudem aktuell keine Frauen und Kinder, ohnehin beschränkt die Bundesregierung Abschiebungen auf vermeintliche Straftäter, Gefährder und sogenannte Identitätsverweigerer.

Obwohl also die große Mehrheit der Afghan*innen auf absehbare Zeit in Deutschland bleibt, haben sie angeblich keine „positive Bleibeperspektive“ und werden für Monate oder – da oftmals erst die Gerichte abschließend entscheiden – gar Jahre in Massenunterkünften kaserniert. Und das gilt nicht nur für Flüchtlinge aus Afghanistan, aus den verschiedensten Gründen bleiben viele Menschen auch aus Ländern mit einer durchschnittlichen Anerkennungsquote von unter 50 % dauerhaft in Deutschland.

Recht auf Schule – Auch für Flüchtlingskinder!

In den geplanten Ankerzentren unterliegen sie dennoch verschiedensten Restriktionen, wie einem Arbeitsverbot. Und selbst schulpflichtige Kinder erhielten bislang beispielsweise im Transitzentrum Manching nur rudimentären „Ersatzunterricht“. Mit Unterstützung von PRO ASYL haben Betroffene nun dagegen geklagt, das Verwaltungsgericht in München erklärte die Praxis für rechtswidrig. Erst dadurch konnte die Regierung von Oberbayern dazu gebracht werden, Flüchtlingskindern den Besuch von Regelschulen zu ermöglichen.

¹ Nachdruck des Newsletters info 03/18 PRO ASYL
(<http://www.proasyl.de>)

Massenlager machen krank!

Ohnehin schadet ein dauerhafter Verbleib in Großunterkünften dem Kindeswohl massiv. Die UNICEF-Studie „Kindheit im Wartezustand“ beschreibt, wie sich mangelnde Privatsphäre und beengte Unterbringung auswirken und bekräftigt: „Kinder, Jugendliche und ihre Eltern sollten grundsätzlich so kurz wie möglich in Flüchtlingsunterkünften untergebracht sein.“

Keine Möglichkeit zur Selbstverpflegung, keine Ruhe, keine Sicherheit in den eigenen vier Wänden, keine eigene Toilette – gerade für Familien mit kleinen Kindern ist dieser Zustand nicht auszuhalten. Unter diesen Umständen leiden aber selbstredend nicht nur Kinder, sondern alle Geflüchteten. Häufig wird berichtet, wie die Psyche leidet, wenn es kaum Rückzugsräume gibt. In vielen Massenunterkünften können Türen beispielsweise nicht abgeschlossen werden, sanitäre Anlagen werden von vielen Personen gemeinsam genutzt und es sind keine oder nicht ausreichend Kochgelegenheiten vorhanden.

Dieses dauerhafte, beengte Zusammenleben vieler Menschen mit unterschiedlichen Gewohnheiten und Interessen führt auch zu, im wahrsten Sinne des Wortes, hausgemachten Konflikten. Und das in einer Situation, in der die Menschen ohnehin mit ihren Fluchterfahrungen, der unklaren Lebensperspektive und oftmals auch großen Sorgen um die Angehörigen in Krisengebieten schwer belastet sind.

Ein Leben ohne Privatsphäre – Sammelunterbringung darf nicht zum Dauerzustand werden!

Fehlender Zugang zu unabhängiger Rechtsberatung

In solchen Großunterkünften leiden die Betroffenen mit zunehmender Dauer außerdem unter Perspektivlosigkeit. Auch das ist offenbar von der Bundesregierung durchaus gewollt – damit werden Flüchtlinge zermürbt und verzichten möglicherweise auf weitere Rechtsmittel. Verstärkt wird dies durch zwei weitere Punkte:

- Die staatliche Rückkehrberatung berät nicht ergebnisoffen. Ihr Ziel ist es, Asylbewerber*innen zur Rücknahme ihres Antrages oder zum Verzicht auf eine Klage zu bewegen.

Schon in den letzten Monaten verstärkte die Bundesregierung ihre Bestrebungen, Flüchtlinge zur „freiwilligen“ Ausreise zu bewegen. Laut Entwicklungsminister Müller sollen nun weitere Programme folgen, die u. a. auch auf die Rückkehr von Menschen in die Krisenländer Irak und Afghanistan abzielen. Die sogenannte „Rückkehrberatung“ findet jetzt schon teilweise vor der Einleitung eines Asylverfahrens statt. Die staatliche Rückkehrberatung berät jedoch nicht ergebnisoffen. Ihr Ziel ist es, Asylbewerber*innen zur Rücknahme ihres Antrages oder zum Verzicht auf eine Klage zu bewegen.

- In den geplanten Ankerzentren wird Flüchtlingen nun zudem oft die Möglichkeit fehlen, unabhängige Beratungsstrukturen aufzusuchen und sich Rechtsbeistand zu beschaffen. Ohne effektiven Zugang zu Anwältinnen und Anwälten, ohne Begleitung bei Anhörungen, ohne unabhängige Beratung nach Erhalt der – häufig mangelhaften – Asylbescheide des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) droht die Rechtsschutzgarantie des Grundgesetzes de facto ausgehebelt zu werden.

„Schutzsuchende in Massenlagern zu internieren und noch vor einer Prüfung ihrer Schutzberechtigung massiv zur Rückkehr in Verfolgerstaaten zu drängen, untergräbt den Gedanken eines fairen Asylverfahrens.“
(Günter Burckhardt, Geschäftsführer PRO ASYL)

Das Dublin-System

Betroffen wären davon auch die sogenannten „Dublin-Fälle“, also Flüchtlinge, die zur Prüfung ihres Asylantrags in andere europäische Staaten abgeschoben werden sollen – zumeist nach Ungarn, Bulgarien, Griechenland oder Italien. Oftmals äußern Gerichte aber berechtigte Vorbehalte gegen Rückschiebungen in solche Länder ohne funktionierendes Asylsystem. Hat die Person aber keine Möglichkeit, die Ankerzentren dauerhaft zu verlassen, verzichtet sie möglicherweise auf eine solche Klage – und landet wieder im Ersteinreisestaat im Elend.

Stigmatisierung und Ausgrenzung

Die dauerhafte Unterbringung in solchen mit Stacheldraht gesicherten Massenunterkünften führt zu einer Stigmatisierung der Menschen, die in ihnen leben. Sie werden vom Kontakt zur hier lebenden Bevölkerung quasi ausgeschlossen. Es entstehen Berührungsängste und es wird ein überaus problematisches Signal an die Bevölkerung gesendet: Flüchtlinge als gesellschaftlich Nichtzugehörige und als Sicherheitsproblem. Ein Nährboden für Konflikte, der Rechtspopulisten und Rassisten stetig neue Nahrung geben wird. Die ohnehin besorgniserregenden Vorbehalte eines Teils der Bevölkerung werden dadurch verstärkt, eine flüchtlingsfeindliche Haltung bestätigt.

Über die Hälfte der Menschen erhält einen Schutzstatus in Deutschland. Wenn sie die ersten Monate oder gar Jahre in Deutschland in einer Massenunterkunft ohne Integrationsmöglichkeiten verbringen, ist das kein guter Start für alle Beteiligten.

Wie Flüchtlingsaufnahme anders geht, sieht man beispielsweise im brandenburgischen Frankfurt an der Oder. Dort erhalten Flüchtlinge eigene Wohnungen und es gibt umfassende Integrationsprogramme. Im Vergleich zu Cottbus, ebenfalls in Brandenburg gelegen und mit prozentual gesehen ebenso vielen zugewiesenen Flüchtlingen, kommt es hier zu weit weniger

Problemen. Viele, die auf eine solche dezentrale Unterbringung setzen, sind in dieser Hinsicht bisher gut damit gefahren. Die Pläne des Bundesinnenministeriums zielen wohl darauf ab, Abschiebungen zukünftig rascher und vor allem geräuscher durchführen zu können, auch indem durch fehlenden Zugang zu unabhängigem Rechtsbeistand die sehr hohe Zahl der Klagen vor Verwaltungsgerichten reduziert wird. Diese verhelfen Flüchtlingen nachträglich häufig zu ihrem Recht.

Auch ohne Gerichte erhält aber schon über die Hälfte der Menschen einen Schutzstatus in Deutschland. Wenn sie die

ersten Monate oder gar Jahre in Deutschland in einer Massenunterkunft ohne Integrationsmöglichkeiten verbringen, ist das kein guter Start für alle Beteiligten. Die Bundesländer, die den Plan schlussendlich in die Tat umsetzen müssten, sollten sich den Ankerzentren also im Interesse der Gesellschaft widersetzen, wenn es zur Abstimmung im Bundesrat kommt. Es braucht Integrationsmaßnahmen statt Kasernierung und eine flächendeckende, unabhängige Rechtsberatung statt millionenschwerer Rückkehrkampagnen.

Besser wäre: Integration statt Kasernierung!

FRANK BRAUN UND TILLY LEX

Zeithürden für geduldete jugendliche Flüchtlinge¹ beim Berufseinstieg

Es sind vor allem junge Menschen, die als Flüchtlinge Schutz suchten. In den letzten drei Jahren haben knapp 1.4 Millionen Personen in Deutschland einen Asylantrag gestellt (BAMF 2018, S. 11). Ein knappes Viertel (24,5 %) derjenigen, die 2017 einen Asylantrag gestellt haben, gehörte der Altersgruppe von 16 bis unter 25 Jahren an. Ein gutes Drittel (34,3 %) war jünger als 16 Jahre (ebd., S. 19). Für diese Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind Bildung und berufliche Qualifizierung eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen ihrer Integration in Deutschland.

Zeit ist ein zentrales Thema der Diskussion über den Umgang mit Flüchtlingen. Das betraf ursprünglich die Dauer der Asylverfahren, deren Länge als einer Integration hinderlich kritisiert wurde (Thränhardt 2015). Aktuell ist es ein anderer Zeitaspekt: Die Zeit, die vergeht, bis Personen, deren Antrag auf Schutz als „unbegründet“ oder „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt wurde, das Land verlassen. Offiziell beträgt die Ausreisefrist 30 Tage („unbegründet“) bzw. eine Woche („offensichtlich unbegründet“). Wenn eine Ausreise nicht möglich ist, wird eine befristete *Duldung* erteilt (Braun & Lex 2016a, S. 9).

Dieser Beitrag ist auf die berufliche Qualifizierung von jungen Flüchtlingen mit einer solchen *Duldung* beschränkt. Dafür haben wir drei Gründe:

1. Es handelt es sich um eine große Gruppe. Zum Stichtag 31.12.2017 hatten 166.740 Personen den aufenthaltsrechtlichen Status der *Duldung* (Ausländerzentralregister 2018).
2. Es gibt ein jugendspezifisches Abschiebungshindernis: unbegleitet geflohene Minderjährige können nur abgeschoben werden, wenn eine Übergabe an sorgeberechtigte Personen oder Einrichtungen gewährleistet ist. Das ist in vielen Krisenregionen nicht der Fall (Braun & Lex 2016b, 99-104).
3. Junge Menschen mit *Duldung* sind in besonderer Weise mit Befristungen, Wartezeiten und anderen ihre Zugangsmöglichkeiten zur beruflichen Qualifizierung einschränkenden Bestimmungen konfrontiert.

In diesem Beitrag behandeln wir Folgendes:

- Die Schulpflichtregelungen für Flüchtlingskinder und -jugendliche,
- die außerschulische Sprachförderung,
- die Instrumente der Ausbildungsförderung der Bundesagentur für Arbeit,
- die berufsvorbereitenden Bildungsgänge an beruflichen Schulen,
- die schulische Berufsausbildung,
- die betriebliche Berufsausbildung.

Wir beschreiben nicht nur die derzeitige Regelungslage und Praxis, sondern benennen auch Veränderungen, die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom Februar 2018 angekündigt werden (Koalitionsvertrag 2018).

1 Mit dem Begriff Flüchtlinge werden hier schutzsuchende Menschen bezeichnet, die von außerhalb der EU nach Deutschland zuwandern, ohne über Rechtstitel als Arbeitsimmigranten oder als Besucher zu verfügen. Es wird dabei erst einmal nicht unterschieden, ob sie bereits einen Asylantrag gestellt haben, ob sie im Asylverfahren als *asylberechtigt* anerkannt wurden, ob ihnen ein *Flüchtlingsstatus* zuerkannt wurde, ob sie *geduldet* werden, ob sie unter ein *Abschiebeverbot* fallen oder ob entschieden wurde, dass sie abgeschoben werden sollen.

Schulpflicht

In allen Bundesländern sind Flüchtlingskinder und -jugendliche schulpflichtig. Unterschiede gibt es im Hinblick auf den Zeitpunkt, zu dem die Schulpflicht beginnt: In Berlin, Bremen, Hamburg, dem Saarland, Sachsen und Schleswig-Holstein setzt die Schulpflicht mit Beginn des Aufenthalts im betreffenden Bundesland ein. In Bayern und Thüringen gibt es eine Wartefrist von drei und in Baden-Württemberg von sechs Monaten nach der Ankunft in Deutschland. In Brandenburg und Niedersachsen beginnt die Schulpflicht mit Verlassen der *Erstaufnahmeeinrichtung*. In Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt beginnt die Schulpflicht mit der Zuweisung der Asylbewerber/innen zu einer Kommune (Massumi u.a. 2015, S. 38 ff., Tabelle 6). Der Koalitionsvertrag vom Februar 2018 sieht vor, dass Antragsteller/innen für die Dauer des Asylverfahrens maximal 18 Monate in sogenannten Anker-Einrichtungen untergebracht werden können (Koalitionsvertrag 2018, S. 107). Welche Folgen dies für die unterschiedlichen Länderregelungen zur Schulpflicht und für den Zugang zu Bildung und Ausbildung haben wird, ist nicht absehbar.

„Und ich habe einen Freund, der wohnt im [...] Tempelhofer Feld. [...] zwei Uhr nachts, kannst du nicht schlafen. Der ist Schüler, der will Deutsch lernen, der will arbeiten gehen. Kann man nicht einfach.“ (Deitert u. a., 2018, S.25)

Außerschulische Sprachförderung

Außerschulische Angebote zum Erwerb von Deutsch als Zweitsprache gibt es auf der Bundes- und der kommunalen Ebene. Für die Vermittlung von Deutsch als Zweitsprache in den Schulen sind die Länder zuständig.

Lernangebote auf Bundesebene sind insbesondere die in Verantwortung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) durchgeführten *Integrationskurse* und *Jugendintegrationskurse*. Der im Rahmen der Integrationskurse angebotene Sprachunterricht umfasst 600 Unterrichtsstunden ((BAMF. Nationale Kontaktstelle des EMN 2016, S. 18). Einen Rechtsanspruch auf Teilnahme an Integrationskursen haben *Asylberechtigte*, Personen mit zuerkannter *Flüchtlingseigenschaft* und *subsidiär Schutzberechtigte*. Keinen Teilnahmeanspruch haben Personen mit *Abschiebungsverbot* oder *Duldung*. Personen ohne Anspruch können auf Antrag durch das BAMF im Rahmen verfügbarer Plätze zugelassen werden (ebd., S. 18).

Die häufig geforderte stärkere Verknüpfung von Sprachförderung und Berufsbezug soll in *berufsbezogenen Deutschkursen* geleistet werden. Teilnehmende müssen zuvor einen *Integrationskurs* absolviert und ausreichende Deutschkenntnisse erworben haben (auf dem A1 Sprachniveau).

Kritisiert wird, dass die *berufsbezogenen Deutschkurse* wegen der hohen Eingangsvoraussetzungen an der Situation der überwiegenden Mehrzahl der Flüchtlinge vorbeigingen, die ohne deutsche Sprachkenntnisse in Deutschland ankommen (Robert Bosch Expertenkommission zur Neuausrichtung der Flüchtlingspolitik 2015, S. 17).

Der Koalitionsvertrag vom Februar 2018 sieht vor, die „... Qualität und Effizienz dieser Kurse ... weiter (zu) verbessern, insbesondere mit Blick auf eine bessere Zielgruppenorientierung. Erforderlich ist eine stärkere Kursdifferenzierung nach Vorkenntnissen.“ „Gleichzeitig sollen insbesondere diejenigen, bei denen die Ausreise kurzfristig nicht zu erwarten ist, Angebote nach dem Grundsatz des Förderns und Forderns für Spracherwerb und Beschäftigung bekommen.“ (S. 106). Hier werden also verbesserte Zugangsmöglichkeiten auch für die Gruppe der *Geduldeten* angekündigt.

Mehrere Kommunen wollen geflüchteten Jugendlichen und jungen Erwachsenen frühzeitig und unabhängig vom Aufenthaltstitel ein Angebot der Sprachförderung machen. Sie bieten Sprachkurse an, in denen die Teilnehmenden die in Bundesprogrammen geforderten Zugangsvoraussetzungen erwerben können. Auf der kommunalen Ebene gibt es zudem die große Vielfalt zivilgesellschaftlicher Initiativen, die mit großem Engagement Sprachförderung organisieren und anbieten.

Angebote der Ausbildungsförderung der Bundesagentur für Arbeit

Mit ihren Angeboten der Ausbildungsförderung verfügt die Bundesagentur für Arbeit (BA) über eine breite Palette von Fördermöglichkeiten für Jugendliche, die für den Zugang zu bzw. den Abschluss einer anerkannten Berufsausbildung einer zusätzlichen Unterstützung bedürfen. Es sind:

- Förderangebote, die auf eine Berufsausbildung vorbereiten: *Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (BvB)* und *Einstiegsqualifizierung (EQ)*,
- in denen die Berufsausbildung teilweise oder vollständig außerbetrieblich organisiert ist: *Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE)*,
- die eine betriebliche Berufsausbildung begleiten und unterstützen: *Assistierte Ausbildung (AsA)* und *ausbildungsbegleitende Hilfen (abH)*.

Der Zugang junger Flüchtlinge zu diesen Förderangeboten ist abhängig von ihrem Aufenthaltsstatus und Annahmen zu ihrer *Bleibeperspektive*. Mit dem *Integrationsgesetz* vom 06. August 2016 wurde jungen Flüchtlingen befristet bis Ende 2018 der Zugang zu Leistungen der Ausbildungsförderung generell erleichtert: Flüchtlinge mit einer *Aufenthaltsgestattung* und einer guten *Bleibeperspektive* können nach drei Monaten Aufenthalt eine *abH*, eine *AsA* und *BvB*

in Anspruch nehmen. *Geduldete* haben nach einer Aufenthaltsdauer von zwölf Monaten Zugang zu *abH*, *AsA* und *EQ*, „(...) wenn ein Ausbildungsplatz oder eine *EQ* oder die Zusage eines Betriebs vorliegt und kein Beschäftigungsverbot gilt“. Für die Teilnahme an einer *BvB* gilt bei *Geduldeten* eine Wartefrist von sechs Jahren (Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft 2016, o. S.).

Die Koalitionsvereinbarung vom Februar 2018 sieht vor, „... die Zugangsvoraussetzungen zu den ausbildungs- und berufsvorbereitenden Leistungen ... (zu) vereinheitlichen und für die Gruppe der *Geduldeten* mit dem rechtlichen Arbeitsmarktzugang (zu) harmonisieren“ (Koalitionsvertrag 2018, S. 106). Bisher ist noch offen, ob die für die einzelnen Angebote bestehenden sehr unterschiedlichen und für *BvB-Maßnahmen* extrem langen (bis zu sechs Jahre!) Wartefristen für *Geduldete* damit ganz beseitigt werden.

Berufsvorbereitende Bildungsgänge an beruflichen Schulen

Bei der Ausgestaltung von berufsvorbereitenden Bildungsgängen für junge Flüchtlinge an beruflichen Schulen in den sechzehn Bundesländern gibt es eine große Vielfalt: hinsichtlich der für sie postulierten bildungspolitischen Prinzipien (z.B. getrennte Förderung vs. Inklusion), der Unterscheidung von Zielgruppen nach Aufenthaltsstatus oder *Bleibeperspektive*, der Art der Sprachförderung, der Teilnahme an Betriebspraktika, der Dauer der Bildungsgänge, der Möglichkeit, Berechtigungen zu erwerben und nicht zuletzt der Altersbegrenzungen für die Teilnahme (Braun/ & Lex 2016b, S. 73 ff.). Eine Unterscheidung von Bildungsgängen nach dem Aufenthaltsstatus der Schüler/innen gibt es explizit nur in Hamburg. Aktuell gilt dies als Auslaufmodell. Abzuwarten bleibt, ob in der Bildungspolitik die Unterscheidung von Flüchtlingen nach *Bleibeperspektive* aufgegriffen wird, die in der flüchtlingspolitischen Debatte an Gewicht gewinnt.

Die Dauer der berufsvorbereitenden Bildungsgänge an beruflichen Schulen für junge Flüchtlinge beträgt entweder ein Jahr oder zwei Jahre. Bei den einjährigen Bildungsgängen wird gegenüber den Regelangeboten der Anteil der Sprachförderung erhöht und dafür der Anteil berufsvorbereitender Inhalte verringert. Die zweijährigen Bildungsgänge schließen z.T. den Erwerb des Hauptschul- oder eines gleichwertigen Abschlusses ein, bzw. sie eröffnen zumindest den Zugang zu entsprechenden Prüfungen.

Generell ist die Möglichkeit der Teilnahme an diesen Bildungsgängen an die Berufsschulpflicht gebunden, die nahezu überall mit dem Schuljahr oder Schulhalbjahr endet, in dem die Jugendlichen volljährig werden. Bisher ist nur in einzelnen Bundesländern unter eng definierten Voraussetzungen ein Besuch von berufsvorbereitenden Bildungsgängen über

die Dauer der Berufsschulpflicht hinaus möglich. Damit sind diese Bildungsgänge für die große Gruppe der 18- bis 25jährigen in der Regel nicht zugänglich.

Anerkannte Ausbildungsgänge an beruflichen Schulen

Voll qualifizierende Bildungsgänge an beruflichen Schulen führen zu Ausbildungsabschlüssen nach Landesrecht. Voraussetzung für die Teilnahme ist meist ein mittlerer Bildungsabschluss. Wenn es zutrifft, dass ein Teil der jungen Flüchtlinge mit guten allgemeinbildenden Abschlüssen nach Deutschland kommt (vgl. Brückner u. a. 2016), dann müssten schulische Ausbildungsgänge zumindest dieser Gruppe gute Qualifizierungsmöglichkeiten bieten. Unklar ist, ob *Geduldete* in einer schulischen Berufsausbildung für die Dauer der Ausbildung in vergleichbarer Weise vor einer Abschiebung geschützt sind bzw. geschützt werden sollen wie Auszubildende in einer betrieblichen Berufsausbildung. Die entsprechende Bestimmung des Koalitionsvertrags spricht hier nur von Auszubildenden, womit in der Regel nur Auszubildende in Betrieben gemeint sind (Koalitionsvertrag 2018, S. 107).

Betriebliche Berufsausbildung

Die betriebliche Ausbildung für einen anerkannten Ausbildungsberuf nach dem *Berufsbildungsgesetz* ist das quantitativ bedeutsamste Teilsystem der beruflichen Bildung in Deutschland. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) dokumentiert ab dem Berichtsjahr 2015/2016 in ihrer Bewerberstatistik auch den Flüchtlingsstatus von Bewerbern: Im Zeitraum vom Oktober 2016 bis September 2017 waren 26.400 „geflüchtete junge Menschen“ bei der BA als Bewerber/innen für eine Berufsausbildung gemeldet (BIBB 2018, S. 328). Von ihnen wurden 35,9% in eine Berufsausbildung vermittelt, 19,8% waren weiterhin als suchend gemeldet, 16% waren anderweitig verblieben, bei 28,4% war der Verbleib nicht bekannt (ebd., S. 329 f.). Der BA liegen von insgesamt 4.216 ehemaligen Bewerberinnen und Bewerbern Informationen über den alternativen Verbleib vor. Danach befanden sich die meisten von ihnen in einer Schulbildung (35,6%) oder in Arbeit (32,3%). Weitere 16% mündeten in eine berufsvorbereitende Fördermaßnahme ein, 4,7% absolvierten ein Praktikum und 4,1% ein berufsvorbereitendes Jahr (ebd., S. 30). Die meisten der als Bewerber/innen gemeldeten „(...) leben vermutlich seit Längerem in Deutschland, denn Voraussetzung für die Anerkennung als Ausbildungsstellenbewerber ist die sogenannte Berufsreife. Diese umfasst ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache sowie die für eine Ausbildung notwendigen schulischen Grundlagen“ (Bundesagentur für Arbeit 2016, S. 18).

Um für Bewerber/innen und für Ausbildungsbetriebe mehr Rechtssicherheit zu schaffen, wurde im *Integrationsgesetz*

vom 06. August 2016 geregelt, dass Asylbewerber/innen, die eine Ausbildung aufnehmen oder aufgenommen haben, unabhängig vom Alter für die Dauer der Ausbildung eine *Duldung* erhalten. Nach Abschluss der Ausbildung und für eine anschließende Beschäftigung wird das Aufenthaltsrecht für weitere zwei Jahre erteilt (3+2-Regelung) „Der Anspruch auf die Duldung gilt unter den Voraussetzungen des § 60a AufenthG. Das heißt zum Beispiel, dass keine konkreten Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung vorliegen dürfen“ (Verordnung der Bayerischen Wirtschaft 2016, o. S.)².

Praktisch wurde die 3+2-Regelung in den Ländern sehr unterschiedlich angewandt. Der Koalitionsvertrag vom Februar 2018 kündigt eine bundesweit einheitliche Praxis an: „Diese Regelung zielt auf die Ermöglichung eines Zugangs zu einer qualifizierten Berufsausbildung mit einer Duldung. Dieses Ziel darf nicht durch eine zu enge Anwendung des Beschäftigungsrechts für Geduldete unterlaufen werden“ (Koalitionsvertrag 2018, S. 107)

Berufliche Qualifizierung unter Zeit- und Integrationsdruck

„ich habe einen Freund, der ist seit sechs Jahren hier, sein Antrag wurde abgelehnt und der ist jetzt 28, glaube ich. Der ist seit sechs, sieben Jahren hier, der macht nichts, der ist zu Hause. [...] Der hat nichts zu machen und wenn man auch nichts zu machen hat, man wird auch krank, wirklich.“ (Deitert u.a., 2018, S. 25)

Internationale Normen, so z. B. die „EU-Aufnahmerichtlinie“ vom Juni 2013, bestimmen, dass minderjährige Flüchtlinge in vergleichbarer Weise Zugang zum Bildungssystem haben müssen wie Minderjährige deutscher Staatsangehörigkeit (Europäische Union 2013). Dies wird in Deutschland für viele Bildungsgänge und Förderangebote deshalb nicht wirksam, weil sie nicht dem Bildungssystem zugerechnet werden. Das trifft für die außerschulische Sprachförderung ebenso zu wie für die Ausbildungsförderung der Bundesagentur für Arbeit. Und es betrifft schließlich auch den Kernbereich der beruflichen Qualifizierung in Deutschland, die betriebliche Berufsausbildung, von der junge Leute mit *Beschäftigungsverbot* ausgeschlossen sind und für *Geduldete* bisher aufenthaltsrechtliche Zugangshürden bestehen. Zwar sind in

den letzten Jahren viele dieser Hürden abgesenkt oder ganz beseitigt worden. Gleichzeitig wurde eine neue, unüberwindbare Hürde für Flüchtlinge aus „sicheren Herkunftsstaaten“ errichtet: Sie haben weder Zugang zu Angeboten der Sprachförderung noch zur Ausbildungsförderung oder betrieblichen Berufsausbildung.

Seit dem 1. August 2015 kann einer/m „gut integrierten Jugendlichen und Heranwachsenden“ eine *Aufenthaltserlaubnis* erteilt werden, wenn sie/er:

1. „sich seit vier Jahren ununterbrochen erlaubt, geduldet oder mit einer Aufenthaltsgestattung im Bundesgebiet aufhält,
2. im Bundesgebiet in der Regel seit vier Jahren erfolgreich eine Schule besucht oder einen anerkannten Schul- oder Berufsabschluss erworben hat,
3. der Antrag auf Erteilung der Aufenthaltserlaubnis vor Vollendung des 21. Lebensjahres gestellt wird,
4. es gewährleistet erscheint, dass er/sie sich auf Grund seiner bisherigen Ausbildung und Lebensverhältnisse in die Lebensverhältnisse der Bundesrepublik Deutschland einfügen kann und
5. keine konkreten Anhaltspunkte dafür bestehen, dass der Ausländer sich nicht zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennt“ (§ 25a Abs. 1 AufenthG).

Mit einer Verkürzung der Frist von zuvor sechs auf vier Jahre wurde auch Jugendlichen mit unsicherem Aufenthaltstitel (*Aufenthaltsgestattung*, *Duldung*) in Aussicht gestellt, in absehbarer Zeit durch eigene Integrationsleistungen – insbesondere durch Bildung und Ausbildung – einen sicheren Aufenthaltsstatus zu erreichen. Zwiespältige Effekte kann dieses positive Angebot allerdings dann haben, wenn z. B. der Zugang zu einer betrieblichen Ausbildung versperrt ist, weil die dafür erforderliche Arbeitserlaubnis durch die zuständige Ausländerbehörde nicht gewährt wird.

Junge *geduldete* Flüchtlinge sind mit paradoxen Anforderungen konfrontiert: Um einen sicheren Aufenthaltsstatus zu erwerben, müssen sie sich möglichst schnell und erfolgreich beruflich qualifizieren. Beim Zugang zu Förderangeboten und Ausbildungsgängen sind sie allerdings mit Wartezeiten und formalen Zugangshürden konfrontiert. „In den individuellen Bildungsbiographien entstehen (...) lange Lücken und Umwege, persönliche Bildungsziele können nicht verfolgt oder gar nicht erst entwickelt werden und viele sind schließlich auf Transferleistungen oder als Ungelernte auf den Niedriglohnsektor verwiesen.“ (Müller/Nägele/Petermann 2014, S. 101 f.).

Dr. Frank Braun war bis Ende 2009 Leiter des Forschungsschwerpunkts „Übergänge in Arbeit“ des DJI, München. Dr. Tilly Lex war bis Ende 2016 stellvertretende Leiterin.

2 Nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung nutzte das Bayerische Innenministerium die letztgenannte Bestimmung, um die „3+2-Regelung“ auszuhebeln. Nach Einschätzung eines Sprechers des Bayerischen Flüchtlingsrats „(...) haben die Ausländerbehörden hier alle Möglichkeiten, eine Beschäftigungserlaubnis abzulehnen – und sie sollen davon breit Gebrauch machen“. Dazu wird ein Sprecher des Bayerischen Innenministeriums mit der Aussage zitiert: „Für diejenigen, die nach ihrer Ablehnung als Asylbewerber noch schnell durch eine Berufsausbildung ihre Abschiebung verhindern wollen, für die machen wir das Türchen zu“ (Mittler/Schnell 2016, S. 13).

Quellen

- Ausländerzentralregister (2018). <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/MigrationIntegration/AuslaendischeBevolkerung/Tabellen/AufenthaltsrechtlicherStatus.html>.
Zugriff: 24.04.2018
- BIBB (Bundesinstitut für Berufsbildung) (Hrsg.) (2018): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2018. Vorversion Stand 18. April 2018. Bonn
https://www.bibb.de/dokumente/pdf/BIBB-Datenreport-2018_Vorversion_18042018.pdf
Zugriff: 24.04.2018
- Braun, Frank/Lex, Tilly (2016a): Berufliche Qualifizierung von jungen Flüchtlingen in Deutschland. Ein Überblick. München.
- Braun, Frank/Lex, Tilly (2016b): Berufliche Qualifizierung von jungen Flüchtlingen in Deutschland. Eine Expertise. München.
http://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2016/Braun_Lex_Expertise_Fluechtlinge.pdf
Zugriff: 19.11.2016
- Brückner, Herbert u. a. (2016): Flucht, Ankunft in Deutschland und erste Schritte der Integration. BAMF-Kurzanalyse, H. 5.
http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Kurzanalysen/kurzanalyse5_iab-bamf-soep-befragung-gefluechtete.pdf?__blob=publicationFile
Zugriff: 19.11.2016
- Bundesagentur für Arbeit/Statistik Arbeitsmarktberichterstattung (Hrsg.) (2016): Arbeitsmarkt kompakt. Fluchtmigration. Oktober 2016. Nürnberg.
<https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistischer-Content/Statistische-Analysen/Statistische-Sonderberichte/Generische-Publikationen/Fluchtmigration.pdf>
Zugriff: 19.11.2016
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Nationale Kontaktstelle des EMN (Hrsg.) (2016): Unterstützungsmaßnahmen für Schutzberechtigte. Die Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt. Nürnberg: BAMF, Working Paper 66.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2018): Das Bundesamt in Zahlen 2017. Asyl. Nürnberg: BAMF, März 2018.
- Europäische Union (2013): Richtlinie 2013/33/EU vom 26. Juni 2013 zur Festlegung von Normen für die Aufnahme von Personen, die internationalen Schutz beantragen (Neufassung). In: Amtsblatt L 180/96 vom 29.06.2013.
- Massumi, Mona u.a. (2015): Neu zugewanderte Kinder und Jugendliche im deutschen Schulsystem. Bestandsaufnahme und Empfehlungen. Köln: Mercator Institut für Deutsch als Zweitsprache und Zentrum für LehrerInnenbildung der Universität Köln.
http://www.mercator-institut-sprachfoerderung.de/fileadmin/Redaktion/PDF/Publikationen/MI_ZfL_Studie_Zugewanderte_im_deutschen_Schulsystem_final_screen.pdf
Zugriff: 28.10.2015
- Koalitionsvertrag (2018): Ein neuer Aufbruch für Europa Eine neue Dynamik für Deutschland Ein neuer Zusammenhalt für unser Land. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 19. Legislaturperiode. Berlin, 7. Februar 2018
<https://www.mdr.de/nachrichten/politik/inland/download-koalitionsvertrag-quelle-spd-100-downloadFile.pdf>
Zugriff: 25.04.2018
- Mittler, Dietrich/Schnell, Lisa (2016): Ausbildung nicht garantiert. In: Süddeutsche Zeitung, Nr. 264 vom 15. November 2016, S. R13.
- Müller, Doreen/Nägele, Barbara/Petermann, Fanny (2014): Jugendliche mit unsicheren Aufenthaltsverhältnissen im Übergang Schule-Beruf. Göttingen: Zoom – Gesellschaft für prospektive Entwicklungen.
<http://www.frsh.de/fileadmin/beiboot/BB13/BB-13-12-Anlage.pdf>
Zugriff: 18.04.2016
- Robert Bosch Expertenkommission zur Neuausrichtung der Flüchtlingspolitik (Hrsg.) (2015): Themendossier Sprachvermittlung und Spracherwerb für Flüchtlinge: Praxis und Potenziale außerschulischer Angebote. Stuttgart.
http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/Kommissionsbericht_Fluechtlingspolitik_Sprache.pdf
Zugriff: 28.11.2015
- Thranhardt, Dietrich (2015): Die Arbeitsintegration von Flüchtlingen in Deutschland. Humanität, Effektivität, Selbstbestimmung. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/28_Einwanderung_und_Vielfalt/Studie_IB_Die_Arbeitsintegration_von_Fluechtlingen_in_Deutschland_2015.pdf
Zugriff: 26.09.2015
- Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (Hrsg.) (2016): Bundesweites Integrationsgesetz in Kraft.
<https://www.vbw-bayern.de/vbw/Aktionsfelder/Standort/Arbeitsmarkt/Integrationsgesetz-Bund-August-2016.jsp>
Zugriff: 16.11.2016



DGfZP bei twitter

Seit Dezember 2015 kann man der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik auch bei Twitter folgen: www.twitter.com/Zeitpolitik.

Getwittert werden Anregungen zu den Themen Zeit und Zeitpolitik sowie Hinweise unserer Mitglieder auf Veranstaltungen oder Veröffentlichungen. Der Account wird derzeit von unserem Vorstandsmitglied Etta Dannemann betreut.

Kommentare, Anregungen und Material bitte senden an

elke-grosser@t-online.de.

Freistellung für religiöse Zeiten in staatlichen Schulen

Am Beispiel einer oberbayerischen Kleinstadt

Die Verfassung der BRD postuliert zwar einerseits überzeugend die Trennung von Kirche und Staat, bleibt aber inkonsequent in der Umsetzung. Die Bayerische Landesverfassung verlangt in ihrem für die Bildungspolitik entscheidenden Art. 131 u. a. die Erziehung zur Ehrfurcht vor (einem unausgesprochen christlichen) Gott und Achtung vor religiöser Überzeugung. Deswegen ist konfessioneller Unterricht als Teil des Regelunterrichts im Pflichtprogramm eines Schülers in allen Schularten verankert (GG Art. 7 (3)), wenn man von den Sonderregelungen der „Bremer Klausel“ (Art. 141 GG) einmal absieht. Darüber hinaus räumt die BaySchO, also die Sammlung der Regelung für alle Schularten in Bayern, ein, dass allen Schülern „ausreichende Gelegenheit zur Erfüllung ihrer religiösen Pflichten und zur Wahrnehmung religiöser Veranstaltungen auch außerhalb der Schule zu geben“ sei (§ 20 BaySchO), ja die Schulen sind gehalten die religiöse Erziehung der Eltern zu unterstützen und bieten dazu geeignete religiöse Veranstaltungen als Teil des Schulunterrichts an (§ 27 BaySchO¹). Was wohl ursprünglich vornehmlich als Möglichkeit zur Unterrichtsbefreiung zur Teilnahme an christlichen Veranstaltungen wie Exerzitien, Rüstzeiten, aber auch oft lokalen Festen des kirchlichen Heiligenkalenders gedacht war, gewinnt angesichts der zunehmenden Heterogenität unserer Bevölkerung und ihrer vielfältigen religiösen Orientierungen zunehmend an Brisanz. Um einer Beliebigkeit religiös begründeter Befreiungsanträge entgegenzuwirken, legt das Kultusministerium alljährlich im Voraus eine Liste der „befreiungswürdigen“ Feste der großen Weltreligionen fest und gibt damit den Entscheidungsträgern vor Ort eine Richtschnur.² Darüber hinaus gewährt das Bildungsministerium die Allgemeinregel zur Wahrnehmung der

Aus dem Grundgesetz für die BRD

Art. 3 (3) Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.

Art. 4 (2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.

religiösen Praxis mit folgendem Wortlaut: „Für andere religiöse Feiertage gilt, dass Schülerinnen und Schüler auf schriftlichen Antrag

der Erziehungsberechtigten bzw. der volljährigen (...) Schüler von der Teilnahme am Unterricht und sonstigen schulischen Veranstaltungen befreit werden können. Dies setzt voraus, dass (...) der Schüler einer Religionsgemeinschaft angehört, deren Glaubensüberzeugung die Erfüllung von religiösen Pflichten an dem jeweiligen Feiertag gebietet.“³

Dessen ungeachtet bleibt eine gewisse Spannung zwischen den Polen Durchsetzung der allgemeinen Schulpflicht und Gewährung der Möglichkeiten zur Teilnahme am religiösen Leben unterschiedlicher Religionsgemeinschaften. Insbesondere stellt sich die Frage, wie ein zunehmend multikulturelles Land mit den traditionellen religiösen Pflichten seiner Minderheiten auf Dauer umgehen will.

Die christlich geprägte Mehrheitsgesellschaft pflegt (zumindest nominell) nach wie vor ihren Sonntag, die winzige jüdische Minderheit kann problemlos ihren Sabbat an unserem Samstag begehen, was aber passiert mit dem Freitagsgebet der muslimischen Gemeinden? Ich sprach darüber mit Benjamin Idriz, Imam der muslimischen Gemeinde in Penzberg (Obb.), einem 16.000-Einwohner-Städtchen⁴.

KB: Herr Idriz, die religiöse Praxis des Islam schreibt fünf Gebetszeiten täglich vor. Hat das problematische Konsequenzen für die schulpflichtigen Jugendlichen Ihrer Gemeinde?

Imam Idriz: Fünf Mal am Tag Beten ist tatsächlich für jeden Muslim eine religiöse Pflicht und die Gebetszeiten sind mit dem Sonnenstand einzuhalten. Doch in der Theologie gibt es für jede ideale Norm auch Abweichungen, d. h. wer aus unterschiedlichen Gründen das Gebet nicht zur geforderten Zeit beten kann, kann es zu einem späteren Zeitpunkt nachbeten oder gar vorbeten, bzw. zwei Gebete zusammenschließen. Insofern kennen Muslime diese Flexibilität und das macht es

1 1. Die Schule unterstützt die Erziehungsberechtigten bei der religiösen Erziehung der Kinder. 2. Schulgebet, Schulgottesdienst und Schulanacht sind Möglichkeiten dieser Unterstützung. 3. Die Teilnahme der Schülerinnen und Schüler ist zu ermöglichen und zu fördern. 4. Die Mitglieder der Schulgemeinschaft sind verpflichtet, die religiösen Empfindungen aller zu achten.

2 KMS „Auswirkungen des Gesetzes über den Schutz der Sonn- und Feiertage sowie anderer religiöser und nationaler Feiertage auf den Unterricht an den Schulen. Hier: jüdische, orthodoxe und muslimische Feiertage in den Schuljahren 2018/19 und 2019/20“ vom 26.7.2017. In diesem KMS werden nur zwei muslimische Hochfeste ausdrücklich genannt: Kurban Bayrami (Opferfest) und Ramzan Bayrami (Fastenbrechenfest), an denen muslimischen Schülern selbstverständlich freizugeben ist. Das Opferfest fällt 2017, 2018 und 2019 in die Bayerischen Sommerferien.

3 Ebd., S. 5

4 2018: 1690 Ausländer = 10%; davon 416 Türken, 285 „Rest-Jugoslawien“; insgesamt Menschen aus 80 Nationen (<https://www.merkur.de/lokales/regionen/achtzig-nationen-penzberg-153642.html>; <http://ugeo.urbistat.com/AdminStat/de/de/classifiche/percentuale-stranieri/comuni/weilheim-schongau/9190/3>

entspannter und möglicher auch als Jugendlicher oder berufstätiger Mensch trotz des überfüllten Alltags insgesamt zu fünf Gebeten zu kommen.

KB: *Und wie steht es mit der Teilnahme dieser Bevölkerungsgruppe am traditionellen Freitagsgebet in der Moschee?*

Imam Idriz: Das ist wirklich ein Problem für mich. Wir versuchen die Zeit des Freitagsgebets so zu legen, dass unsere in den Betrieben arbeitenden Gemeindemitglieder teilnehmen können. Obwohl ich mich als Imam bemühe, das Freitagsgebet und die Predigt so knapp und würdig wie möglich zu gestalten, erreichen mich immer wieder Klagen der Erwachsenen, dass ihre Arbeitgeber Schwierigkeiten machen. Von den Jugendlichen weiß ich, dass etliche sich in den Schulen befreien lassen, aber in der Moschee trotzdem nicht auftauchen. Das ist natürlich eine Folge der zunehmenden Entfremdung dieser Jugendlichen von ihrer angestammten Religion.

KB: *Zu mir ist noch nie ein Schüler mit einem derartigen Antrag gekommen.*

Imam Idriz: Wir legen im Winter die Gebetszeit auf 12.30 Uhr und im Sommer auf 13.30 Uhr, so dass wenigstens im Sommer die Kinder und Jugendlichen ohne alle Probleme teilnehmen könnten. Ich halte das für wichtig, weil das Freitagsgebet die einzige Begegnungsmöglichkeit zwischen Jugendlichen und ihrem Imam ist und von daher enorme soziale und erzieherische Bedeutung hat. Meine eigenen Kinder bedauern, auf Grund des Stundenplans nicht teilnehmen zu können.

KB: *Wie steht es mit den islamischen Hochfesten wie dem Fastenbrechen?*

Imam Idriz: Hier ist der Zusammenhalt natürlich deutlicher zu spüren. Für liberale wie orthodoxe Muslime sind die Gemeindefeste nach wie vor ein Ausdruck ihrer Identität. Durch ihre Verbindung mit dem Gebet gewinnen sie eine religiöse Dimension. Wir Moschee-Gemeinden müssen uns um eine kinderfreundliche Gestaltung der Feierlichkeiten bemühen und Angebote für die Kinder und Jugendlichen entwickeln.

KB: *Das müsste Ihnen und Ihrer Gemeinde ja leicht fallen. Sie sind bekannt für Ihre offene, liberale Haltung und Ihre Gemeinde ist in der Stadt bestens integriert und vernetzt. Die christlichen Kirchen pflegen eine lange Tradition der Jugendarbeit. Gibt es so etwas in den Moschee-Gemeinden über den engeren Besuch der Koranschule hinaus auch?*

Imam Idriz: Vielleicht ist es nicht in diesem Sinne eine Jugendarbeit, aber natürlich sind auch wir in unserer Gemeinde bemüht, die nächste Generation der Muslime an ihre Religion heranzuführen. Aus unseren muslimisch geprägten Herkunftsländern kennen wir nur bedingt die Jugendarbeit an der Moschee, da diese Aufgabe dort eher gesamtgesellschaftlich getragen wird und Religion oder Glaubensausübung durchaus im Fokus stehen. In der Diaspora verhält es sich anders, für viele Jugendliche ist „ihre“ Moschee der einzige Ort, mit der sie ihre Religion identifizieren und sich auch mit ihren Fragen an diese wenden. Insoweit kommt nicht nur meiner Gemeinde, sondern allen Moscheen in Deutschland eine verantwortungsvolle „Jugendarbeit“ zu.

KB: *Wie finden Sie, wird das religiöse Leben, insbesondere muslimische Hochfeste, in der Öffentlichkeit Penzbergs wahrgenommen? Kommen da auch mal Nicht-Muslime vorbei?*

Imam Idriz: In Penzberg dürfen wir stolz sein auf das gegenseitige Vertrauen und auf unsere Freundschaften im Zusammenleben. Das kommt nicht von ungefähr; seit über 20 Jahren stehen wir im Dialog, da weiß man, wer welche Feste begeht. Genauso wie wir zu christlichen Feiertagen unsere Glückwünsche äußern, bekommen wir auch zu den muslimischen Hochtagen Erwiderung. Jederzeit sind Nicht-Muslime als Gäste willkommen.

KB: *Herr Idriz, ich danke Ihnen für dieses Gespräch.*

(Von Benjamin Idriz gibt es ein lesenswertes Buch, das seine Erfahrungen im Zusammenleben mit der Mehrheitsgesellschaft schildert: „Grüß Gott, Herr Imam! Eine Religion ist angekommen“ (Diederichs Verlag) München 2010)

Bernhard Kerscher leitet das Gymnasium Penzberg/Oberbayern.

Interkulturelle Zeitpolitik

Plädoyer für eine Zeitpolitik der Vielfalt kultureller Zeitmuster

I.

In Norddeutschland tobte kürzlich der Kulturkampf. Weil andere nördliche Bundesländer einen zusätzlichen Feiertag eingeführt hatten, wollte auch die Niedersächsische Landesregierung nicht zurückstehen. Angestachelt durch das „Luther-Jahr“ und den ausnahmsweise bundesweit ausgerufenen arbeitsfreien Reformationstag, der sonst nur in den meisten östlichen Bundesländern frei ist, griff die rot-schwarze Landesregierung zu der vermeintlich einfachen Lösung, es diesen gleich zu tun. Das jedoch erwies sich als schwierige Gemengelage kultureller und religiöser Grundsatzfragen und führte zu heftigen Gegenreaktionen konkurrierender Religionsgemeinschaften und Denominationen: Protest kam von der katholischen Kirche ebenso wie von jüdischen und muslimischen Verbänden, aber auch von den organisierten Nicht-Religiösen und vom Sozialistischen Jugendverband „Die Falken“. Grundsätzliche Kritik gegen einen zusätzlichen Feiertag äußerte zudem die Arbeitgeberseite, die das wirtschaftliche Wachstum gefährdet sieht.

Eine verpasste Chance für die kulturelle Integration? Hätte man doch einen „Tag der Religionen“ daraus machen können, der auf das Miteinander der vielfältigen Glaubensgemeinschaften und Kulturen zielt, die inzwischen zu Deutschland gehören.

II.

Man kann gegen einen freien Reformationstag für alle zu dem einwenden, ob in einer weithin säkularisierten Gesellschaft der Bezug auf einen Reformator und dessen religiöse Proteste vor einem halben Jahrtausend noch auf den gesellschaftlichen Resonanzboden trifft, den ein Feiertag braucht, um nachhaltig bestehen zu können. Schon längst scheint die Halloween-Kultur für jüngere Generationen weit mehr Anziehungskraft auszuüben. Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen hat, ebenfalls plausibler, einen Frauentag im März vorgeschlagen oder einen Europatag im Mai. Man könnte diese Reihe auch um einen „Tag des Zeitwohlstands“ ergänzen, der die Menschen daran erinnern soll, mit ihrer Lebenszeit klug und achtsam umzugehen.

Wie auch immer, es ist erstaunlich, dass auch in dieser weithin entkirchlichten Gesellschaft die Wellen noch immer hochschlagen, wenn es um religiöse Symbole geht. Der Streit um Kopftücher und Kruzifixe im öffentlichen Raum machen deutlich, dass mit zunehmender Unsicherheit über sozi-

ale Zugehörigkeit solche demonstrativen Objekte wichtiger werden: Der Halbmond auf der Moschee, das Gipfelkreuz auf der Zugspitze, die amerikanische (und absehbar die chinesische) Flagge auf dem Mond, der Weihnachtsbaum im Foyer der Schule, das T-Shirt von Bayern München stiften offensichtlich benötigte Zugehörigkeit.

Auch das Zeitverhalten der Menschen ist bei genauerer Betrachtung voller Gesten, die Zugehörigkeit demonstrieren. Während Juden und Christen ihren regelmäßigen Feiertag mit der Abwesenheit von Arbeit symbolisieren, kennt der Islam jenseits des obligatorischen Freitagsgebets zwar kein ausdrückliches Arbeitsverbot (vgl. Rinderspacher et al. 1994) so doch arbeitsfreie Festtagsabläufe an den beiden für alle Muslime verbindliche Feiertagen, deren Lage sich von Jahr zu Jahr verschiebt: das Opferfest und das Fest des Fastenbrechens am Ende des Ramadan. Der Islam greift viel tiefer in die tägliche Zeitgestaltung der Menschen ein, indem er die Gläubigen fünfmal am Tag zum Gebet ruft. Allen mosaischen Religionen gemeinsam ist der bis heute erhaltene Siebentage-Rhythmus, der in säkularisierter Form die Grundlage der weltweit verbindlichen Jahresgliederung bildet, wobei die Woche in der christlichen Tradition mit dem Sonntag, nach internationaler Norm mit dem Montag beginnt (einige Länder machen darin eine Ausnahme: USA, Australien, Israel u. a.). Versuche, die Macht der christlichen Religion durch ein kalendarisches Zehnersystem zu brechen, das auf die neue Vorherrschaft der Vernunft und die republikanische Trennung von Staat und Religion hinweist, wie in der Französischen Revolution oder nach der Oktoberrevolution in Russland, sind bekanntlich gescheitert.

Dies macht deutlich: Die Zeitordnungen von Gesellschaften und ihre Begründungen sind prinzipiell kontingent und potentiell enorm vielfältig. Sie sind bei näherer Betrachtung das Ergebnis der jeweiligen historischen Entwicklung eines Landes in Politik, Wirtschaft, Sozialstruktur, Kultur und Religion. Anders ausgedrückt: Die Rhythmen der Kulturen und Länder sind weitgehend das Ergebnis von Zeitpolitik – Zeitpolitik der großen gesellschaftlichen Institutionen, die auf dem jeweiligen Territorium in den vergangenen Jahrhunderten und Jahrtausenden die Strukturen nach Maßgabe ihrer Interessen geprägt haben, allen voran Kirche, Staat und Wirtschaft, auch wenn den agierenden Institutionen ihr Handeln nicht als Zeitpolitik bewusst war (Weichert 2011; Becker 2006).

III.

Würde man allein dem Anspruch einer freiheitlichen bzw. liberal orientierten Gesellschaft folgen, sollte interkulturelle Zeitpolitik jede Zeitordnung, jede Zeitinstitution und jedes Zeitverhalten unabhängig von ihrer religiösen und soziokulturellen Herkunft als gleichwertig behandeln. Man könnte sogar auf die Idee kommen, eine gänzlich neue ideale Zeitarchitektur zu postulieren, in der Zeitgerechtigkeit (Henckel/Kramer 2018), also die Gleichberechtigung aller zeitlichen Ausdrucksformen, ein zentraler Pfeiler ihrer Konstruktionslogik wäre. Zeitpolitik hätte hier die Aufgabe, die zeitlichen Rechte unterschiedlicher Ethnien in einem friedlichen Nebeneinander zu unterstützen – ein zeitliches Selbstbestimmungsrecht der Völker. Dem stünde allerdings entgegen, dass Zeitordnungen nicht von Grund auf neu konstruiert werden können, da jede Sozial- und damit auch Zeitstruktur an ein konkretes Territorium mit eigener Kultur- und Religionsgeschichte gebunden ist. Angesichts zunehmend enger werdender Lebensräume auf dem Erdball und wachsender Interdependenzketten zwischen den Kulturen und Wirtschaftsräumen gilt es, verstärkt über Grundmuster der zeitpolitischen Arrangements nachzudenken, und zwar aus drei Gründen:

- Aus praktischen Koordinations- bzw. Synchronisationsanforderungen mit Blick auf wirtschaftliche und öffentliche Belange, insbesondere um das gesellschaftliche Regime von Arbeits- und Ruhezeiten funktionsfähig zu halten, um Fahrpläne öffentlicher Verkehrsmittel adäquat gestalten zu können u. a.
- Der symbolischen Bedeutung von kultur- und religionsspezifischen Zeitrhythmen und Zeitstrukturen muss Rechnung getragen werden, indem das potentielle Konfliktpotential, dass durch die religiöse und soziokulturelle Aufladung von Zeitstrukturen unterschiedlicher Art erzeugt wird, moderiert wird. Etwa könnte ethnischen Minderheiten die Möglichkeit eingeräumt werden, mindestens einen ihrer Feiertage als anerkanntes Element des geltenden Festkalenders für die gesamte Bevölkerung zu begehen.
- Zeitliche Integration betrifft nicht nur Arbeitsrhythmen und das als normal geltende zeitliche Verhältnis von Arbeiten und privatem Leben, sondern auch das individuelle Zeitverhalten der Menschen: deren erwartbare bzw. gewollten Geschwindigkeiten des Handelns bei alltäglichen Verrichtungen in der Erwerbsarbeit ebenso wie im Privatleben. Hinzu kommen andere religiöse Fundierungen der zeitlichen Orientierung der Menschen im Umgang mit Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft. So gibt es in hoch entwickelten westlichen Gesellschaften einen wesentlich höheren und teils völlig anders gearteten Anspruch an Planbarkeit und Kontrollierbarkeit der Zeit, die Menschen

als „ihre eigene“ betrachten (Mückenberger 2011), als in weniger individualisierten und stärker in religiösen Traditionen verwurzelten Kulturen, wo etwa Schicksalsergebenheit eine weitaus größere Bedeutung hat.

IV.

Die Konflikte um Zeitstrukturen haben in den vergangenen Jahrhunderten bekanntlich eine Entwicklung durchgemacht, in der sich das Verhältnis zur Zeit und der Umgang mit Zeit zu einer industriellen Zeitkultur mit einer infinitesimalen Zeitverwendungslogik verändert haben (Rinderspacher 1985). Hieraus sind neue Ruhetags-Regime entstanden wie der Freie Samstag (Fürstenberg et al. 1999; Schmidt-Lauber 2004), der Urlaub und der gesicherte Altersruhestand. Die Zeitordnungen moderner Gesellschaften tragen heute einerseits die Reste traditional begründeter Gesellschaften und deren Zeitstrukturen in sich, wie den Sieben-Tage-Rhythmus und die grundgesetzlich geschützte Sonntagsruhe einschließlich der damit verbundenen Symbole und Deutungsmuster. Andererseits sind moderne Zeitstrukturen von der Hegemonie der über marktförmige Prozesse vermittelten kapitalistischen Zeit-Logik geprägt. So gehört zur Zeitkultur der hoch entwickelten westlichen (Post-) Industrieländer Europas ein über weit mehr als ein Jahrhundert gewachsener hegemonialer Anspruch, Zeit wirtschaftlich bzw. erwerbsbezogen so zu verwenden, dass Zeit effizient genutzt wird (Henckel/Kramer 2018). Das Zeitrationalitätsprinzip ist als solches faktisch unverhandelbar und hat im Selbstverständnis der Industrieländer gleiche Wertigkeit, wie es in traditional geprägten Gesellschaften die unverhandelbaren religiösen Werte hatten.

Mit der Zuwanderung von Menschen aus anderen Kulturen versammelt sich eine wachsende Anzahl von Religionen, Kulturen und deren Zeitkulturen unter dem Dach einer Gesellschaft, in der, wie eingangs gezeigt, religiöse Symbole zwar nach wie vor eine Rolle spielen, in der diese jedoch in mannigfacher Weise von der Logik der industriell-kapitalistischen Gesellschaft geprägt sind – wenngleich sie darin nicht aufgeht, wie etwa der auf die christlich-jüdische Tradition zurückgehende Stillstand der Maschinen am Sonntag bzw. am Wochenende zeigt.

Einwanderer aus Gesellschaften, deren ökonomischer und soziokultureller Entwicklungsstand nicht denen eines hoch entwickelten Einwanderungslandes entspricht, können sich nicht voll integrieren, ohne sich mit den zeitlichen Ansprüchen ihrer neuen Heimat in doppelter Weise auseinanderzusetzen: erstens mit den Anforderungen der zweckrationalen Verwendungslogik der und der damit einhergehenden Steigerungslogik des kapitalistischen Systems. Zweitens müssen sie sich zu den christlich-jüdisch geprägten Zeitrhythmen im Tages, Wochen- und Jahresverlauf verhalten, vor allem

zu deren symbolischen Zuschreibungen und öffentlich sichtbaren Symbolen. Umgekehrt muss die aufnehmende Gesellschaft sich ein Bild davon machen, welche Erwartungen sie an Einwanderer im Hinblick auf das, was sie als gelungene zeitliche Integration versteht, an Einwanderer stellt. Aber: Zeitliche Inklusion betrifft beide, Zugewanderte und Alteingesessene. Der Anspruch, im Alltag der hoch entwickelten Gesellschaften diskriminierungsfrei seine eigenen Lebensentwürfe leben zu können, muss für alle gelten.

V.

Mit jeder Zuwanderungspolitik werden Entscheidungen für oder gegen Integration und Assimilation aufgerufen, auch deren zeitliche Aspekte. So stellte sich etwa, solange der Samstag noch regelmäßiger Arbeitstag in Deutschland war, für jüdische Gläubige das Problem, entweder das Sabbatgebot zu übertreten oder eine integrationshinderliche Sonderposition in der Gesellschaft zu beanspruchen. Mit zunehmender Einbeziehung des Samstags in die Arbeitswoche kann auch dies für viele Menschen jüdischen Glaubens zum Problem werden. Ebenso stellt sich für streng gläubige Muslime das Problem, ob sie auf das Freitagsgebet verzichten sollen. In der bisherigen Praxis sind solche Probleme selten aufgetreten, weil ein Kompromiss mit dem Arbeitgeber gefunden wurde oder weil die Betroffenen mehr oder weniger freiwillig auf das Befolgen strenger religiöser Vorschriften verzichtet haben (s. die Aussagen des befragten Imam im obigen Beitrag, S. 22)

Ebenso wie exotische Speisen oder fremde Musikstile („Weltmusik“) schon seit langem Eingang in die Lebenskultur westlicher Länder gefunden haben, sollten auch zugewanderte Zeitmuster als Bereicherung für die angestammte Zeitkultur betrachtet werden. So könnten sich aus der Kenntnis unterschiedlicher Zeitmuster auch Anknüpfungspunkte für die Ausbildung neuer alternativer Zeitmuster für eine nachhaltigere Lebensweise ergeben. Ebenso wie die anderen Extreme – der Zwang zur Anpassung für Zuwanderer oder deren Abdrängung in eigene Parallelkulturen – beinhaltet auch dieses Extrem große Herausforderungen sowohl für die Zeitkultur des Einwanderungslandes als auch für die angestammten Zeitkulturen der Zugewanderten. Jedes Extrem hat ein anderes eigenes Konflikt-Potential.

Diese Ambivalenzen im Blick, plädiere ich gleichwohl für eine Integration von Zeitkulturen, die im öffentlichen und privaten Raum zeitliche Vielfalt ermöglicht. Es müsste ein wechselseitiger Prozess sein, ein Dialog der Kulturen. Was im allgemeinen Verständnis von „diversity“ für Gleichberechtigung und Nicht-Diskriminierung in Bezug auf Geschlecht, Hautfarbe, Alter und sexuelle Präferenzen gelten soll, sollte auch für den gesellschaftlichen und den indivi-

duellen Umgang mit der Zeit gelten. Das würde bedeuten, unterschiedlichen Prinzipien, Regeln, Normen und Strukturen der Zeitverwendung ihre je eigene Zeit und ihren je eigenen öffentlichen wie auch privaten Raum zu geben. Für Eingewanderte ebenso wie für Alteingesessene.

Anstatt die Chance der Suche nach dem Inhalt für einen neuen allgemeinen Feiertag zu ergreifen, um einen neuartigen, die veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse konstruktiv aufnehmenden und weiterführenden Feiertag zu kreieren, fiel den niedersächsischen Parlamentariern nur die kirchengeschichtliche Rückschau ein. Dagegen hätte ein Feiertag, der eine polykulturelle Lebensweise symbolisiert, ein Vorbote einer künftigen Zeitarchitektur der Gesellschaft sein können, die gleichermaßen auf den Wurzeln der christlichen Tradition, der Aufklärung und der industriell-kapitalistischen Zeitlogik, ergänzt um zeitliche Symbole und Umgangsformen mit der Zeit, die zugewanderten Kulturen entstammen. In Zeiten des Kopftuchstreits und der Kreuz-Züge in der bayerischen Heimat sicher kein politisches Programm für Feiglinge.

Literatur

- Becker, U. (2006): Sabbat und Sonntag. Plädoyer für eine sabbattheologisch begründete kirchliche Zeitpolitik. Neukirchen: Vluyn.
- Fürstenberg, F. / Herrmann-Stojanov, I. / Rinderspacher, J. P. (Hrsg.) (1999): Der Samstag. Über Entstehung und Wandel einer modernen Zeitinstitution. Berlin: Sigma.
- Henckel, D. / Kramer, C. (Hrsg.) (2018): Zeitgerechte Stadt. Konzepte und Perspektiven für die Planungspraxis. Forschungsberichte der ARL Band 9.
- Krell, G. / Riedmüller, B. / Sieben, B. / Vinz, D. (2007): Diversity Studies. Grundlagen und disziplinäre Ansätze. Frankfurt a. M., New York: Campus.
- Latour, B. (2018): Das terroristische Manifest. Berlin.
- Mückenberger, U. (2011): Time Abstraction, Temporal Policy and the Right to One's Own Time. In: *KronoScope* No. 1/2, S. 66-97
- Reckwitz, A. (2017): Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Gesellschaft. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Rinderspacher, J. P. (2018): Zeitliche Diversität in der alternden Stadtgesellschaft. Lösungsansätze und zeitpolitische Implikationen. In: Henckel, D. / Kramer, C. (Hrsg.) (2018): Zeitgerechte Stadt. Konzepte und Perspektiven für die Planungspraxis. Forschungsberichte der ARL Band 9.
- Rinderspacher, J. P. / Henckel, D. / Hollbach, B. (Hrsg.) (1994): Die Welt am Wochenende. Entwicklungsperspektiven der Wochenruhetage. Ein interkultureller Vergleich. Bochum: SWI.
- Rinderspacher, J. P. (1985): Gesellschaft ohne Zeit. Individuelle Zeitverwendung und soziale Organisation der Arbeit. Frankfurt a. M., New York: Campus.
- Schmidt-Lauber, B. (2004): Samstäglichkeiten. Zur Ethnographie eines Wochentags. Schweizerisches Archiv für Volkskunde. 100. Jg., S. 155-171.
- Weichert, N. (2011): Zeitpolitik. Legitimation und Reichweite eines neuen Politikfeldes. Baden-Baden: Nomos.

Migrationsethik und Fluchtursachen – Blick in neue Literatur¹

Das moderne Grenzregime, so der kanadische Politikwissenschaftler Joseph Carens, gleicht der Sozialstruktur des Feudalismus: Es garantiert einem kleinen Teil der Menschheit die Mitgliedschaft im Adelsstand. Der Rest lebt als Bürger, Bauer oder Unfreier. Entscheidend ist immer der Ort der Geburt. In der vertikalen Ordnung der mittelalterlichen Stände (Pyramide) wie in der horizontalen Ordnung der modernen Staaten (Zentrum – Peripherie) können individuelle Begabung und individueller Fleiß an den Voraussetzungen des Lebens nur wenig ändern, die Vor- und Nachteile der Stellung des Einzelnen werden im Wesentlichen vererbt, meist sogar akkumuliert. Das zementiert und verschärft die Ungleichheit. Joseph Carens hält solche Ungleichheiten moralisch nicht für gerechtfertigt, erinnert an die heute weithin akzeptierte Kritik an der normativen Ordnung des Feudalismus und an ihr historisches Schicksal.

Der Text von Joseph Carens, der als einer der führenden Experten auf dem Gebiet der Migrationsethik gilt, ist einer von insgesamt zehn Beiträgen zur Migrationsethik, die *Frank Dietrich*, Professor für Praktische Philosophie an der Universität Düsseldorf, unter dem Titel „*Ethik der Migration. Philosophische Schlüsseltexte*“ herausgegeben und eingeleitet hat (2017). Die Frage nach der ethischen Dimension von Migration, so Dietrich, wird in Kanada, den USA und Großbritannien seit den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts lebhaft diskutiert. In Europa hingegen ist dieses Thema erst vor Kurzem entdeckt worden (vgl. etwa Julian Nida-Rümelins: *Über Grenzen Denken. Eine Ethik der Migration*, Edition Körber Stiftung, 2017). Höchste Zeit also, dem deutschen Leser diesen angloamerikanischen Diskurs zugänglich zu machen. Die Textsammlung möchte, so Dietrich, einen „ausgewogenen Überblick“ zum Thema geben und dabei auch das Problem des Brain-Drain, also der durch Migration verursachten Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aus Entwicklungsländern, in die migrationsethische Diskussion einbeziehen.

Dietrichs ausführliche und instruktive Einführung strukturiert das Thema, gibt einen Überblick über die Geschichte des Diskurses und präsentiert Kurzfassungen der Beiträge. Die Strukturierung macht bewusst, wer eigentlich alles von Migration direkt oder indirekt betroffen ist (die Migranten

selbst, die Gesellschaften der Herkunftsländer und die der Zielländer), welche Motive und Ursachen zur Migration führen (neben Krieg und Verfolgung strukturelle Unterschiede der Lebensperspektiven), auf welchen Ebenen über Migration entschieden wird (individuelle Entscheidungen der Migranten, Mitglieder der Ursprungs- und Zielgesellschaft bzw. Verantwortliche für die politische Regulierung von Ausreise und Einreise) und welche Rechtfertigungen (in Politischer Philosophie und Sozialethik) für diese Entscheidungen bemüht werden. Der geschichtliche Überblick erinnert an Aussagen individualistisch-naturrechtlich argumentierender Autoren (Hobbes, Grotius, Locke, Kant) zur Aus- und Einwanderung aus dem 16., 17. und 18. Jahrhundert, an die erst Ende des 19. Jahrhunderts mit Henry Sidgwick beginnende utilitaristisch gestützte Abwägung positiver und negativer Effekte von Migration und an die Mitte des 20. Jahrhunderts im Zusammenhang mit der Kodifizierung der Menschenrechte erfolgte völkerrechtliche Präzisierung der rechtlichen Normen für Zwangsmigration (vor allem Genfer Flüchtlingskonvention 1951 und Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge 1967). Die wenigen Überlegungen, so der Abschluss des geschichtlichen Überblicks, die sich in Europa aus ethischer Perspektive mit Flucht und Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg auseinandersetzen, sind kaum aufeinander bezogen, wo hingegen in Nordamerika, ausgelöst vor allem durch die Flüchtlinge aus Vietnam (Boatpeople) und die Einwanderung aus Süd- und Mittelamerika, das Thema seit Jahrzehnten diskutiert wird.

Im öffentlichen Bewusstsein des globalen Nordens steht die staatliche Migrationspolitik der Zielländer im Fokus. Folgt man dem Mainstream, so kommt es in der politischen Praxis auf eine kluge Güterabwägung zwischen dem Wert der Freizügigkeit des Individuums und dem Wert der kollektiven Selbstbestimmung der Staaten an. Die abgedruckten Texte knüpfen in vielfacher Hinsicht an diesen Mainstream an, setzen dann aber je spezifische Akzente. Zum Beispiel steht bei den ersten acht Texten des Sammelbands das Recht auf Einwanderung im Fokus, bei den letzten beiden das Recht auf Auswanderung, wobei die Frage nach der Kompensation des dem Herkunftsland durch den Brain-Drain entstehenden Schadens durch eine Ausreisegebühr und nötigenfalls einen gesetzlichen Arbeitszwang erörtert wird, weil nur so das übergeordnete Prinzip der Reziprozität der Interessen berücksichtigt werden könne (Gillian Brock und Michael Blake). In Bezug auf die Einwanderung wird diskutiert, dass die Freizügigkeit prinzipiell überwiegen müsse, weil sie ein

1 Dieser Text basiert auf Rezensionen des Autors, die in WIDERSPRUCH. Münchner Zeitschrift für Philosophie (Rezension zu Frank Dietrich) und auf der Internetseite von FORUM POLITIKUNTERRICHT. Herausgegeben vom Bayerischen Landesverband der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (Sammelrezension zu Schuler, Conrad und Wemheuer) erschienen sind.

zentraler Bestandteil unserer normativen Grundlagen sei (z.B. Joseph Carens), dass es aber andererseits kein allgemeines Recht auf Migration geben könne, weil die Zielgesellschaft selbst entscheiden müsse, wen sie aufnehmen wolle und wen nicht (z.B. David Miller). Diskutiert wird auch der Vorschlag, ob im Kontext von Migration nicht genauer zwischen Aufenthalts- und Mitgliedschaftsrechten von Migranten im Zielland unterschieden werden müsse (z.B. Sarah Fine). Was die demokratische Legitimation der Zielgesellschaft zur Einrichtung eines Grenzregimes betrifft, wird diskutiert, ob es so etwas wie einen legitimen Volkswillen im Inneren dieser Gesellschaft überhaupt geben könne (so z.B. Christopher Heath Wellman) oder ob zu dessen Bildung die Mitwirkung oder zumindest das Einverständnis der Außenwelt, die ja ebenfalls der staatlichen Gewalt des Grenzregimes unterworfen sei, immer schon mit erforderlich sei (so z.B. Arash Abizadeh). Eine mehr materiale Perspektive nehmen einige Autoren ein, wenn sie inhaltliche Kriterien wie Verwandtschaft (z.B. Michael Walzer), kulturelle Nähe, die Größe und Ressourcen des Ziellands oder den Grad der Angewiesenheit der Migranten und der Betroffenheit der Mitglieder der Zielgesellschaft als ausschlaggebend für die Gestaltung der Migrations- und vor allem Einwanderungspolitik stark machen.

Als Fazit des von Frank Dietrich herausgegebenen Sammelbands „Migrationsethik“ kann festgehalten werden: Einigkeit unter den Autoren besteht darin, dass reiche und einflussreiche Gesellschaften zur Hilfe für Hilfsbedürftige verpflichtet sind. Und Einigkeit besteht offensichtlich auch darin, dass der herrschende Umgang mit Migration ethisch nicht gerechtfertigt werden kann. Kontrovers sind Ausmaß und Art der Hilfe bzw. des Umgangs mit Migration, vor allem wenn sie erzwungen ist. Leider wirft jedoch keiner der Texte einen systematischen Blick zurück auf die Genese jener Verhältnisse, die Zwangsmigration im großen Umfang erst möglich und notwendig gemacht haben, auf Kolonialismus, Neokolonialismus und unsere ganze „imperiale Lebensweise“ (Ulrich Brand/Markus Wissen). Und was den Blick in die Zukunft betrifft, so entwickelt lediglich der Kanadier Arash Abizadeh eine ethisch begründete grundlegende Alternative zum gegenwärtig praktizierten Grenzregime. Abizadeh verweist auf die Pflicht der reichen und mächtigen Zielstaaten, sofern sie Demokratien sind also ihrer Bürger, für die Stärkung bzw. Einrichtung kosmopolitischer Institutionen einzutreten. Solche Institutionen müssen dafür sorgen, dass alle von der Grenzziehung betroffenen Personen, Inländer wie Ausländer, diskursiv an der Rechtfertigung des Grenzregimes, also letztlich an der politischen Gestaltung von Migration, direkt oder indirekt beteiligt werden.

Man könnte diesen Gedanken auch weiterführen und inhaltlich füllen: Wer bereit ist, allen Menschen, also In- und Ausländern, den gleichen Wert als Menschen zuzusprechen, der sollte konsequenterweise gleichermaßen, also mit gleicher Ernsthaftigkeit und prinzipiell gleichem Aufwand, für die Regulierung der Migration und für die wirkliche Beseitigung der Ursachen für Zwangsmigration eintreten – so wie die Feuerwehr nicht nur Brände löscht, sondern sich auch durch präventiven Brandschutz darum kümmert, dass möglichst wenige Brände entstehen. Solche Überlegungen zur politischen Gestaltung von Migration könnten die Kluft zwischen dem rein normativen Diskurs der Migrationsethik und der bisher fast ausschließlich pragmatisch orientierten Debatte über Migrationspolitik überbrücken, die Ideale der Ethik also auf die materiale Grundlage der Politik stellen.

Eine andere Möglichkeit zur Überbrückung der Kluft zwischen der normativen und der faktischen Seite von Migration könnte die gründlichere Beschäftigung mit den Ursachen von Migration sein. Wer bereit ist, die Fakten zur Kenntnis zu nehmen, kann zunächst feststellen, dass sich zwar in den letzten Jahren die Routen derer, die sich zum Verlassen ihrer Heimat gezwungen fühlen, teilweise geändert haben, die Zahlen, auch die der Toten, weiter gestiegen sind, die Ursachen aber im Grunde dieselben geblieben sind. Wenn die Politik heute davon spricht, diese Ursachen bekämpfen zu wollen, meint sie im günstigsten Fall die Intensivierung der Friedensdiplomatie oder die bessere Ausstattung von Flüchtlingslagern, oft aber auch nur die Aufrüstung von „Türstehern“, die uns möglichst weit von zu Hause weg das Elend vom Leibe halten sollen. Ansonsten herrscht weit und breit nichts als Ratlosigkeit. Wer sich damit nicht zufrieden geben will, dem seien drei Bücher empfohlen, die das Thema Migration in den größeren Zusammenhang mit dem Nord-Süd-Verhältnis, seiner Geschichte und seiner theoretischen Durchdringung aus marxistischer Sicht stellen.

In seinem Buch *„Die Große Flucht“* (2016) gibt Conrad Schuhler, Redaktionsleiter des Münchner Instituts für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung (isw), einen Überblick über *„Ursachen, Hintergründe und Konsequenzen“*. Im ersten Kapitel geht es um die Fakten, einschließlich ihrer Instrumentalisierung durch den Rechtspopulismus. Im zweiten Kapitel werden Krieg, Armut und Umweltkatastrophen als Hauptursachen dargestellt. Das dritte Kapitel beschreibt unter dem Titel „globale Apartheid“ die doppelte Teilung der Welt in Nord und Süd sowie Arm und Reich. Im vierten, fünften und sechsten Kapitel geht es um die Rolle Deutschlands und Europas und deren hauptsächliche Antwort, nämlich den Ausbau der Festung, einschließlich der propagandistischen Seite der Abwehr der Flüchtlinge. Das siebte Kapitel

macht Vorschläge für die Finanzierung der Integration der Flüchtlinge in Deutschland. Im achten Kapitel thematisiert Schuler den Islam, die Angst vor der „Islamisierung des Abendlandes“ und die „deutsche Leitkultur“. Das neunte Kapitel begründet, dass die „Flüchtlinge der Preis der kapitalistischen Globalisierung“ sind und fragt weiter, wie wir „das Problem“ „lösen“? Die Lösung sieht der Autor in einer sowohl globalen als auch nationalen Umverteilung, die ihrerseits mit einer Solidarisierung zwischen nationalen Arbeiterklassen und der Klasse der global Ausgebeuteten einhergehen müsse.

Bei der Frage, wie eine solche Solidarisierung möglich werden könne, liegt ein Blick in die Geschichte nahe. Wer die gegenwärtige Fluchtthematik historisch einordnen will, der findet in *„Kolonialismus, Neokolonialismus, Rekolonisierung“* des Berliner Journalisten Gerd Schumann (2016) wichtige Orientierungshilfen. Den Auftakt bilden eine Einleitung zur Aktualität des Kolonialismus-Begriffs und ein Kapitel zur Definition von Kolonialismus. Unter Kolonialismus versteht Schumann die durch die herrschenden Klassen relativ weit fortgeschrittener Gesellschaften betriebene systematische Unterwerfung und Instrumentalisierung anderer Völker zum Zweck der ökonomischen Ausbeutung, die stets mit der Zerstörung der Kultur der kolonisierten Völker einher gehe. Schumann untergliedert die Geschichte des Kolonialismus in fünf Etappen: den Klassischen Kolonialismus (2000 v. Chr.-700 n. Chr.), den vorimperialistischen Kolonialismus (700-1800), die imperialistische Aufteilung der Welt (1800-1914), die Krise des Kolonialsystems, die Neokolonialismus und Befreiungsversuche mit einschließt (1917-1990) und die Etappe danach, die er „Rekolonisierung“ nennt. Der Internationale Währungsfond, die Weltbank und auch der Internationale Strafgerichtshof werden als „Machtsäulen dieses neuen Kolonialismus“ genauer beleuchtet. Im abschließenden Kapitel plädiert Schumann für eine „antikolonialistische Internationale“, in die auch die „Massen Europas“ mit eingeschlossen werden müssten. Dabei beruft sich Schumann auf Franz Fanon, der bereits 1961 die Abstumpfung der Europäer gegenüber dem „Elend außerhalb ihres Horizonts“ angeprangert hatte, wofür auch die gezielte Desorientierung durch „eine Schar von Predigern und Morallehrern“ verantwortlich sei.

Der dritte Titel zum Themenkomplex Fluchtursachen kann als Weiterführung des von Franz Fanon angesprochenen Problems verstanden werden. Inwieweit ist die vorherrschende Gleichgültigkeit Europas gegenüber dem Elend Afrikas, genereller: des Nordens gegenüber dem Süden, Resultat ideologischer Kräfte im Norden oder doch mindestens so sehr der faktischen Beteiligung des Nordens an der Ausbeutung des Südens? Dies führt zur Frage nach dem Verhältnis von Über-

bau und Basis, zur Marx'schen Theorie, zu ihrem möglichen Beiträge zum Verständnis des Verhältnisses zwischen dem Süden und dem Norden der Welt. Der Sammelband *„Marx und der globale Süden“* (2016), den Felix Wemheuer, Professor für Moderne China-Studien an der Universität zu Köln, herausgegeben hat, geht auf eine wissenschaftliche Tagung zur theoretischen Auseinandersetzung um Marxismus und Postkolonialismus zurück. In einer ausführlichen und instruktiven Einleitung gibt Wemheuer einen Überblick: zum einen über den Aufstieg und Fall der marxistischen Diskurse in den Peripherien des kapitalistischen Weltsystems, zum andern über den Postkolonialismus: ein „diffuser Sammelbegriff“ für Wissenschaftler, die meist selbst aus dem globalen Süden kommen und diese Perspektive im Norden der Welt gegen dessen Eurozentrismus und Universalismus verteidigen wollen. Im ersten Teil des Bandes werden Beiträge zur marxistischen und postkolonialen Theorie präsentiert (Kevin B. Anderson und Vivek Chibber), im zweiten Beiträge zu globalgeschichtlichen Perspektiven (Michael Zeuske, David Mayer, Jörg Goldberg), im dritten Beiträge zu China, Indien und Südafrika (Felix Wemheuer, Josef Gregory Mahoney, Christian Strümpell und Reinhard Kößler). Wemheuer plädiert mit seinem Sammelband, der erst der Anfang einer neuen Art der Auseinandersetzung mit dem globalen Süden sei, dafür, Marxismus und Postkolonialismus als „PartnerInnen einer einvernehmlich geschiedenen Ehe“ zu betrachten, „die sich ab und zu noch besuchen“, in dem Bewusstsein, dass man neben einem klaren Blick auf die globale kapitalistische Ökonomie auch nicht-ökonomisch-rassistisch bedingte Unterdrückungsverhältnisse, die Geschlechterverhältnisse und die dauerhafte Bedeutung von Subsistenzökonomien neben der Lohnarbeit ernst nehmen müsse, wenn man „die Welt als Ganzes“ verstehen wolle.

Es bleibt zu hoffen, dass angesichts der Ratlosigkeit der etablierten Flüchtlings-, Friedens- und Entwicklungspolitik das Interesse nicht nur für die Ethik der Migration, sondern auch für grundlegende Fragen des Nord-Süd-Verhältnisses wieder zunehmen wird. Die drei letztgenannten Bände bieten dazu jedenfalls reichlich Gelegenheit.

Prof. Dr. Fritz Reheis, Sozial- und Erziehungswissenschaftler, Universität Bamberg

Quellen:

- Frank, Dietrich (Hg.) (2017): *Ethik der Migration. Philosophische Schlüsseltexte*. Berlin: Suhrkamp.
- Schuhler, Conrad (2016): *Die Große Flucht. Ursachen, Hintergründe, Konsequenzen*. Köln: PapyRossa.
- Schumann, Gerd (2016): *Kolonialismus, Neokolonialismus, Rekolonisierung*. Köln: PapyRossa.
- Wemheuer, Felix (Hg.) (2016): *Marx und der globale Süden*. Köln: PapyRossa.

Aus der DGfZP

**Deutsche
Gesellschaft für
Zeitpolitik**

Jugendzeit. Fremdbestimmt selbständig

Kooperationstagung

Jahrestagung 2018 der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik

Deutsches Jugendinstitut

26. – 27. Oktober 2018 im DJI München

Nicht mehr Kind und noch nicht erwachsen – wie erfahren, wie leben und wie erleben heutige Jugendliche den Übergang? Jugend ist eine Zeit der inneren Distanzierung von der Vergangenheit als Kind und des Suchens nach dem Selbst: Wer bin ich? Wer will ich sein? Die körperlichen Veränderungen in der Pubertätsphase bringen Körper und Psyche in Aufruhr, was zu einem ganz eigenen Lebensgefühl führt. Der inneren Distanzierung entspricht ein soziales Abgrenzen gegen die Welt der Erwachsenen: Die Beziehungen zu Eltern werden spannungsreicher, Beziehungen zu Gleichaltrigen werden wichtiger. Mit einer eigenen Jugendkultur in Musik, Mode, Sprache und sozialen Medien verorten Jugendliche sich jenseits der Erwachsenenwelt. Zugleich leben sie weiterhin im Schutz- und Vorbereitungsraum Kindheit. Sie sind eingebunden in das Ausbildungssystem, das ihre Alltagszeit in vorgegebenen Takten strukturiert. Und mindestens bis zum Ende der Schulzeit wohnen die meisten in der Familie, abhängig von elterlichen Ressourcen und Lebensweisen und mehr oder weniger behütet und kontrolliert.

Auf der Tagung werden wir fragen, wie dieser Übergang heute normiert, geregelt und gehandhabt und wie er von Jugendlichen gelebt und erlebt wird. Wie wirken sich die aktuellen gesellschaftlichen Transformationen im Leben Jugendlicher aus, die sich nach Alter, Geschlecht, sozialen Milieus, Schul- und Ausbildungsgängen, religiöser Orientierung, Migrationshintergrund und Wohnort (Stadt/Land/Region) unterscheiden? Wie sehr erhöhen Zeit- und Konkurrenzdruck und erhöhte Qualifikationsansprüche der globalisierten Arbeitswelt den Leistungsdruck beim Lernen und Arbeiten? Wie gehen Jugendliche mit der Überfülle an Konsumangeboten um, zumal die digitalisierte Kommunikation in sozialen Medien permanent Selbstdarstellung und Selbstoptimierung verlangt? Wie haben sich die Abgrenzungen zwischen Jugend und Erwachsensein, wie die Machtverhältnisse zwischen den Generationen verändert? Und wie verschärft oder entlastet jugendbezogene Zeitpolitik die Ambivalenzen fremdbestimmt selbständiger Jugendzeit? Über all dies werden auf der Tagung auch Jugendliche mitdiskutieren.

Jugendzeit. Fremdbestimmt selbständig

26. – 27. Oktober 2018

Freitag, 26. Oktober 2018

13.00 Uhr

Begrüßung und Einführung

Dr. Karin Jurczyk, DJI/DGfZP

13.30 Uhr

**Jugend als spezifische Phase
im Lebenslauf**

Moderation: NN

- **Jugendphase heute:
Entschleunigung, Verdichtung, Verlängerung?**
Dr. Christan Lüders, DJI München
- **Übergangsprozesse Jugendlicher
zwischen Schule und Beruf**
Prof. Dr. Birgit Reißig, DJI Halle
- **Körperzeiten – Körperpraxen.
Neue Herausforderungen der Adoleszenz**
Dr. Susanne Benzel/Prof. Dr. Vera King,
Goethe-Universität und Sigmund-Freud-Institut,
Frankfurt/M.

15.30 Uhr

Kaffeepause

16.00 Uhr

Zeit in Beziehungen

Moderation: Dr. Martina Heitkötter, DJI

- **Erwachsenwerden in multiplen Sozialräumen**
Prof. Dr. Heinz Hengst, Bremen
- **Familienzeiten – Peerzeiten:
Abgrenzung oder Ergänzung?**
Prof. Dr. Jutta Ecarius, Universität zu Köln
- **Lebensführung virtuell?
Die Auswirkungen der Social Media
auf die Alltagsgestaltung von Jugendlichen
und jungen Erwachsenen**
Prof. Dr. Alma Mira Demszky,
Universität Eszterhazy Karoly, Eger, Ungarn

18.00 Uhr

Ende – Abendimbiss

19.00 Uhr

Überraschungsprogramm

Praktische Informationen
und Anmeldeformular:
www.zeitpolitik.de/veranstaltungen

Samstag, 27. Oktober 2018

9.30 Uhr

Alltagszeiten, Alltagsrhythmen

Moderation: Prof. Dr. Christel Eckart, DGfZP

- **Der frühe Vogel bekommt die beste Note:
Diskussion zu Schulzeiten**
Dr. Giulia Zerbin, LMU München
- **Zeitliche Freiräume oder alles gleichzeitig?
Ein empirischer Blick in Lebensläufe
und Alltagspraxen junger Menschen**
Dr. Anne Berngruber/Dr. Nora Gaupp,
DJI München
- **„Ich stehe auf, sitze herum (...) und bleibe sitzen bis ich schlafe“.
Geflüchtete Jugendliche –
Warteschleifen in Unsicherheit**
Bernd Holthusen, DJI München

11.45 Uhr

Pause und Mittagsimbiss

12.45 Uhr

JugendZeitPolitik

Moderation Ursula Winklhofer, DJI

- **Alter als Fiktion – zur rechtlichen
Strukturierung jugendlicher Entwicklungs-
prozesse**
Prof. Dr. Ingo Richter, Berlin
- **Jugendpolitik auf dem zeitpolitischen Prüfstand**
Prof. Dr. Ulrich Mückenberger, DGfZP,
Universität Bremen

14.45 Uhr

Tagungsresümee

Moderation: Dr. Jürgen Rinderspacher,
Universität Münster, DGfZP

**Podium mit Jugendlichen aus
unterschiedlichen (Aus-) Bildungssystemen
und -phasen und VertreterInnen
der Jugendpolitik**

15.45 Uhr

Ende der Tagung

16.00 Uhr

Mitgliederversammlung der DGfZP



Foto: Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld

Prof. Dr Mechtild Oechsle-Grauvogel (20.2.1951-12.3.2018)

Im Frühjahr dieses Jahres ist die hochgeschätzte Freundin, Kollegin und Mitstreiterin Mechtild Oechsle-Grauvogel gestorben. Sie war kompetent in vielen Themen und hat diese zu verbinden verstanden als Geschlechter-, Zeit-, Lebenslauf- und Lebensführungsforscherin, vertieft eine Zeitlang auch als Jugend- und Bildungsforscherin. Die Zeit war ein Querschnittsthema ihrer Arbeiten und manchmal auch ganz explizit im Fokus. All dies ist glücklicherweise in wichtigen Publikationen nach wie vor zugänglich. (<http://www.uni-bielefeld.de/soz/personen/oechsle/publikationen.htm>)

Schon seit den 1980er-Jahren hat sie im Rahmen erst des Forschungsschwerpunktes „Reproduktionsrisiken, soziale Bewegungen und Sozialpolitik“, dann des legendären Sonderforschungsbereichs 186 der Universität Bremen zu „Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf“ ihr Profil gebildet. Nach weiteren Stationen in Gießen, Dortmund und Bochum war sie von 1994 bis 2014 Professorin für Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt Berufsorientierung und Arbeitswelt-/Geschlechterforschung an der Universität Bielefeld. An vielen Stellen hat Mechtild Türen geöffnet und zentrale Akzente gesetzt: So hat sie – um nur ein Beispiel zu nennen – die amerikanische Forscherin Arlie Russell Hochschild mit deren Buch „Keine Zeit. Wenn die Firma zum Zuhause wird und zu Hause nur Arbeit wartet“ in die deutsche Debatte eingeführt.

Ihre inhaltlichen Interessen waren oft begleitet durch ein starkes, nicht nur wissenschaftspolitisches Engagement für die Sache. So hat sie wesentlich zur Institutionalisierung der Geschlechterforschung beigetragen, aber auch zur Zeitforschung und -politik. Mechtild Oechsle hat die Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik viele Jahre begleitet, sie ist bereits im Jahr 2003, kurz nach deren Gründung, Mitglied geworden.

Eine besondere Freude – menschlich und intellektuell – war es mir, mit ihr 2008 gemeinsam das Buch „Das Private neu denken“ herauszugeben. Spätestens in diesem Zusammenhang – wir haben dieses Buch unter abenteuerlichen Bedingungen einer Imbalance von Beruf und privaten Sorgaufgaben geschrieben – kamen all ihre Qualitäten aufs Beste zum Vorschein: Sie war freundlich und gelassen, sie war klug und engagiert, sie war flexibel und beharrlich. Wie sehr könnten wir sie als Mensch, Mitstreiterin und Expertin in diesen beunruhigenden Zeiten gebrauchen, in denen so viel auf dem Spiel steht, für das sie sich immer eingesetzt hat. Gerade auch unsere Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik, die eine lebendige Demokratie als Grundvoraussetzung braucht, spürt ihren Verlust schmerzlich. Und uns allen, die sie persönlich kannten, fehlt sie in ihrer wunderbaren Menschlichkeit.

Karin Jurczyk

Who Is Who? Mitglieder der DGfZP stellen sich vor

Das Zeitpolitische Magazin möchte dazu beitragen, die persönliche Vernetzung und die inhaltliche Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern der DGfZP zu stärken. An dieser Stelle bieten wir daher die Gelegenheit für Personen und Institutionen, die Mitglied in der DGfZP sind, sich in Form von Kurzportraits den Leserinnen und Lesern vorzustellen.



Frauke Gützkow

Als Gewerkschafterin treibe ich das Thema „Zeit zu leben, Zeit zu arbeiten“ seit einigen Jahren mit meinen Kolleginnen und Kollegen in der Gewerkschaft

Erziehung und Wissenschaft (GEW) voran. In den aktuellen Projekten zur Organisationsentwicklung und zum Generationenwechsel in GEW-Gremien stellen wir immer wieder fest: die Frage, wie attraktiv das Engagement in unserer Gewerkschaft ist, hängt auch von verschiedenen Zeitfaktoren ab. Davon, wie wir die Arbeit organisieren und davon, ob die Kolleginnen und Kollegen sich Zeit für politisches Engagement nehmen können und wollen. Das setzt mehr Zeitsouveränität im Arbeitsalltag voraus – und Arbeit, das ist ja nicht nur die Erwerbsarbeit. Zu einem erfüllten Leben gehören alle Facetten von Zeit: Zeit für den Beruf bzw. für Aus-, Fort- und Wei-

terbildung, Zeit für die Familie und für Freundschaften, Zeit für sich selbst, Zeit für politisches Engagement.

Ich verantworte im Geschäftsführenden Vorstand der GEW die Frauenpolitik. Da ist es mir besonders wichtig, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in den größeren Kontext der Zeitsouveränität zu stellen. Wir rücken in den Blick, dass Fürsorge und Selbstsorge für Männer wie für Frauen Teil des gesellschaftlichen Lebens sind. Die traditionelle Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern aufzubrechen ist ein starkes Motiv, die Zeitdebatte zu führen. Ein Schlüssel dazu, mit dieser Debatte politisch wirksam zu werden ist, sie lebensverlaufsorientiert zu gestalten. Mit der Verschränkung von feministischer und gewerkschaftlicher Arbeitszeitpolitik sind wir in der Lage, die richtigen Fragen zu stellen – ob es sich um die Care-Debatte, die Arbeitszeit oder die Organisationsentwicklung handelt.

(Beschluss des Gewerkschaftstages 2017 der GEW „Zeit zu leben, Zeit zu arbeiten“ siehe S. 37).



Florian Baier

geb. 1972. Diplom-Sozialpädagoge, Promotion zum Thema „Soziale Arbeit in Schulen“. Seit 2008 Professor für das Themengebiet Jugendhilfe und

Schule am Institut Kinder- und Jugendhilfe der Hochschule für Soziale Arbeit der Fachhochschule Nordwestschweiz in Basel.

Im Rahmen meiner theoretischen und empirischen Arbeiten zur Sozialen Arbeit beschäftige ich mich auf unterschiedliche Weise seit vielen Jahren mit zeittheoretischen Fragen. Während ich in meiner Dissertation Zeitverwendungsmuster von Sozialarbeitenden im schulischen Kontext rekonstruiert habe, gehe ich aktuell der Frage nach, wie zeittheoretische

Zugänge weiter für die Theorie, Konzeption und Praxis der Kinder- und Jugendhilfe konkretisiert werden können. In Anlehnung an den in der Sozialen Arbeit umfangreich geführten Diskurs zur Sozialraumorientierung interessiert mich die Frage, ob eine Sozialzeitorientierung ähnlich umfangreiche Weiterentwicklungen in der Sozialen Arbeit ermöglichen könnte. Einige meiner Publikationen zur Schulsozialarbeit stehen auf www.schulsozialarbeit.ch gratis zum Download zur Verfügung.

Zudem bin ich seit einigen Jahren Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Soziale Arbeit SGSA und es freut mich sehr, dass unser diesjähriger internationaler Kongress in Lausanne den Titel trägt „Soziale Arbeit und Lebenslauf im Zeichen der Beschleunigung“ und damit die Zeitfrage in den Mittelpunkt der Diskussionen stellt.

(siehe die Ankündigung des Kongresses auf S. 35)

Veranstaltungen und Projekte

Ankündigungen

130 Jahre
Urania
 NEUES WISSEN ERLEBEN

gefördert durch



LOTTO
STIFTUNG
BERLIN



Rätsel Zeit

Veranstaltungsreihe anlässlich des 130-jährigen Bestehens der Urania Berlin

Zeit hat viele Aspekte und Dimensionen und der Satz des Augustinus: „Was also ist ‚Zeit‘? Wenn mich niemand danach fragt, weiß ich es; will ich es einem Fragenden erklären, weiß ich es nicht“, ist immer noch aktuell. In der Kooperation zwischen Urania und Deutscher Gesellschaft für Zeitpolitik wird das „Rätsel Zeit“ in seiner Vielschichtigkeit durch Expertinnen und Experten vorgestellt.

Eintritt frei

Reihe: Rätsel Zeit – Terminübersicht

- | | |
|--|--|
| <p>02.03.2018, 19.30 Uhr
 Wie die Zeit in die Welt kommt
 Prof. Dr. Klaus Kiefer,
 Institut f. Theoretische Physik,
 Universität Köln</p> <p>09.03.2018, 19.30 Uhr
 Der Rhythmus der Stadt
 Prof. em. Dr. Dietrich Henckel,
 TU Berlin, FG Stadt- und Regionalökonomie</p> <p>27.03.2018, 15.30 Uhr
 Uhrschlag und moderne Zeitorganisation
 Prof. em. Dr. Gerhard Dohrn-van Rossum, Professor f. Geschichte des Mittelalters, TU Chemnitz</p> <p>06.04.2018, 19.30 Uhr
 Was Sie schon immer über Raum und Zeit wissen wollten
 Prof. em. Dr. Rainer Schimming,
 Universität Greifswald & Leibniz-Sozietät, Berlin</p> <p>16.05.2018, 19.30 Uhr
 Zeit als Lebenskunst
 Olaf Georg Klein,
 Coach und Personal Trainer, Berlin</p> <p>31.05.2018, 19.30 Uhr
 Das Ich und seine Zeit: Wie die Zeit in das Gehirn kommt
 Dr. Marc Wittmann,
 Institut für Grenzgebiete der Psychologie und Psychohygiene, Freiburg</p> <p>05.06.2018, 19.30 Uhr
 Die biologische Uhr des Menschen – von Eulen und Lerchen
 Prof. Dr. Achim Kramer,
 Labor f. Chronobiologie, Charité Universitätsmedizin Berlin</p> | <p>22.06.2018, 19.30 Uhr
 Wie aber verändert sich die Zeit? Beschleunigungserfahrungen im Schnittpunkt von Physik, Philosophie, Soziologie und Psychologie.
 Prof. Dr. Hartmut Rosa,
 Inst. f. Soziologie, Universität Jena</p> <p>17.09.2018, 17.30 Uhr
 Vom Schattenstab zur Atomuhr – zur Geschichte der Zeitmessung
 Prof. Dr. Dieter B. Herrmann,
 Direktor i.R. der Archenhold Sternwarte & des Zeiss-Großplanetariums</p> <p>17.09.2018, 19.30 Uhr
 Zeitwohlstand – gewonnene Zeit für das gute Leben
 Dr. Jürgen P. Rinderspacher,
 Dipl. Pol., Institut für Ethik und angrenzende Sozialwissenschaften, Universität Münster</p> <p>18.09.2018, 19.30 Uhr
 Ticken wir noch richtig? Zeit-Geschichte und Zeit-gemäßer Umgang
 Prof. em. Dr. Karl-Heinz Geißler & Jonas Geißler,
 Institut f. Zeitberatung timesandmore, München</p> <p>02.10.2018, 19.30 Uhr
 Zeit der Frauen – Zeit der Sorge – Zeit der Menschen
 Prof. Dr. Cornelia Klinger,
 Philosophisches Seminar, Universität Tübingen & IWM, Wien</p> <p>18.10.2018, 19.30 Uhr
 Zeiten lebenswerter machen! Zeitpolitik – das Einfache, das schwer zu machen ist
 Dr. Karin Jurczyk,
 DJI München & Prof. Dr. Ulrich Mückenberger,
 Zentrum für Europäische Rechtspolitik, Universität Bermen</p> |
|--|--|

Veranstaltungsort:
 Urania Berlin e.V.
 An der Urania 17, 10787 Berlin

www.facebook.com/UraniaBerlineV
www.twitter.com/UraniaBerlin
www.instagram.com/uraniaberlin
 Alle Termine: www.uraniam.de

Änderung der Sommerzeit?

Die Europäische Kommission führt eine Befragung zu den Regelungen der Sommerzeit durch. Als Bürger Europas können Sie noch bis zum 18. August 2018 abstimmen: https://ec.europa.eu/info/consultations/2018-summertime-arrangements_en

Soziale Arbeit und Lebenslauf im Zeichen der Beschleunigung.

Kongress der Schweizerischen Gesellschaft für Soziale Arbeit (SGSA/SSTS)

12. 09. – 13. 09. 2018 in Lausanne

„Der 4. Internationale Kongress der Schweizerischen Gesellschaft für Soziale Arbeit (SGSA/SSTS) widmet sich den Veränderungen der Sozialen Arbeit in einer Gesellschaft, die in Verbindung mit dem entfesselten Wettbewerb charakteristisch für den zeitgenössischen Kapitalismus von der sozialen und technischen Beschleunigung gezeichnet ist.

Lebensverläufe werden durch die Unsicherheiten der sozialen und politischen Institutionen, der familiären Beziehungen und der Arbeit zunehmend verwundbar; gleichzeitig intensiviert die wachsende Ungleichheit die Lebensrhythmen der Erwerbstätigen, aber auch die Erwerbslosigkeit jener Personen, die vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind.

In einem derartigen Kontext stehen Menschen und Institutionen unter dem Einfluss einer steigenden Zahl von Knotenpunkten, Übergängen und kritischen Lebenssituationen und -ereignissen, die, wie es scheint, in immer dichter werdenden Zeiträumen erfahren werden.

Wie wandelt sich die Soziale Arbeit angesichts dieser Veränderungen? Wie entwickeln sich die sozialen Probleme? Wie und mit welchen Folgen für die Betroffenen verändern sich die zur Lösung eingesetzten Techniken (und Technologien)?“

<https://ssts2018.hes-so.ch/de/soziale-arbeit-lebenslauf-zeichen-beschleunigung-10702.html>

Eine Frage der Verantwortung. Zeitfaktoren in Politik und Medien

Symposium des Vereins zur Verzögerung der Zeit

20. 09.- 23. 09. 2018 in Wagrain/Österreich

Das Symposium wird sich in diesem Jahr mit Eigenzeiten und Zeitlogiken in Politik und Medien befassen: „Vorschnelle oder impulsive Aussagen erregen ebenso Unmut wie zu langes Schweigen oder partielles Vorenthalten von Informationen. ‚Ein Teil dieser Antworten würde die Bevölkerung verunsichern‘, Thomas de Maizières im November 2015. Womit werden nicht vorhandene Inhalte ersetzt, um der Taktung gerecht zu werden und inwieweit gestalten diese Zeitfaktoren unsere Realität? Wohin führen die Beschleunigung in der Berichterstattung, die knappe Zeit für Recherchen gepaart mit Exklusivitätszwang? Was sagen Politiker/innen, wenn sie keine Antwort haben, aber eine geben müssen? Wie viel Zeit räumen wir Politiker/innen für ihre Meinungsbildung ein? Ist politisches Kabarett besser geeignet, komplexe Sachverhalte zu erklären und damit mehr zur politischen Bildung beizutragen als Nachrichtensendungen und Zeitungen? Mit welchen unauflösbaren Widersprüchen müssen wir uns als Medienkonsument/innen und Wähler/innen arrangieren?“

<http://www.zeitverein.com/symposium/>

„Individuell, flexibel und digital – Arbeitszeit 4.0 in Wissenschaft und Praxis“

6. Symposium der Arbeitszeitgesellschaft

04.10. – 05.10. 2018 in Dortmund

Das Symposium wird sich mit dem mit den Chancen und Risiken selbstgewählter, individueller Arbeitszeiten und digitaler Arbeitszeitplanung auseinandersetzen. Das Thema „Moderne Arbeitszeitmodelle - Zwischen autonomer Zeitplanung, Planungssicherheit und Flexibilität“ und weitere Arbeitszeitthemen, u. a. Gesundheit und Arbeitszeit, Arbeitszeit und Unfallrisiko, Zeitkonflikte und Entgrenzung der Arbeitszeit, werden zur Diskussion stehen.

<http://arbeitszeitgesellschaft.wildapricot.org/event-2795435>

The 40th IATUR conference on time use research

24-26 October 2018 in Budapest, Hungary

The International Association for Time Use Research (IATUR vzw) facilitates exchange of ideas, methodology, and data collection techniques among researchers and compilers of official statistics regarding daily activity patterns and changes in people's behaviour over time.

<https://www.iatur.org/events/detail/93a077ae-434b-4c8a-80e2-557e62194135>

Projekte

„Herausfordernde Zeiten – Methodologien und methodische Ansätze zur qualitativen Erforschung von Zeit“

Call for Papers für eine FQS-Schwerpunktausgabe

Geplant ist eine Schwerpunktausgabe des FORUM: QUALITATIVE SOZIALFORSCHUNG (FQS) mit Beiträgen zu qualitativer Zeitforschung. Diverse Ansätze sollen auf der Ebene methodisch-methodologischer Fragen qualitativer Zeitforschung zusammengeführt werden. Berichte aus der Forschungspraxis, die methodische und methodologische Fragen zum Thema Zeit und ihrem Umgang reflektieren, können bis zum 1. Oktober 2018 eingereicht werden.

Das Themenheft knüpft an das DFG-geförderte wissenschaftliche Netzwerk „Jung sein – älter werden: Zeitlichkeiten im Wandel an“ an (vgl. ZpM 29/2016). Die Schwerpunktausgabe soll 2020 erscheinen und auf einer Abschlusstagung diskutiert werden.

<https://lists.fu-berlin.de/pipermail/fqs-d/attachments/20180610/66712afd/attachment.pdf>

VÖW-AG:

Sozial-Ökologische Arbeits- und Zeitforschung

Der Arbeitskreis „Sozial-Ökologische Arbeits- und Zeitforschung“, der sich unter dem Dach der Vereinigung für Ökologische Wirtschaftsforschung (VÖW) 2017 neu gegründet hat, ist eine Gruppe kritischer Wissenschaftler*innen, Aktivist*innen und Praktiker*innen unterschiedlicher Hintergründe, die ein gemeinsames Interesse an der interdisziplinären Erforschung von Arbeit und Zeit im Kontext einer sozial-ökologischen gesellschaftlichen Transformation haben.

Neben der Erforschung sozial-ökologischer Fragen und Zusammenhänge in Bezug auf Arbeit und Zeit verbindet die Mitglieder der Anspruch, u.a. für die nötige sozial-ökologische Transformation aktiv in die Gesellschaft einzuwirken, Debatten kritisch zu beeinflussen, verschiedene Diskurse zusammenzubringen, an öffentlicher Bewusstseinsbildung mitzuwirken, Anforderungen an Politik zu formulieren sowie gesellschaftliche Bündnisse zu ermöglichen. Treffen der AG, die zwei- bis dreimal im Jahr (aktuell im IÖW in Berlin) stattfinden, ermöglichen einen Austausch zwischen Nachhaltigkeits- und Arbeitswissenschaftler*innen sowie umwelt- und arbeitspolitischen Praktiker*innen.

Der Arbeitskreis hat sich mit einem Beitrag zu sozial-ökologischer Arbeitspolitik am Agendaprozess der sozial-ökologischen Forschung des BMBF beteiligt.

Interessierte Mitstreiter*innen sind willkommen.

Die Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung (VÖW) ist ein gemeinnütziger Verein und beschäftigt sich mit Fragestellungen einer nachhaltigen Entwicklung und ihrer praktischen Umsetzung.

<https://www.voew.de / info@voew.de>



Berliner Nachtungen

Interdisziplinäre Vortragsreihe zur Nacht

The „Berliner Nachtungen“ is an interdisciplinary seminar series about the night, that takes place during the night. The talks are generally given by either an academic or a representative of nighttime industry (e.g. lighting designers, hospitals, local governments). It was co-founded* by Andreas Jechow, Christopher Kyba, Dietrich Henckel, Franz Hölker, Josiane Meier, and Sibylle Schroer. The talks take place at a variety of locations in Berlin, are usually about 30 minutes in length, and are conducted in either German or English, with a bilingual discussion afterwards. (* name order is alphabetical, all contributions were equal.)

<http://userpage.fu-berlin.de/~kyba/Nachtung.html>

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissen (GEW) hat auf ihrem Gewerkschaftstag 2017 u. a. den folgenden zeitpolitischen Beschluss Nr. 1.9 gefasst:

„Zeit zu leben, Zeit zu arbeiten“

Zeit, Arbeitszeit, Lebenszeit – diese Themen stehen bei allen Gewerkschaften auf der Tagesordnung. Die Zeitbedürfnisse und Lebensentwürfe der Beschäftigten und Menschen in Aus-, Fort- und Weiterbildung müssen wieder eine zentrale Rolle spielen. Es geht um nichts weniger als eine neue Arbeitszeitkultur und darum, das gesamte Leben in den Blick zu nehmen. Das heißt, unter anderem die Debatte um Sorgearbeit mit der Debatte um Arbeitszeit zu verbinden. Kollektive Arbeitszeitverkürzungen wie in den 1980er Jahren werden den vielfältigen Lebensweisen der Beschäftigten und der zunehmenden Flexibilisierung der Arbeitswelt nicht mehr gerecht. Die Gewerkschaften stehen beim Thema Zeit vor neuen Herausforderungen. Die GEW setzt sich für mehr Zeitsouveränität im Arbeitsalltag ein. Dabei geht es um alle Facetten von Zeit: Zeit für den Beruf, Zeit für Aus-, Fort- und Weiterbildung, Zeit für die Familie und für Freundschaften, Zeit für sich selbst, Zeit für politisches Engagement. Ein solches Verständnis von Zeit zielt auf die partnerschaftliche Gestaltung von Aus-, Fort- und Weiterbildung, Erwerbs-, Sorge- sowie politischer Arbeit und geht über die Vereinbarkeit von Beruf und Familie hinaus.

Die GEW wird deshalb einen Diskussionsprozess initiieren, der alle Facetten des Themas Zeit einbezieht und der Positionsfindung dient. Im Fokus steht die gesellschaftliche Umverteilung von Zeit mit dem Ziel,

- Fürsorge und Selbstsorge zum Teil des gesellschaftlichen Lebens zu machen, auch für Männer, und damit die traditionelle Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern aufzubrechen,
- Raum zu schaffen für eine je nach Lebenslage unterschiedliche Gewichtung von Erwerbsarbeit, Aus-, Fort- und Weiterbildung, Fürsorge, Selbstsorge und gesellschaftspolitischem Engagement, ohne die finanzielle Unabhängigkeit sowohl im Einkommen als auch in der sozialen Absicherung zu gefährden,

- politisches Engagement zu stärken. Denn jeder sollte die Möglichkeit haben sich einzumischen, ob innerhalb der GEW oder anderswo.

Die GEW setzt sich für eine lebensverlaufsorientierte gewerkschaftliche Zeitpolitik mit dem Ziel einer „kurzen Vollzeit“ für alle ein. Sie macht Zeitsouveränität und damit Zeit für den Beruf, Zeit für die Familie und für Freundschaften, Zeit für sich selbst, Zeit für politisches Engagement zum Gegenstand ihrer Zeitpolitik. Die GEW setzt sich gegenüber den Arbeitgeber_innen und Aus-, Fort- und Weiterbildungsträgern in Bildung, Erziehung und Wissenschaft für Erwerbsarbeitszeitverkürzung und Zeitsouveränität und für eine lebensphasenorientierte Arbeitszeitgestaltung ein. Das erfordert eine kollektivrechtlich abgesicherte betriebliche Arbeitszeitkultur und den Ausbau der individuellen Rechte von Beschäftigten. Die GEW diskutiert Wahlarbeitszeitmodelle, die Zielsetzungen und Rahmenbedingungen regeln, aber keine detaillierten Vorgaben für konkrete betriebliche Arbeitszeitkonzepte machen. Es geht um flexible Lösungen, die gleichzeitig vorhersehbar, planbar, verlässlich und rechtssicher sein müssen und die Mitbestimmungsrechte der betrieblichen Interessenvertretungen sowie die Rechte der Gleichstellungsbeauftragten stärken. Die GEW positioniert sich zu den laufenden Debatten um gesetzliche Vorhaben: Die GEW macht sich für das Recht auf befristete Teilzeit stark, mit dem Recht, die Arbeitszeit wieder aufstocken zu können. Die GEW unterstützt das Konzept der Familienarbeitszeit, das Eltern jüngerer Kinder bei der partnerschaftlichen Aufteilung der Zeit für Beruf und Familie unterstützen soll. Die GEW führt Debatten über eine Weiterentwicklung des Elterngeldgesetzes. Die GEW setzt sich für flexible Aus-, Fort-, Weiterbildungsmodelle ein, die auch in Teilzeit absolviert werden können.“

<https://www.gew.de/28-gewerkschaftstag/beschluesse/>



The Social Life of Time: Power, Discrimination and Transformation

The 1st Temporal Belongings International Conference

05. – 07. 06. 2018 – Edinburgh, Scotland

Tagungsbericht von Maria Faust and Filip Vostal: A matter of agency: Reflections on the 'Social Life of Time' Conference

From 5th to 7th June 2018 the *Temporal Belongings Network* in collaboration with the *Waiting Times* project, led by Lisa Baraitser and Laura Salisbury and funded by the Wellcome Trust, brought scholars from across the globe together for this conference. Conceptualized as a kick-off conference for future ones to follow, the presentations targeted an inter-disciplinary audience with a clear feminist, progressive, critical and modernist approach of social time. Scholars from the arts, humanities, social sciences and healthcare took the chance to discuss current streams of thought in social time and actively took the chance to participate in open sessions. According to Michelle Bastian, head organizer, *"the Temporal Belongings network has run a range of workshops and public events focused on the social role of time since 2011. At every event, participants have commented that they often feel isolated in their home departments or institutions, and without close colleagues working on time. By 2015 the network had grown to over 500 members and the logical next step was to launch a conference series that would bring together researchers working on critical approaches to time and society in order to share new research, best practice and build stronger networks across disciplinary boundaries. There are already a range of regular conferences on time including those run by the International Society for the Study of Time, the Time Perspective Network and the International Association for the Philosophy of Time, however our focus is on what has been called 'critical time studies', that is a particular attention to the social role of time in power, discrimination and transformation."*

Four keynotes set the agenda along the three full working days: Prof. Charles W. Mills from City University of New York Graduate Center discussed the notion of racial time, highlighting the importance of European expansionism as key force for temporal racialization. Ass. Prof. Paul Huebener (Athabasca University), followed a similar stream, arguing that stories i.e. narratives create specific cultural times with unequal configurations of power. Moreover, he went beyond the obvious and suggested a critical literacy of temporal imagination with a collection of tools for analytical reading. Jackie Summell, a multidisciplinary artist

and activist, from the U.S., eventually followed up on racial discrimination addressing the time in solitary confinement. Prof. Judy Wajcman, Stanford Fellow and Full professor at the London School of Economics and Political Science, spoke of her recent research project on time in Silicon Valley and Google's 'Timeful'. Laura Salisbury credited the speech of the technofeminist as a way to *"shake time in order to produce the conditions of justice"*. Numerous other parallel sessions followed (see full programme at: <http://www.temporalbelongings.org/programme.html>), with en vogue topics such as critical social time and (digital) media as was a main issue in 'Das Zeitpolitische Magazin' in December 2014, Vol. 25. The topics covered at SLoT were highly intriguing implying that in a next step, Michelle Bastian reflects on behalf of the organization team, *"the conference team will be working on developing publications including an edited collection. Our key interest will be in sharing research that exemplifies work in the emerging field of critical time studies, including responses to questions such as: Who belongs in particular accounts of time, and who is excluded? What are the effects and affects of various social understandings of temporality? What are the politics of time? How are power and legitimacy operationalized through temporal frameworks? What might it mean to transform dominant conceptions of time? Interdisciplinarity and global perspectives are central to this since, as I noted at the conference, time as no disciplinary hold-fast. A critical time studies can't just be multi-disciplinary, but needs to foster discussions that actively bring together insights from multiple disciplines and put these synthesized accounts to work. A critical times studies also can't be conducted at the level of abstract concepts, since it is in the details of specific social configurations that the unequal contestations between multiple temporalities are made apparent. Global perspectives are essential to this, since what better antidote is there to the mythos of a universal time than detailed and attentive accounts of time in the vernacular."*

At the end of a larger academic conference it is always difficult to come up with some final and, as it were, definitive word – especially after an avalanche of so many intriguing

papers and discussions. One thing that was certain was that there is an incredible number of scholars, and not only from social sciences and humanities, who work on time-related issues, and often in sympathetically cross-disciplinary fashion. It seems that the *ISST (International Society for the Study of Time)* conference which has been the traditional gathering and platform for scholars interested in time has a promising new sibling: the Temporal Belongings conference. Indeed time, given its complexity and ephemerality, is inconspicuous attendant to everything that is human, social, natural and indeed non-human. In this sense time is a tricky theme for analytical scrutiny as it often might slip into a notional 'badge' that can be attached to almost any matter of social inquiry. SLoT has shown that this is not the case. Time is a self-standing variable, with a strong explanatory potential in social scientific analysis. Yet still, and this might be one of the beauties of studying time, the question 'what is time?' kept looming in the conference venue in Edinburgh. Ever since St. Augustine's famous statement (What then is time? If no one asks me I know what it is. If I wish to explain it to him who asks, I don't know.), we think that we haven't found a better definition than he did. But ok – what is then temporality? And what is the exact difference between the two? In modern imagination, time often equals clock-time; modern individuals are uncompromisingly socialized by clock-time regime from, literally, 'day one' – which is clock-time related figure: date of birth. At the same time, clock-time remains a hegemonic instrument of capitalism; those who control, own and set clock-time are those in and with power. Can we, however, imagine a different kind of time? A time that would be a-chronologically approximating Kairos? Alternative types of time or time-spaces, or to use Barbara Adam's terminology 'timescapes', are difficult to imagine, not to mention bringing them to life. Of course there are exceptions-in-making – such as time that is de-growth movement, or time that would accompany an introduction of the universal basic income – but a solid counter-hegemonic time is not yet on the horizon. Yet given the socio-economic and environmental unsustainability of the present capitalism, different time(s) would have to come to life, with human and social life to be preserved. Time that is just, egalitarian – but, again, how shall we conceive

it in a more practical sense? Also, one of the important questions of our historical conjuncture is – what is a good and meaningful way of spending time? Would some form of temporal autonomy automatically secure meaningful human pursuits? We don't have answers to these questions (yet), but it does not mean that we should cease to seek them. And not only that – SLoT has perfectly demonstrated that by examining time from the plenitude of perspectives and angles, we as human and social scientists also work on asking new and relevant questions about pressing issues of our times.

Finally, it remains to conclude from a more practical angle: So far, the Temporal Belongings Network has planned the 2nd Temporal Belongings International Conference in Oslo in 2020. The network is partnering with 'Lifetimes: A natural history of the present' which is based in the Department of Culture Studies and Oriental Languages at the University of Oslo and led by Professor Helge Jordheim, who chaired sessions on colonizing regimes of time, emergent lifetimes and was an invited contributor to the concluding panel discussion at the first conference of the network. According to Michelle Bastian, the network "also supports collaborations with wider networks of experts, professionals and activists working within communities, where we are interested in finding ways to make temporal issues more explicit so that they can be debated, challenged and transformed by the communities they affect." Besides the Oslo conference, a new research project is under way that will "develop participatory methods for communities to highlight time". Thus, the Temporal Belongings Network not only runs a website with posts on future events and call for papers (see <http://www.temporalbelongings.org/>) but also a mailing list – so feel free to join and keep up to date!

Maria Faust M.A., University of Leipzig, Institute for Communication and Media Studies, Department for Empirical Communication and Media Research, Burgstrasse 21, 04109 Leipzig, Germany, maria.faust@uni-leipzig.de

Filip Vostal PhD, Czech Academy of Sciences, Institute of Philosophy, Centre for Science, Technology, and Society Studies, Jilská 1, 110 00 Praha 1, Czech Republic, vostal@flu.cas.cz

Neue Literatur

Bitte senden Sie Informationen über Ihre Veröffentlichungen an elke-grosser@t-online.de

Veröffentlichungen von DGfZP-Mitgliedern



Michael Görtler

Politische Bildung und Zeit

Eine didaktische Untersuchung zur Bedeutung von Zeit für die politische Bildung

2016

Wiesbaden: Springer VS

Michael Görtler richtet in dieser Untersuchung den Fokus auf die Bedeutung von Zeit für die politische Bildung, da die Zeitlichkeit politischer Bildungsprozesse und demokratischer Politik in der Didaktik der politischen Bildung bisher kaum beachtet wurde. Der Autor verkleinert diese Lücke, erweitert den Fachdiskurs und gibt praktische Impulse für die politische Bildungsarbeit. Im Mittelpunkt steht die Frage nach dem expliziten wie impliziten Sichtbarwerden der

Zeit in Ansätzen der Didaktik der politischen Bildung und der Bildungs- und Sozialwissenschaften. Dabei wird auch geprüft, welche didaktischen Herausforderungen in Bezug auf die Ziele, Inhalte und die Gestaltung von Lehr- und Lernprozessen auf der Subjekt- und Objektseite sowie in der Vermittlung zwischen beiden Seiten beachtet werden müssen. (Verlagstext)

Svenja Pfahl, Laura Rauschnick, Stefan Reuyß, Jürgen P. Rinderspacher

Kinderbetreuung über Nacht

2018

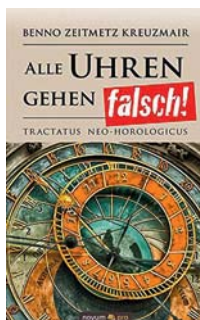
Düsseldorf: Reihe: Study der Hans-Böckler-Stiftung, Nr. 382.

Nur online: <https://www.boeckler.de/5248.htm?produkt=HBS-006836&chunk=1&jahr=>

Kritische Bestandsaufnahme einer institutionellen Kinderbetreuung rund um die Uhr aus der Sicht von Beschäftigten, Kindern, pädagogischen Fachkräften und betrieblichen Akteuren.

Welche Vor- und Nachteile haben erweiterte Betreuungszeiten in Kitas aus der Perspektive von Beschäftigten und ihren Kindern? Im Fokus stehen die Wünsche, Bedarfe und Erfahrungen von Eltern und Kindern, die bereits Erfahrungen mit erweiterter Kinderbetreuung gesammelt haben.

Die Studie gibt einen Überblick über Qualitätsanforderungen und zeigt unterschiedliche Realisierungsformen. Zusätzlich wird skizziert, welche Voraussetzungen aus Sicht der pädagogischen Fachkräfte in den Kitas gegeben sein müssen, um das Kindeswohl bei erweiterten Betreuungszeiten zu gewährleisten. Ziel ist die Abschätzung der familialen, betrieblichen und gesellschaftlichen Folgen als Grundlage für die öffentlich geführte Debatte um Arbeits- und Betreuungszeiten. (Verlagstext)



Benno Zeitmetz Kreuzmair

Alle Uhren gehen falsch!: tractatus neo-horologicus

2018

novum Verlag



Karlheinz A. Geißler u. a. (Hrsg.)

Gute Gesellschaft braucht Zeit.

Zeitpolitik für Bayern

2017

München : Friedrich Ebert Stiftung

Online: <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/bayern/13532.pdf>

Mit der Projektlinie „Gute Gesellschaft braucht Zeit. Zeitpolitik für Bayern“ will das BayernForum der Friedrich-Ebert-Stiftung einen Beitrag zur Diskussion um zeitpolitische Fragestellungen in Bayern und darüber hinaus leisten. Sie soll dazu beitragen, eine moderne Zeitpolitik als breite gesellschaftliche Querschnittsaufgabe im öffentlichen und

politischen Diskurs zu etablieren. Unter dem Aspekt der Zeitgerechtigkeit liegt uns besonders daran, die Auswirkungen auf benachteiligte Gruppen in den Blick zu nehmen. Besonders diskussionswürdig erscheint uns daher, Zeit als Faktor für Geschlechtergerechtigkeit, Selbstbestimmung und Teilhabe an der Gesellschaft zu thematisieren. (Verlagstext)

Beiträge von DGfZP-Mitgliedern in Sammelbänden und Zeitschriften

Martin Held (2017):

Ökonomik der Nacht. Timescapes, Chronotope und künstliche Beleuchtung.

In: Besecke, A. u. a. (Hg.): Stadtökonomie – Blickwinkel und Perspektiven. Berlin: Universitätsverlag TU Berlin, S. 177-179.

Ludwig Heuwinkel (2016):

Rezension: Truls Wyller: Was ist Zeit.

In: der blaue reiter. Journal für Philosophie. Ausgabe 40. 2/2016. S. 107.

Ludwig Heuwinkel (2017):

Die Vielfalt von Zeitaspekten in Wissenschaft und Gesellschaft in aktuellen Neuerscheinungen.

In: Sozialwissenschaftliche Literaturreisundschau (SLR) 75, 40. Jg., H. 2/17, S. 5 - 43.

Albert Mayr (2017):

Öffnungszeiten in ästhetischer und zeitgeografischer Betrachtung.

In: Besecke, A. u. a. (Hg.): Stadtökonomie - Blickwinkel und Perspektiven. Berlin: Universitätsverlag TU Berlin, S. 190-193.

Jürgen P. Rinderspacher (2017):

Arbeitszeiten und die Nullwachstumsgesellschaft – Möglichkeiten und Grenzen.

In: Diefenbacher H., Held B., Rodenhäuser D. (Hg.) Ende des Wachstums - Arbeit ohne Ende? Arbeiten in der Postwachstumsgesellschaft. Marburg: Metropolis, S. 69-100.

Jürgen P. Rinderspacher (2017):

Urbane Zeitkulturen – Die Vielfalt ist mitten unter uns. Plädoyer für eine dialogische Zeitpolitik.

In: Besecke, A. u. a. (Hg.) Stadtökonomie - Blickwinkel und Perspektiven. Berlin: Universitätsverlag TU Berlin, S. 194-199.

Ulrich, Mückenberger (2017):

Kommunale Zeitpolitik im föderalen Mehr-Ebenen-System.

In: Besecke, A. u. a. (Hg.): Stadtökonomie - Blickwinkel und Perspektiven. Berlin: Universitätsverlag TU Berlin, S.184-186.

Helga Zeiher (2018):

Kindheit und Stadträume – Wandel in den letzten Jahrzehnten.

In: Informationen zur Stadtentwicklung, Heft 2/2018, S. 28-39.

Helga Zeiher (2017):

Raum und Zeit, Orte und Leben.

In: Besecke, A. u. a. (Hg.) Stadtökonomie - Blickwinkel und Perspektiven. Berlin: Universitätsverlag TU Berlin, S. 274-176.

Neu im Internet

Dietrich Henckel:

Blog Unsichtbare Stadt

<http://unsichtbare-stadt.de/>

Elke Großer (2018):

Wie verändert die Digitalisierung unsere Zeit?

Blog Postwachstum

<https://www.postwachstum.de/wie-veraendert-die-digitalisierung-unsere-zeit-20180405>

Elke Großer (2018): **Wie nachhaltig ist Nachhaltigkeit?**

Rezension: Sighard, Neckel et al.: Die Gesellschaft der Nachhaltigkeit

Blog Postwachstum

<https://www.postwachstum.de/wie-nachhaltig-ist-nachhaltigkeit-20180705>

Karin Jurczyk im Interview mit Agata Klaus (2017):

Kulturen verändern sich schwerer als Strukturen

<https://www.koerber-stiftung.de/themen/neue-lebensarbeitszeit/beitraege-2017/interview-mit-karin-jurczyk>

Statistisches Bundesamt (2017):

Wie die Zeit vergeht. Analysen zur Zeitverwendung in Deutschland.

Beiträge zur Ergebniskonferenz der Zeitverwendungserhebung 2012/2013 am 5./6. Oktober 2016 in Wiesbaden.

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/EinkommenKonsumLebensbedingungen/Zeitbudgeterhebung/TagungsbandWieDieZeitVergeht5639103169004.pdf?__blob=publicationFile

Stefan Boes (2018):

<https://echtzeitblog.com/vertrauensurlaub-diesefirmenzaehlenkeineurlaubstagemehr/>

Empfehlenswerte Neuerscheinungen anderer Autoren



Konrad Paul Liessmann (Hrsg.)

Mut zur Faulheit

Die Arbeit und ihr Schicksal

(Philosophicum Lech)

2018

Wien: Paul Zsolnay Verlag 2018

Rezension: Beim 21. Philosophicum 2017 in Lech am Arlberg haben sich Philosophen und Vertreter benachbarter Wissenschaften mit dem Thema „Mut zur Faulheit. Die Arbeit und ihr Schicksal“ auseinandergesetzt, woraus

dieser hier vorgestellte Tagungsband entstanden ist. Die Formulierung „Mut zur Faulheit“ enthalte keineswegs einen Widerspruch in sich. Denn entgegen der Auffassung, Mut sei nicht mit Faulheit vereinbar, weil „Mut“ Aktivität und Entschlossenheit voraussetze, Faulheit dagegen mit dumpfer Passivität und Willensschwäche konnotiert sei, solle die Formulierung zum Ausdruck bringen, dass es eines besonderen Muts bedürfe, um Faulheit und Muße in der heutigen Gesellschaft rechtfertigen und praktizieren zu können. Das Tagungsthema impliziert, so Paul Liessmann, noch eine weitere These: Fast reflexartig bestimmen wir Faulheit als Gegensatz zur Arbeit.

Beide Begriffe werden in den Beiträgen differenziert: Arbeit wird in mehreren Beiträgen in die von Aristoteles präferierte *vita contemplativa* und die von

Hannah Arendt analysierte *vita activa* unterschieden, wobei Hannah Arendt bekanntlich die *vita activa* noch in die drei Tätigkeitsformen Arbeiten, Herstellen, Handeln/Sprechen unterteilt. Passive und aktive Faulheit werden unterschieden. Erstere wird mit einem Dahinsiechen in passiver Trägheit gleichgesetzt, sei daher reines Teufelszeug (literarisches Beispiel: Iwan Gontscharow: Oblomow, 1859). Aktive Faulheit beziehe sich dagegen auf die Möglichkeit zur Reproduktion und Rekreation individueller Kräfte (Karl Marx: Theorien über den Mehrwert, MEW 26.3) und werde in der Gegenwart zunehmend als aktives Mittel zur Selbstoptimierung betrachtet.

Der Begriff Faulheit wird wiederholt mit dem Begriff Muße verbunden, wobei Muße im Gegensatz zur Faulheit von den Autoren überwiegend positiv

bewertet wird, was auch an deren Suche nach Mußebedingungen in der durch Beschleunigung und Zeitknappheit geprägten Moderne deutlich wird. Müßiggang und Müßiggänger seien dagegen wiederum negativ konnotiert, nicht zuletzt infolge der (von Max Weber be-

schriebenen) protestantischen Ethik.

Ein Fazit aus den inspirierenden Beiträgen lautet: Faulheit und Muße, als Intervall zwischen Arbeit und der - weitgehend ökonomisierten - Freizeit generieren eine andere Zeitstruktur als die vorherrschende ökonomische Taktung.

Auch wenn die Plädoyers für Muße und Faulheit überwiegend eher verhalten ausfallen, wird doch betont, dass durch sie die Zeit gedehnt und ein Stück Freiheit erfahrbar werde.

Ludwig Heuwinkel



Thomas Vašek

Zeit leben

So verstehen und nutzen wir
den Takt der Welt

2018

München: Gräfe und Unzer Verlag

Rezension: Thomas Vašek, Chefredakteur des Philosophie-Magazins „Hohe Luft“, legt hier eine Mischung aus philosophischen Überlegungen und praktischen Ratschlägen zum Umgang mit Zeit vor. Die philosophischen Reflexionen im ersten Teil des Buchs konzentrieren sich auf theoretische und wissenschaftliche Aspekte und die folgenden bieten praxisnahe Überlegungen und Empfehlungen zur Gewinnung von Eigenzeit in Gegenüberstellung zu Fremdzeit. Das Buch ist ein Ratgeber, den der Verlag als „Lebenshilfe“ bewirbt.

Ausgangspunkt für die zeitphilosophischen Überlegungen ist das weit verbreitete Gefühl der Zeitknappheit. Vašek erklärt die trotz mehr frei verfügbarer Zeit empfundene Zeitknappheit damit, dass wir in einer Multioptions-

gesellschaft mehr in der Zeit tun wollen als uns Zeit zur Verfügung steht. Ein zentrales Problem der nur begrenzten Zeitressourcen sei, dass ausreichend Zeit für ethische Überlegungen fehle. Denn die Optionsvielfalt hindere daran, uns auf wenige Dinge zu fokussieren, die eigenen Wertsetzungen entsprechen. Andererseits könne Zeitknappheit aber auch die Produktivität steigern, wenn etwa durch Termine und Fristen – Vasek bezieht sich hier auf Niklas Luhmann – zusätzliche Energien freigesetzt werden: Begrenzt zur Verfügung stehende Zeit fordere Prioritätensetzung.

Wiederholt analysiert der Autor das Verhältnis Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft, wobei er sich u. a. auf Seneca, Augustinus, Rousseau und Gumbrecht („breite Gegenwart“) bezieht. In Anlehnung an die Stoa spricht er sich für eine Konzentration auf die Gegenwart aus. Um eigene Vorstellungen über eine längere Zeit hinweg verfolgen zu können, schlägt er feste Praktiken und Gewohnheiten vor. Ratschläge zum Zeitmanagement, die sich einseitig auf eine effiziente Zeitnutzung konzentrieren, hält er für wenig hilfreich: „Erstens stoßen alle Versuche, die Zeit minutiös zu planen, letztlich an Grenzen. Zweitens trägt diese Art von Zeitmanagement der Qualität unserer Zeit nicht genügend Rechnung – sie tut unserer Eigenzeit gewissermaßen Gewalt an“ (S.51). Typisch für die Ratgeberliteratur sind die in der zwei-

ten Hälfte des Buches vorgetragenen Empfehlungen, bei Planungen und Terminen „etwas ‚Luft‘ dazwischen“ (S.78) einzuplanen, sich „Deadlines“ zu setzen, Mails auf fünf Sätze zu beschränken, Zeitdiebe zu meiden und auf den richtigen Augenblick („Kairos“) zu warten. Der Schlusssatz „Man könnte sagen: Der Sinn der Zeit ist die Liebe.“ (S.140) erinnert ebenfalls an in Zeitmanagement-Literatur typischen überspannten und blumigen Formulierungen.

Unbehagen gegenüber der Ratgeberliteratur zum Umgang mit Zeit war auch während der Jahrestagung 2016 der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik zum Thema „Zeitkompetenz und Zeitmanagement – Konzepte zum besseren Umgang mit der Zeit auf dem zeitpolitischen Prüfstand“ deutlich geworden. Ein Ergebnis dieser Tagung war allerdings auch, dass der Rückgriff auf individuelle Unterstützungsangebote und Coachings hilfreich sei zur Ergänzung politischer Maßnahmen gegen den wachsenden Zeit- und Leistungsdruck in der Arbeitswelt und auch in Bereichen wie z. B. Erziehung, Kultur und Sport. Da das hier vorgestellte Buch auf einen reflektierten und auf Eigenzeit hin orientierten Umgang mit Zeit zielt, kann es durchaus empfohlen werden. Philosophisch interessierte Leserinnen und Leser werden die Überlegungen zum Thema Zeit im ersten Teil des Buches mit Gewinn lesen.

Ludwig Heuwinkel



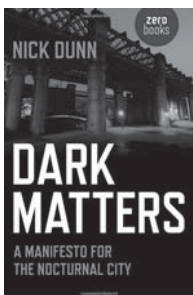
Thea Herold
Du hast Zeit.
 Eine Liebeserklärung an die Pause
 2018
 Berlin: B&S Siebenhaar Verlag

Wir alle brauchen Pausen. Doch viele von uns schaffen das Abschalten nicht. Übervolle Tage und schlechter Schlaf sind oft die Folge. Unsere Gesundheit, Kreativität, das soziale Leben und nicht zuletzt die Freude an jedem Tag gehen ohne Pausen verloren. Wir müssen also wieder lernen, mit Pausen zu leben. Thea Herold schreibt in ihrer Liebeserklärung an die Pause, warum gerade diese Zeit für uns Menschen im 24 Stunden / 7 Tage-Nonstop-Zeitalter so kostbar ist. Mehr noch – sie ist durch nichts zu ersetzen.

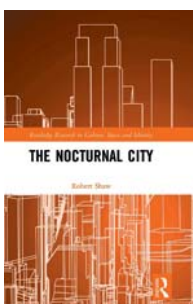
Zeit für Pausen, das bedeutet viel mehr als Urlaub, Ferien, Feierabend. Gute Pausengewohnheiten im Alltag bringen oft mehr als teure Wellness-Wochenenden und exklusive Off-Zeiten. Sie sind mehr als leerer Platz im Kalender und schenken uns Einblicke, auf die wir allein beim digitalen Leben mit High-Speed-Datenfluten allein gar nicht kommen. Pausen gehören zur menschlichen Natur, und wie wir sie machen, das prägt unser Leben. (*Verlagstext*)



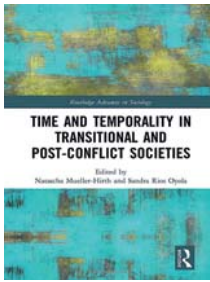
Jürgen Zulley
Schlafkunde.
 Wissenswertes rund um unseren Schlaf
 2018
 Frankfurt/ Main: Mabuse Verlag



Nick Dunn
Dark Matters.
 A Minifesto for the Nocturnal City
 2016
 Alresford: zero books



Robert Shaw
The Nocturnal City
 2018
 London/ New York: Routledge

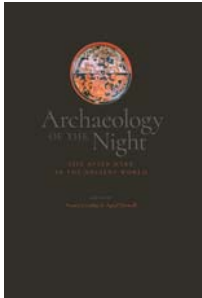


Natascha Mueller-Hirth und Sandra Rios Oyola (eds.)

Time and Temporality in Transitional and Post-Conflict Societies

2018

London/ New York: Routledge Advances in Sociology



Nancy Gonvell and April Nowell (eds.)

Archaeology of the Night: Life After Dark in the Ancient World

2018

Colorado: University Press

Sie sind noch nicht Mitglied der DGfZP?

So können Sie Mitglied werden:

Das Antragsformular finden Sie auf www.zeitpolitik.de.

Oder senden Sie Ihre Anmeldung per Post an die Geschäftsstelle der DGfZP:

Prof. Dr. Dietrich Henckel | Holsteiner Ufer 28 | 10557 Berlin

Der jährliche Mitgliedsbeitrag beträgt 75,00 €, ermäßigt 40,00 €.

Er ist zu überweisen auf das Konto Zeitpolitik e.V. bei der Postbank Berlin,

IBAN: DE 83 1001 0010 0533 0481 05 · BIC: PBNKDEFF

Die DGfZP ist als Gemeinnütziger Verein anerkannt.

Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik

Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik Gemeinnütziger e.V.

Geschäftsführender Vorstand:

Prof. Dr. Ulrich Mückenberger, Bremen
Dr. Jürgen P. Rinderspacher,
Hannover und Münster
Prof. Dr. Dietrich Henckel, Berlin
Dr. Karin Jurczyk, München

Beratender Vorstand:

Prof. Dr. Uwe Becker, Düsseldorf
Dipl.-Ing. (Arch.) Etta Dannemann, Berlin
Prof. Dr. Christel Eckart, Frankfurt a.M.
Dipl.-Freizeitwiss. (FH) Björn Gernig, Bremen
Elke Großer, M. A., Knorrendorf
Dr. Helga Zeiher, Berlin

Geschäftsstelle:

Prof. Dr. Dietrich Henckel
Holsteiner Ufer 28
10557 Berlin
Telefon: (030) 393 45 30
Fax: (030) 314 281 51
d.henckel@isr.tu-berlin.de
d.henckel@zeitpolitik.de

Kontoverbindung: Zeitpolitik e.V.
Postbank Berlin
IBAN: DE 83 1001 0010 0533 0481 05
BIC: PBNKDEFF

www.zeitpolitik.de

Impressum

Das Zeitpolitische Magazin (ZpM) für die Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik e.V. und für Interessierte im Umfeld erscheint mehrmals im Jahr. Es wird von der DGfZP herausgegeben. Es ist kostenfrei und wird als PDF-Datei per eMail verschickt. Bestellung und Abbestellung bitte formlos an die Redaktion.

ISSN 2196-0356

Verantwortlich für Inhalt (V.i.S.d.P. und gemäß § 10 Absatz 3 MDStV): Helga Zeiher.

Redaktion:

Dr. Helga Zeiher (Koordination) - helga-zeiher@gmx.de
Etta Dannemann, Dipl.-Ing. (Arch.) - ettadannemann@web.de
Elke Großer, M. A. - elke-grosser@t-online.de
Prof. Albert Mayr - timedesign@technet.it
Satz: Anna von Garnier - post@annavongarnier.de

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder. Das ZpM ist als Gesamtwerk urheberrechtlich geschützt. Das Copyright liegt bei der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik e.V., das Urheberrecht namentlich gekennzeichneten Artikel liegt bei deren Verfasser/innen.

Das Zitieren aus dem ZpM sowie die Übernahme namentlich nicht gekennzeichneten Artikel ist gestattet, solange solche Inhalte keiner kommerziellen Nutzung dienen und die Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik e.V. als Quelle genannt wird. Die Redaktion bittet um Zusendung eines Belegexemplars.

Das ZpM wird mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt; Links auf Webseiten von Dritten werden auf Funktionalität geprüft. Mit Urteil vom 12. Mai 1998, Aktenzeichen 312 O 85/98 „Haftung für Links“, hat das Landgericht Hamburg entschieden, dass man durch die Anbringung eines Links die Inhalte der verlinkten Webseite ggf. mit zu verantworten hat. Dementsprechend distanziert sich das ZpM ausdrücklich von allen Inhalten der Webseiten von Drittanbietern, auf die ein Link gelegt wird. Wir machen uns deren Inhalte nicht zu eigen.

Verletzungen von Urheberrechten, Markenrechten, Persönlichkeitsrechten oder Verstöße gegen das Wettbewerbsrecht auf fremden Webseiten waren nicht augenscheinlich und sind der Redaktion eben so wenig bekannt wie eine dortige Erfüllung von Straftatbeständen.